Deutschland-Berichte

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Rapports d'Allemagne
du Parti Socialdémocrate Allemand
Edition mensuelle

5. Jahrg. 1938 Nr. 10

Deutschland-Berichte

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5.Jahrgang 1938 Nr. 10

Inhaltsverzeichnis

- - - -

Teil A: Nachrichten und Berichte

I. Die allgemeine Situation in Deutschland A 1

1) Die sudetendeutsche Tragödie 1

2) Deutschland war nicht "fertig" 17

Ueberstürzter und improvisierter Bau von Grenzstrassen - Mangelhafte und verspätete Vorbereitungen - Vorbereitungen auf dem "Kriegsschauplatz Innerdeutschland" - Die Stimmung in der Wehrmacht - Unvermindertes Rüstungstempo.

3) Das deutsche Volk traut dem Münchner Frieden nicht 29

Nachträge 36

aus Oberschlesien, Berlin und dem Sudetenland

II. Aus den Betrieben 42

1) Leistungssteigerung um jeden Preis 42

Die Lage im Bergbau und auf den Rüstungsbaustellen

2) Der Leistungskampf der Betriebe 48

3) Menschenökonomie 52

"Gesundheitsführung" und Betriebssport

4) Der Terror in den Betrieben 57

5) Die Werkscharen 64

6) Einzelberichte 67

III. Der Wohnungsbau im Dritten Reich A 75

1) Wohnungsbau und Wohnungsbedarf 75
2) Der Wohnungsbau vor dem Umsturz 76
3) Der Wohnungsbau seit 1933 78
   a) Die Kleinsiedlung 82
   b) Der Kleinwohnungsbau und die Wohnungsnot 90

- - - - - - - - - - -

T e i l B : Uebersichten

I. Das Privatrecht im Dritten Reich B 1

Privatrecht und öffentliches Recht 1
Nationalsozialistisches Blut- und Bodenrecht 2
Das Recht der Leidenschaft 8
Die neue Ehe "im Namen des Reichs" 11
Neues Ehescheidungsrecht 13
Erneuertes Erbrecht 16
Erneuertes Sachen- und Schuldrecht 17
Weitere Pläne 18

II. Das neue deutsche "Jugendschutzgesetz" 24

1) Die Regelung der Kinderarbeit 25
2) Die Arbeitszeit der Jugendlichen 27
3) Der Urlaub der Jugendlichen 30

- - - - - - - - -

T e i l A

(Abgeschlossen am 14. November 1938)

I. Die allgemeine Situation in Deutschland

1) Die sudetendeutsche Tragödie

Auch heute ist es noch nicht möglich, in vollem Umfange zu übersehen, was sich in den Wochen vor und nach dem Münchner Abkommen in der Tschechoslowakei und vor allem im sudetendeutschen Gebiet abgespielt hat. Wir können mit unseren Berichten nur Teilausschnitte geben. Aber auch diese Teilausschnitte lassen die Grösse der Tragödie erkennen, die über das Sudetenland hereingebrochen ist. Es ist die Tragödie des Grenzvolkes, das seit Menschengedenken sein Siedlungsgebiet mit einem anderen Volk teilt. Da sind Menschen in Gewissensqualen und ins Verderben gestürzt worden, die einen deutschen Vater und eine tschechische Mutter hatten. Da haben aufrechte Demokraten, die ein Leben lang ihrer Ueberzeugung gedient haben, im Greisenalter vor dem Entschluss gestanden, entweder den Besitz ihrer Väter zu verlassen und das bittere Brot des Flüchtlings im eigenen Lande zu essen oder wehrlos die Rache eines unmenschlichen politischen Gegners zu erwarten. Da haben Männer, die bis zuletzt mit der Waffe in der Hand den Staat, der auch ihr Staat war, gegen die Uebermacht des Angreifers verteidigt, um dann auf der Flucht von der hochgehenden Welle des Deutschenhasses zurückgestossen und dem Feinde ausgeliefert zu werden. Und die, die alledem entgangen sind, sie sind heute nicht nur dem Elend, sie sind der Verzweiflung preisgegeben. Denn hinter der menschlichen, erhebt sich die moralische Tragödie. Aus allen Berichten spricht das Entsetzen derjenigen, die in Not und Gefahr für Freiheit und Recht und wirkliche Selbstbestimmung eingetreten sind und die sich nun von denen verraten sehen, auf deren Beistand sie gebaut und an deren

Vertragstreue sie geglaubt haben.

Die Berichte werfen auch ein Licht auf die Verlogenheit der deutschen Propaganda. In den Wochen vor dem Münchener Abkommen hat die Zerstörung der Hauptstelle der SdP in Eger durch tschechisches Militär in der deutschen Presse eine grosse Rolle gespielt. Am 16. September gab die "Frankfurter Zeitung" nachstehende Meldung des Deutschen Nachrichten-Büros wieder:

Geschütze in Asch eingesetzt.

Asch, 15. September. (DNB.) Die Führung der Sudetendeutschen Partei meldet, daß Mittwoch um 18.30 Uhr abends in Eger von der Hauptstelle der SdP beim Bahnhof und vor der Bezirksstelle im Stadtinneren von Asch plötzlich größere Abteilungen von Militär, Gendarmerie und Polizei, unterstützt von Panzerwagen und Tanks erschienen und in Stellung gingen. Ohne jede Warnung wurde Maschinengewehrfeuer und Feuer aus den Geschützen der Tanks gegen die Amtsräume der Hauptstelle der SdP eröffnet. Die Geschützdetonationen waren bis zu dem 6 Kilometer von Eger entfernten Vorort Franzensbad zu hören. Nach längerem Feuer wurde der Gebäudekomplex gestürmt und geplündert. In den Amtsräumen der Hauptstellen befanden sich fünf Sudetendeutsche, deren Schicksal unbekannt ist. Zur ebenen Erde befanden sich zwei Gastlokale, die während der Beschießung von zahlreichen Gästen besucht waren. Die Zahl der Todesopfer ist gegenwärtig nicht abzuschätzen.

Aus einer Reihe sudetendeutscher Städte wird gemeldet, daß systematisch alle Amtswalter der SdP verhaftet wurden.

Während in diesem Bericht der Eindruck erweckt wurde, als ob es sich um einen feigen Feuerüberfall auf eine friedliche sudetendeutsche Gaststätte gehandelt hätte, brachte die "Frankfurter Zeitung" vom 4. Oktober (Nr. 506) einen Bericht des Deutschen Nachrichtenbüros über den Besuch Hitlers in Eger, aus dem wir auf Seite A 3 einen Teil im Original reproduzieren.

Wird in diesem Bericht schon zugegeben, dass es sich nicht um einen unvermuteten Feuerüberfall, sondern um eine "Belagerung" durch die Tschechen gehandelt habe, gegen die die Sudetendeutschen sich "tapfer verteidigt" hätten, so geht der wahre Sachverhalt aus einem der nachstehenden Berichte hervor (vgl. Seite A 9)

itler in Eger.

che an die Sudetendeutschen.

nehmen
lers in

e seinen
arktplatz
atz und
ommend
:ont der
nd der
ausende
n. Erst
Gehör

den letzten Worten erklangen über den Marktplatz von Eger das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied.

Im Anschluß an die Kundgebung begab sich der Führer mit Konrad Henlein und seiner Begleitung unmittelbar ins Hotel Victoria, den früheren Sitz der Geschäftsstelle der Sudetendeutschen Partei in Eger. Das Hotel wurde von den Sudetendeutschen tapfer gegen die tschechischen Belagerer verteidigt, mußte aber dann aufgegeben werden und wurde von den Tschechen ausgeplündert und stark zerstört."

Die Fahrt durchs Egerland.

„Flugzeuge der deutschen Luftwaffe brausen über der Wagenkolonne des Führers hinaus ins deutsche Sudetenland. Die weit-

Kriegs- und
übergab Lud
es heißt: „L
sollen, daß
zum rechten
Königswort
Ihre nicht
auch ermögl
Mit diesen
Urkunde aus
die Verpfänd
von Böhmer
verbürgt wi

Der Füh
der dem S
das Wort, d
Badeni als
der deutschen
des Mannes
Recht, des L

Das tschechoslowakische Militär hatte in der Egerer Geschäftsstelle der SdP Waffen vermutet und wollte eine Haussuchung durchführen, wurde aber mit Maschinengewehrfeuer und Handgranaten empfangen, so dass schliesslich nichts anderes übrig blieb, als Panzerwagen einzusetzen.

Zum Verständnis der folgenden Berichte muss beachtet werden: Die von Henlein geführte Sudetendeutsche Partei (SdP) hatte einen "Freiwilligen Selbstschutz" (FS) geschaffen, der nach dem Muster der SA organisiert war und nunmehr auch in die SA eingegliedert wird. Wie in der Weimarer Republik die demokratischen Parteien in Abwehr der terroristischen Methoden der rechtsradikalen Kampfverbände das "Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" ins Leben gerufen hatten, so wurde im sudetendeutschen Gebiet zur Verteidigung der demokratischen Freiheitsrechte die "Republikanische Wehr" (RW) gegründet. Wie aus den Berichten hervorgeht, wurde die RW in den entscheidenden Tagen von den tschechoslowakischen Exekutivorganen mit Hilfspolizei-Funktionen betraut.

1.Bericht: Will man die Haltung der sudetendeutschen Sozialdemokraten, die sie zur sudetendeutschen Frage bis in die letzten Tage vor der Annexion einnahmen, ganz verstehen, so muss man beachten, dass diese Haltung auf folgenden Grundgedanken beruhte:

1. Die sudetendeutschen Sozialdemokraten glaubten, dass ein Zusammenleben zwischen Deutschen und Tschechen möglich war, wenn man tolerant gegeneinander war.

2. Man wusste auch, dass das tschechische Volk (nicht immer gleichzusetzen mit seiner Bürokratie) verständigungsbereit und einsichtig war.

3. Der Kampf gegen Hitler und Henlein war kein Kampf deutscher "Volksverräter" gegen das eigene Vaterland. Es war der Kampf um die Erhaltung menschlicher Freiheit in einem Landstrich, in dem man mit deutscher Zunge sprach.

4. Verträge und Bündnisse sichern diesen Kampf und Abmachungen der Demokratien untereinander stehen nicht nur auf dem Papier.

Der letzte Punkt war der für das ganze Kampf- und Gedankengebäude entscheidende. Hätte sonst je eine Minderheit der Sudetendeutschen diesen Kampf führen können?

Es gehörte in den letzten Monaten Mut dazu, im sudetendeutschen Gebiet unter dem Druck der Henleinpropaganda Sozialdemokrat zu bleiben. Ein Aufatmen gab es für uns am Tage des 21. Mai. Die Besetzung der Grenze gegen Deutschland durch tschechisches Militär zeigte uns Menschen an der Grenze endlich den Willen und die Entschlusskraft des Staates und die Wirksamkeit der internationalen Verträge. Seitdem nahmen wir alle Verhandlungen der Regierung mit Henlein mit dem gelassenen Gefühl der künftigen Sieger hin.

Als dann Hitler am 12. September in Nürnberg seine Rede hielt, gab es bei uns nur einen Gedanken: "Er will den Krieg. Soll er ihn haben. Es wird sein Ende sein." Konnte an dem Abend jemand ahnen, dass es einmal einen so schändlichen Verrat geben könnte? Unmittelbar nach Schluss der Hitler-Rede gingen die Anhänger Henleins "spontan" auf die Strasse. Arbeiterheime wurden mit Steinen beworfen und zerstört, Wohnungen sozialdemokratischer Funktionäre angegriffen, bekannte Sozialdemokraten auf der Strasse niedergeschlagen. Der Schutz der Behörden versagte völlig. In Eger z.B. verteidigte eine kleine Gruppe der Republikanischen Wehr, die nur 4 Revolver als Waffen hatten, gegen eine über 1.000 Köpfe zählende Menge über eine Stunde das Volkshaus.Erst als der Kampf beendet war,weil die angreifende Menge abzog, erschien die Polizei in Gestalt eines Beamten in Zivil, um sich zu erkundigen, was es gegeben habe.

Noch in dieser Nacht und am folgenden Tage (Dienstag, 13. September) setzte in den Bezirken Asch und Graslitz die Flucht unserer Leute ins Innere des Landes ein. Die Zahl der Flüchtenden zählte nach Hunderten. An diesem Dienstag war in einigen Bezirken des Egerlandes die FS Herr der Lage und masste sich

Polizeigewalt an. In Eibenberg bei Neudek verhaftete man z.B. einen jungen, sehr aktiven Parteigenossen, und liess ihn erst nach vielen Stunden frei, als die FS hörte, dass das tschechische Militär anrückte. Das vom Militär erlassene und von der Regierung erst nachträglich sanktionierte Standrecht stellte dann die Sicherheit für Leben und Eigentum wieder her. Zu einem Teil kehrten unsere Flüchtlinge in ihre Orte zurück. Dafür setzte seit der Ausrufung des Standrechtes die Flucht der Henleiner nach Deutschland ein. Nicht nur aus den unmittelbaren Grenzorten, sondern auch aus weiter dem Innern zu liegenden Gebieten verschwanden jene, die sich Montag und Dienstag zu weit vorgewagt hatten. Grössere Trupps des tschechischen Militärs rückten nach. Die Besetzungslinie des 21. Mai wurde auf volle Stärke gebracht. Karlsbad glich einem Heerlager. Eine starke Aktivität der Exekutive setzte ein. Waffen mussten abgeliefert werden, Haussuchungen wurden bei Henleinleuten durchgeführt, viele Henlein-Funktionäre verhaftet, die braunen Häuser vom Militär ausgeräumt und versiegelt. Das alles geschah im engsten Einvernehmen mit unserer Partei und der Republikanischen Wehr. Die Verwirrung unter den Henleinleuten war so gross, dass sie nicht einmal von dem Besuch des Herrn Chamberlain in Berchtesgaden Kenntnis nahmen. Unsere Ueberzeugung, dass jetzt alles richtig laufe, aber war so fest, dass wir nur glauben konnten, Herr Chamberlain werde Hitler warnen.

Am Sonntag, den 18. 9. machte ich mit meinem Motorrad eine Fahrt durch das Gebiet. Meine Uniform und der Staatswimpel am Rad machten mich weithin kenntlich. Chodau war überfüllt von sozialdemokratischen Flüchtlingen aus Graslitz, die in Gasthäusern, im Lagerhaus des Konsums usw. untergebracht waren. In den Städten Elbogen, Falkenau und Königsberg war das Leben normal. Im Volkshaus der Arbeiterbewegung in Eger war keine Scheibe ganz, die Inneneinrichtung im Parterre demoliert. Asch, eine sonst sehr lebhafte Stadt, war leer; in Rossbach war im Volkshaus der normale Betrieb. Die Grenzwache war verstärkt, an den Strassenkreuzungen des Ascher Gebiets standen Polizeiwachen, sechs Panzerwagen durchfuhren das Gebiet. Die Polizeiposten waren sehr zuversichtlich, berichteten uns aber, dass man von der deutschen Seite her auf tschechische Zollbeamte geschossen und sie auch verletzt habe. Schönbach-Stadt war leer. Das Haus des Konsumvereins war geräumt, das Haus der Krankenkasse, in dem unser Parteibezirksleiter wohnte, demoliert. Auch Graslitz war eine tote Stadt. In Neudek zeigte die Stadt normales Leben. Das Volkshaus war überfüllt.Bis auf den Grenzort Schwaderbach war alles in Händen des tschechischen Militärs.

Am Mittwoch, den 21. 9., nachmittags 4 Uhr bekamen wir aus Prag die Anweisung, unsere gefährdeten Parteigenossen zu evakuieren. So etwas still und heimlich zu machen, ist ausgeschlossen, wenn Leute mit Bündeln zur Bahn laufen. Infolgedessen gingen auch andere, sogar Henleinleute mit. Die Bahnverwaltung hatte auf Weisung von Prag vier Sonderzüge bereitgestellt, aber die Bezirksbehörde in Karlsbad verbot ihre Abfertigung. Abends um 1/2 10 Uhr brachte das Radio die Nachricht, dass die Regierung sich gezwungen sehe, die Forderungen von Berchtesgaden anzunehmen. Erneut setzte nun Nachts und am frühen Morgen ein

Ansturm auf die fahrplanmässigen Züge ein und nachdem der Andrang zu gross wurde, liess man doch noch Sonderzüge abgehen.

Am Donnerstag, den 22. 9. kam morgens die Mitteilung, dass die Exekutive die Bezirke Joachimsthal, Graslitz und Eger bereits verlassen habe. Kurz darauf packte die Polizei in Karlsbad ihre Sachen und vormittags zog sich das Militär aus der Stadt zurück. Erst nach 3 Uhr nachmittags nahm nach Bekanntwerden der neuen Regierungsbildung in Prag das Militär wieder Besitz von der Stadt. Zwischen vormittags 10 und nachmittags 3 Uhr beherrschte wieder der FS die Stadt, versah mit Hakenkreuzbinden Dienst und besetzte das Gebäude des sozialdemokratischen "Volkswillen" und hisste dort eine Hakenkreuzfahne, nahm Verhaftungen von Parteifunktionären vor usw. In den unmittelbaren Grenzgebieten genügte die Zeit, um Menschen nach Deutschland zu verschleppen.

Entgegen den Radionachrichten, dass das Militär überall Herr der Lage sei und dass es keine Zwischenfälle gäbe, kam es z.B. in Graslitz zu einer Auseinandersetzung zwischen FS und Militär, bei der der FS 17 Tote hatte. Auch in Rumburg kam es zu Schiessereien, bei denen der FS Maschinengewehre und Handgranaten verwandte. Es gab viele Tote und zerstörte Häuser.

Die Verkündung der Mobilisierung am Freitag überraschte mich auf der Plattform einer Elektrischen auf dem Wenzelsplatz in Prag. Ein Tscheche fällt mir um den Hals, als er hört, dass ich deutsch spreche. Eine frohe, freudige und doch entschiedene Stimmung herrscht. Leute, die in die Jahrgänge der Mobilisierten fallen, eilen durch die Strassen. Wenige Minuten nach Bekanntgabe sieht man die ersten mit Koffern auf der Strasse. Unsere Leute, soweit sie nicht militärpflichtig sind, melden sich zu Diensten, heben Schützengräben aus, melden sich freiwillig beim Militär (man kann sie nicht einmal alle nehmen) und in den unmittelbar gefährdeten Grenzgebieten machen sie mit der Waffe in der Hand gemeinsam Dienst mit der Polizei und dem Militär in der Uniform der Republikanischen Wehr. Alles ist auf den Kampf eingestellt. Das Schlimmste, was kommen kann, ist der Krieg, das war immer unsere Meinung in den Tagen vorher und jetzt ist es so weit. Lasst ihn anrennen. Die Front halten wir einige Wochen ohne Hilfe und dann muss ja die Hilfe von allen Seiten kommen. Bei keinem Menschen sieht man Furcht, nur Entschlossenheit.

Statt des erwarteten Luftangriffs kommt das Diktat von München. Die Menschen sind fassungslos, wollen es nicht glauben. Sie schreien, toben, weinen und ich werde nie in meinem Leben jenes Arbeitergesicht vergessen, das bei Verkündung der Nachricht an der Museumstreppe am Wenzelsplatz in einen Kreis von Diskutierenden hineinruft: "Die Schweine, so ein Verrat!"

"Das Schlimmste ist der Krieg". Was nun kommt ist Resignation. Man hört die ersten zwei Tage noch aufmerksam die Ankündigungen im Radio, dann geht man daran vorüber, es hat doch alles keinen Zweck. Dann nimmt Präsident Beneš Abschied und ich sehe Tränen in den Augen der Menschen.

Aber schon erhebt die Reaktion das Haupt. Es gibt schon gleich nach Beneš Rücktrittsrede Zeitungen, die ihm Steine nach-

werfen und die sich ausserdem die Emigranten und Flüchtlinge als die ungefährlichen Gegner wählen.

Die auf Befehl der Regierung evakuierten Menschen waren zum grössten Teil Sozialdemokraten und Kommunisten. Sie waren in Gasthaus-Sälen, Heimen, Schulen, Fabriken mit ihrer wenigen Habe, auf Stroh oder Strohsäcken kampierend, untergebracht. Oft waren die Familien auseinandergerissen. Es herrschte Armut, aber man hatte das Gefühl der Sicherheit. Behörden und die tschechische Bevölkerung nahmen sich recht unterschiedlich an, und wenn ich in ein solches Lager kam, konnte ich schon an der Unterbringung ersehen, ob hier ein Agrarier oder ein Sozialdemokrat die Verantwortung im Ort oder Bezirk hatte. Im allgemeinen war es aber so, dass die Bevölkerung half, wo sie konnte. Half sie doch Republikanern.

Das wurde mit dem Tag anders, mit dem feststand, dass das sudetendeutsche Gebiet abgetreten wird. Auf Anweisung der verschiedensten Stellen, meist Bezirksbehörden, wurden die Menschen, so wie sie zusammenlagen, in Züge verfrachtet und ins deutsche Gebiet abgeschoben. Dabei fragte man nicht danach, ob sich unter diesen Menschen ein gefährdeter RW-Mann oder ein sozialdemokratischer Parteisekretär befand. Wer sich nicht durch Abspringen vom fahrenden Zug oder bei anderen sich bietenden Gelegenheiten retten konnte, wurde dem FS und später dem reichsdeutschen Militär rücksichtslos ausgeliefert. In Prag ging man zu folgender Methode über: Alle Flüchtlinge wurden aufgefordert, sich polizeilich zu melden. Taten sie es, so bekamen sie die Ausweisung aus Prag binnen 24 Stunden. In den Fällen grösster Gefährdung gelang es der Sozialdemokratischen Partei, eine Aufhebung dieser Massnahme zu erreichen. Das Fürsorgeamt der Stadt Prag stellte viele Bescheinigungen aus und ein Teil der Menschen, vor allem RW-Leute, kamen in ein Lager ausserhalb Prags, wodurch ihre Gefährdung en bloc anerkannt wurde. Viele gingen, als sie sahen, wie wenig Anerkennung man ihrer Arbeit für die Republik zollte, allein zurück. Zurück bedeutet für sie vielleicht Gefahr für ihr Leben, sicher aber Gefängnis, Demütigung und Erniedrigung.

Nach dem Einmarsch der Deutschen haben sich die Dinge im sudetendeutschen Gebiet nicht ganz so abgespielt, wie es sich die Henleiner dachten. Den Dienst auf der Strasse versehen reichsdeutsche Polizeibeamte, desgleichen den Dienst auf den Aemtern. Nur in Rentensachen und anderen nebensächlichen Fragen dürfen Sudetendeutsche amtieren. Eisenbahner sind reichsdeutsche Beamte und sogar bei der Post hat man zu einem gewissen Teil Reichsdeutsche eingestellt. Der FS versieht keinen Dienst mehr, nur in den Polizeigebäuden sind sie als Verbindungskuriere, mit Armbinden versehen, tätig, oder erteilen Auskünfte.

In Karlsbad sind die Gebäude der sozialdemokratischen Verlagsanstalt Graphia und des "Volkswillen" versiegelt, desgleichen alle Wohnungen der Leute, die bei der Evakuierung Karlsbad verliessen und nicht wieder zurückkamen. Die Versiegelung nahm die Gestapo vor. Wer also zurückkommt, muss sich bei der Gestapo melden. Am ersten Tage der Erhebung gab es Plünderungen, vor allem jüdischer Geschäfte durch jugendliche FS-Leute. Uns be-

kannte Kerle aus Fischern taten sich dabei besonders hervor. Sie wurden von der Polizei verhaftet und abgeführt. Vor den Geschäften stehen die Leute Schlange, Tag und Nacht. Es wird alles gekauft, von Lebensmitteln bis zur Wolle und Spitzen und besonders tun sich dabei die Reichswehrsoldaten hervor, die alles nach Hause schicken. Das alles zusammen hat zu einer schnellen Ernüchterung geführt. Die Enttäuschung unter den Henleinleuten ist jetzt schon gross. Doch geben die Genossen selbst zu, dass das natürlich kein politischer Faktor ist.

Etwas ist in uns allen, die wir diese Wochen voller Anspannung miterlebten, zerbrochen. Sicher wird keiner von denen, die in die Knechtschaft zurückgehen, der Partei einen Vorwurf machen. Sie hat getan, was sie mit gutem Gewissen tun konnte. Was in den Menschen zerbrochen ist, ist der Glaube an das Recht und die Ehrlichkeit in der Politik, ist der Glaube an die Demokratie, ist aber auch der Glaube zum Guten im Menschen.

2.Bericht: Die Tage vor der Hitlerrede waren im grossen und ganzen ruhig und irgendwelche Ausschreitungen der Henleiner waren nicht zu beobachten. Sofort im Anschluss an die Hitlerrede aber formierten sich grosse Umzüge der Henleiner in allen grossen Städten des sudetendeutschen Gebietes. Anfangs wurden die Demonstranten von Ordnern der SdP in Ordnung gehalten und Polizei und Gendarmerie liess sie gewähren. Da aber die Exekutive nicht einschritt, wurde es den Leuten wahrscheinlich zu langweilig und jetzt begannen die Exzesse. Fensterscheiben jüdischer und tschechischer, sowie sozialdemokratischer Geschäftsleute und Wohnungen wurden eingeschlagen. Tschechische Aufschriften wurden heruntergerissen oder mit Teer usw. übermalt. Auch die Fenster tschechischer Schulen wurden demoliert. Dieses Vorgehen war in allen Orten einheitlich. Nach diesem sinn- und z.T. auch planlosem Toben verliefen sich die Leute und es trat wieder Ruhe ein. Unruhiger blieben die Grenzorte, wie z.B. Asch, Eger, Rossbach, Weipert usw. Dort wurde von den Henleinern bereits die Schusswaffe gebraucht und auch auf die Staatsexekutive geschossen.

In den Vormittagsstunden des Dienstag begannen dann Streiks und Uebergriffe gegen die Exekutive im schärfsten Masse. Tschechen, Juden, Sozialdemokraten und Kommunisten wurden verfolgt, niedergeschlagen und z.T. auch niedergeschossen. In Grenzorten und auch in anderen Orten, wo die Henleiner besonders stark waren, schritt man auch zur Verhaftung von Tschechen und Sozialdemokraten, vertrieb Familien aus ihren Wohnungen und in Orten unmittelbar an der Grenze, schleppte man sogar Tschechen und Sozialdemokraten nach Deutschland. Statt SdP-Abzeichen kamen jetzt solche mit dem Hakenkreuz hervor. Die Ordner trugen Hakenkreuzbinden und in manchen Orten wurden auf Rathäusern und anderen öffentlichen Gebäuden die Hakenkreuzfahne gehisst. Häuser und andere sichtbare Stellen wurden mit dem Hakenkreuz beschmiert. Von Klingenthal, Sachsenberg usw. zogen am Dienstag mittags die in Deutschland beschäftigten Sudetendeutschen mit der Hakenkreuzfahne über die Grenze nach der Tschechoslowakei.

In einzelnen Orten wie Eger, Schwaderbach usw. ging es allerdings noch schlimmer zu. Obwohl natürlich jetzt Gerüchte über Gerüchte umlaufen, können wir doch aus Eger Folgendes authentisch berichten:

In zwei Hotels vermutete die Staats-Exekutive Waffen, die die Henleiner dort verbargen. Die Exekutive wollte in diesen Hotels eine Haussuchung durchführen, wurde aber aus den Gebäuden beschossen. Als sie sich den Zugang erzwingen wollte, antworteten die Henleinleute mit Maschinengewehren und Handgranaten. Daraufhin ging die Exekutive mit Tanks, Panzerwagen und Handgranaten vor. Schliesslich drang sie in die zwei Hotels ein, fand aber niemand und nichts mehr vor. Aehnlich ist es in Schwaderbach zugegangen. Dort konnte aber die Exekutive die Nester nicht ausheben, weil sie sonst zu nahe an die Grenze gekommen wäre.

Ausser diesen schlimmen Vorfällen kam es in vielen Orten zu Plänkeleien, wobei meistens Gendarmen oder Soldaten erschossen wurden. Auf Grund dieser Vorfälle wurde in verschiedenen Bezirken das Standrecht verhängt. In Eger z.B. spielten sich diese Kämpfe schon unter dem Standrecht ab. Das Standrecht wurde aber ziemlich locker gehandhabt. In Karlsbad z.B. planten die Henleinleute am Dienstag Nachmittag durch Zusammenziehung der SdP-Ordner stärkere Exzesse herbeizuführen. Unterdessen war aber in Karlsbad bereits das Standrecht proklamiert worden. Die Ordner, die bereits zum Sammelplatz unterwegs waren, nahmen die Verhängung des Standrechts nicht ernst. Durch verschiedene Umstände verzögerte sich die Plakatierung des Standrechts bis gegen 7 Uhr abends hinaus. Offenbar wurde aber die SdP von der Polizei in Kenntnis gesetzt, denn auf einmal setzte ein starker Kurierdienst mit Autos und Motorrädern der SdP ein, der die einzelnen Trupps davon informierte und sie aufforderte, nach Hause zu gehen. Wenn auch zögernd, so kam man doch den Aufforderungen der SdP-Kuriere nach und die Strassen entleerten sich. Nach der Proklamierung des Standrechts ist es mit Ausnahme von Eger zu keinerlei ernsteren Ausschreitungen mehr gekommen. Nur in einigen Grenzorten, wie z.B. Rossbach, Schwaderbach, Weipert usw., wo die Exekutive wegen der unmittelbaren Nähe der Grenze nicht eingesetzt wurde, dominierten die Henleiner, hielten die öffentlichen Gebäude besetzt und führten mit Hakenkreuzbinden versehen, einen bewaffneten Ordnungsdienst durch.

In den gefährdetsten Orten an der Grenze begann man in diesen Tagen bereits mit der Evakuierung der Frauen und Kinder von Tschechen und Sozialdemokraten. Die Leute wurden nach Prag transportiert und dort in bereitgestellten Räumen untergebracht. In den demokratischen Kreisen wurde diese Vorsichtsmassnahme mit Genugtuung aufgenommen.

Die Deutsche sozialdemokratische Partei in der Tschechoslowakei (DSAP) und ihre Organisationen hielten sich in dieser Zeit sehr gut und arbeiteten im engsten Einvernehmen mit den tschechoslowakischen Behörden. In dieser Zeit schon waren verschiedene Grenzorte, wie Graslitz, Schwaderbach, Weipert usw. fast menschenleer. Die Nazis waren nach Deutschland und die Demokraten ins Innere des Landes bis herunter an die Eger geflüchtet. Leber kam in diese Orte nur, wenn der FS aus Deutschland herüber kam und vom tschechischen Militär wieder zurückgeschlagen wurde.

Alle diese Plänkeleien haben viele, viele Opfer an Menschenleben gefordert. In Graslitz allein sollen dadurch über 300 Menschen, Tschechen, deutsche Demokraten und Nazis, ums Leben gekommen sein.

Während dieser Zeit setzte aber bereits auch die Arbeit der Nazis, die aus Deutschland kamen und sofort wieder verschwanden nach reichsdeutschem Muster ein. Man versuchte, deutsche Sozialdemokraten, Kommunisten und Tschechen über die Grenze nach Deutschland zu verschleppen. Dies gelang z.B. in Graslitz, wo man 63 sozialdemokratische Funktionäre nach Deutschland schaffte, in Weipert, wo man 8 Leute hinüberschleppte. In Weipert zerrte man die Frau eines Genossen buchstäblich an den Haaren über die Grenze und misshandelte sie auf der reichsdeutschen Strasse vor den Augen der auf der tschechischen Strasse befindlichen Bevölkerung. In Schwaderbach, das menschenleer war, konnte die tschechoslowakische Exekutive den FS nicht restlos zurückschlagen, da die Gefahr bestand, dass sie dabei über die Grenze schoss. Der Ort war leer, nur früh und abends kamen die Frauen aus Deutschland und melkten ihre Kühe und Ziegen.

In diesen Tagen rechnete man stündlich mit dem Ausbruch des Krieges. Der Krieg wurde mit unterschiedlichen Gefühlen erwartet. Im allgemeinen herrschte die Angst vor dem Kriege. Aber die Tschechen und die deutschen Antifaschisten sahen in ihm eine unausweichliche Tatsache und hofften, dass im Gefolge des Krieges Hitler stürzen würde. Die sudetendeutschen Nazis wünschten anfangs auch den Krieg herbei, weil sie glaubten, dass dann die "Befreiung" ein Kinderspiel sei. Als sie aber die umfassenden tschechischen Kriegsvorbereitungen sahen, kam den Leuten zum Bewusstsein, was ihrer im Grenzgebiet harrte. Von Tag zu Tag wurde die Situation gespannter, die Grenzüberfälle des FS wurden immer häufiger. Aber die Tschechen und die deutschen Antifaschisten bewahrten eine geradezu bewundernswerte Ruhe. Wenn es zum Kriege kam, rechnete man fest mit der Hilfe der Westmächte und Russlands.

Dann kam Berchtesgaden. Als das Ergebnis bekannt wurde, wurde Tschechen und deutsche Antifaschisten von einer Stimmung erfasst, die kaum zu beschreiben ist. Keine Panik, aber masslose Empörung und Wut.

Nun kam Godesberg und damit die Mobilisierung, die wie die Befreiung von einem Albdruck wirkte: "Endlich geht es los!" Die DSAP und ihre Organisationen wurden von der tschechoslowakischen Exekutive zur Dienstleistung herangezogen. Der Nazis bemächtigte sich eine furchtbare Kriegspanik. Die Spannung war nicht mehr zu steigern.

München.... Was nun folgte, war eine Katastrophe, die sich kaum beschreiben lässt. Wurde die demokratische Bevölkerung aus dem Grenzgebiet schon vorher wegen der Kriegsgefahr evakuiert, so setzte jetzt ein Strom von Flüchtlingen aus dem Grenzgebiet ins Innere der Tschechoslowakei ein. Die Behörden waren anfangs ohnmächtig. Die Züge mit den Flüchtlingen wurden in das Innere geschickt, von da wieder ins Grenzgebiet, standen tage- und nächtelang auf freier Strecke oder auf Bahnhöfen, wobei die Leute in offenen Güterwagen kampieren mussten. Dabei spielten sich unbeschreibliche Szenen ab. Das furchtbarste war wohl der

Deutschenhass, der sofort um sich griff. Glücklicherweise dauerte dieser Zustand nur kurze Zeit an und die Behörden bekamen die Gewalt wieder in die Hand. Aber niemand wusste: Marschiert Hitler weiter oder nicht, findet ein Plebiszit statt oder nicht?

Dann kamen die ersten Besetzungen. Die aus dem Abtretungsgebiet geflüchteten deutschen Demokraten wurden wieder zurückgeschickt, auch die exponierten Genossen, wie z.B. die RW-Leute, obgleich man sie vorher noch zum Dienst mit der Waffe herangezogen hatte. Manch braver Genosse ist so ums Leben oder zu Schaden gekommen. Erst später traf man die Regelung, dass die exponierten und gefährdeten Genossen im tschechischen Gebiet bleiben können. Alles andere aber musste zurück und wurde, wenn notwendig, mit Gewalt zurücktransportiert.

München bedeutete auch den Zusammenbruch der sozialdemokratischen Bewegung im deutschen Gebiet. Das ist nun das zweite Mal, dass wir eine Bewegung haben zusammenbrechen sehen. Auch das war furchtbar. Dabei ist es zugegangen wie bei uns in Deutschland. Man hat Beispiele von aufrechten, zielbewussten Menschen und man hat Beispiele von feigen und niederträchtigen Kreaturen gesehen.

3.Bericht: Die erste Emigration, die in den Tagen vor und während der Mobilisierung einsetzte, bestand mit Ausnahme der des Egerlandes und der Bezirke mit Standrecht fast nur aus kriegsverängstigten Grenzbewohnern verschiedenster Richtungen. Aus dem Egerland und vom Kamm des an Sachsen angrenzenden Erzgebirges mussten allerdings unsere Genossen bei Nacht, oft nur notdürftig bekleidet, stundenlang durch Wälder und über Wiesen fliehen, alle Ortschaften und Strassen meiden, die die Ordner bereits besetzt hielten - bis sie schliesslich einen Bahnhof erreichten. Das waren Bilder, die ich nie vergessen werde.

Mit der im Rundfunk verkündeten Abtretung der sudetendeutschen Gebiete setzte aber erst die Hochflut einer Massenemigration unserer Leute, ferner von Tschechen und Kommunisten ein, zugleich fluteten die Henleiner fluchtartig aus dem Tschechischen ins deutsche Gebiet zurück. Auch die kriegsverängstigten geflüchteten Grenzbewohner -politisch unbelastete Leute- kehrten zurück. Gleichzeitig kamen die ersten Henleinreservisten, die aufgrund des Münchner Abkommens aus der Wehrmacht beurlaubt werden mussten, nach Hause. Unbeschreiblich war das Elend von zehntausenden Familien, die mit zerschlissener Kleidung und oft nur den allernotwendigsten Sachen -in Bündeln!- geflüchtet waren und die oft noch die Spuren durchlebten Schreckens und der Misshandlungen trugen. Das Schlimmste aber war, dass ganze Züge solcher Flüchtlinge zwangsweise wie Vieh gegen ihren Willen mit Gewaltanwendung ins Dritte Reich dirigiert wurden. Genosse X. mit Frau, Kind und Schwiegermutter aus Y. hat so einem Transport angehört und wurde vor Karlsbad, der damaligen -beweglichen- Grenze, nur deshalb zurückbehalten und nach Komotau weitertransportiert, weil er nicht Egerländer war. In Komotau konnte er nur durch die Flucht vom Bahnhof seine Auslieferung vereiteln. Hätte man die Leute durch Funktionäre der sozialdemokratischen Kreisleitungen ausgewählt und die gefährdeten Leute

zurückbehalten, hätte ich es noch immer verstehen können, denn die Emigration war wirklich zu gross und für die Tschechen in diesem Ausmass untragbar. Was wirklich geschah, war aber unmenschlich. Glücklicherweise ist man jetzt von dieser Praxis abgekommen und sucht heute bereits die Leute aus. Das Parteisekretariat stellt Zeugnisse für die gefährdeten Leute aus und diese Personen erhalten dann auf dem extra hierfür errichteten Amt des Sozialamtes der Hauptstadt Prag eine Legitimation die den Betreffenden vor jeder Ausweisung feit. Im ganzen durften wohl nur gegen 7 bis 8.000 solcher Legitimationen für unsere Leute ausgestellt werden. Diese Praxis wird seit Mitte Oktober geübt. Bis dahin schwebte über uns allen volle vierzehn Tage hindurch die Gefahr der Auslieferung. Die meisten unter uns waren sich in dem Gedanken einig, im Falle der Auslieferung den Freitod vorzuziehen. Das tschechoslowakische Rote Kreuz hat in diesen Wochen ebenso wie andere Organisationen unendlich viel geleistet für Ausspeisung, Unterbringung usw. Ebenso die Stadt Prag. Aber was ist in solchen Situationen menschliche Hilfe?!

Bis gestern habe ich nicht gewusst, wo meine Eltern sind. Gestern erfuhr ich von dem jungen A., dass seine Mutter und auch meine Eltern in B. geblieben sind. Der junge A. ist am Montag, kurz vor der Besetzung des Ortes durch deutsches Militär, geflüchtet. Er drängte seine Mutter, eine alleinstehende alte Witwe, zur Flucht. Seine und meine Mutter wollten schon mit, aber mein Vater konnte sich angeblich nicht von seinem Haus und von seinem Garten trennen und so blieben alle drei alten Leute zurück, während er den Bretterzaun neben der Glasfabrik entlang, einen Koffer tragend, flüchtete, die breite Hauptstrasse meidend. Vor der C.-er Strasse sah er, wie bereits an der Strassenkreuzung die jungen Henleinordner die ersten Gefangenen -Tschechen und Kommunisten- auf das Gemeindeamt schafften. Ebenso sah er, wie D., der Obmann der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Parteiorganisation, der tschechische Strassenwärter E. und dessen Bruder F. verhaftet wurden. Da der Zugverkehr eingestellt war und die Henleiner den Bahnhof bereits besetzt hielten, lief A. nach G. Dort musste er sich, einigemal von Henleinleuten gestellt, als ausgerissener deutscher Soldat der tschechoslowakischen Armee ausgeben und "Heil Hitler" brüllen. Dafür wurde er belobt; man klopfte ihm auf die Achsel und sagte: "Prima!-Feiner Kerl! - Hast Du gut gemacht! - Heil Hitler

Wo J. ist, weiss ich nicht. Ob er im letzten Augenblick umgefallen ist wie einige andere, darunter sehr hohe Funktionäre unserer Partei, die in der Presse und im Rundfunk ihre ganze Vergangenheit abschworen und erklärten, sich 20 Jahre lang geirrt zu haben (vielleicht unter Zwang!) weiss ich nicht. E. hat bereits seine Frau und Kinder vor der Mobilmachung ins Tschechische geschickt; sein Bruder wiederum, der nach der Henleinseite verschwägert war, war wiederum einige Tage vorher mit seiner Familie ins Dritte Reich gegangen. Der frühere kommunistische Abgeordnete K. von Z. ist, wie er mir selbst sagte, mit seinem engeren Funktionärkreis auf Anordnung des kommunistischen Parteibüros in Z. drei Tage vorher nach Prag geflüchtet, in Prag aber wieder von der kommunistischen Zentrale zurück ins deutsche

Gebiet geschickt worden. Er stand auf dem Wilsonbahnhof und war einem Nervenzusammenbruch nahe. Die Lippen dieses bestimmt harten Mannes haben nur so gebebt, seine Sprache war erstickt, seine Augen ein Meer von Leid und Schrecken. Er fuhr trotz meiner wiederholten eindringlichen Warnung mit seinen Leuten zurück. Er war im Gegenteil ärgerlich auf mich, weil ich ihn zurückhalten wollte und ihn in seinen Entschlüssen wankelmütig mache. Der Mann war total kaputt, ehe ihn die Henleinordner in Arbeit nahmen. Was mit ihm geschehen ist, weiss ich nicht. Seine und seiner Leute Hoffnung war Russland - und Russland nimmt keine Emigranten mehr auf!! Mir scheint, dass unsere Leute gefasster sind als die Kommunisten und dass der Zusammenbruch auf die Kommunisten viel stärker und vernichtender wirkte als auf unsere Leute.

Tragisch ist der Tod von zwei jungen Leuten. M. ist als Anführer der Henleinordner beim Angriff auf N. gefallen. Sein Vater, ein Tscheche, fiel im Kriege, seine Mutter ist Deutsche. Er war zuletzt Henleiner geworden, wahrscheinlich weil er mit einem reichsdeutschen Mädel von drüben verkehrte. Zugleich ist der Vetter des auf Henlein-Seite gefallenen M. als Hilfsfinanzwachmann an der deutschen Grenze bei einem Angriff der Henleinordner auf N.....gefallen. Auch sein Vater ist Tscheche und seine Mutter eine Deutsche.

Nach all den Aufregungen der letzten Wochen ist eine grosse Gleichgültigkeit über mich gekommen; das Leben scheint mir leer und schal. Es bietet mir keinen Inhalt mehr. Wie fühlte ich mich glücklich, im Sommer nach 7-jähriger Stellenlosigkeit wieder Beschäftigung und eigenen Verdienst zu haben. Alles vorbei. In der langen Stellenlosigkeit trugen und hielten mich Ideale, verliehen mir innere Stärke und Selbstbewusstsein, gaben meinem Leben Inhalt - alles dahin! Ein Fieber haben wir in der Tschechoslowakei hier durchgemacht, mit allen Vorschrecken eines Krieges, von nächstlichen Verdunkelungen, Kampfbereitschaft, wie sie nicht besser sein konnten. Und dann den Verrat, wie ihn die Geschichte noch nie gesehen hat, einen Verrat, der die Welt wohl für immer vermurksen wird. Einen Ekel empfinde ich beim Lesen der Friedenswinseleien im Westen. Die Staatsmänner des Westens haben nicht nur den Frieden verraten, sondern vor allem die Weltdemokratie.

4.Bericht: Die Zwischenfälle in Schwaderbach nahmen ihren Ausgang von Sachsen aus. Die in Sachsen arbeitenden Sudetennazis wurden von der Arbeit heimgeschickt und zogen in geschlossenem Zuge mit Hakenkreuzfahnen nach Schwaderbach. Im Zuge wurden auch Gewehre mitgeführt, die man von drüben mitgebracht hatte. In Schwaderbach wurde von den Demonstranten das Zollhaus besetzt und die dort lagernden Waffen, auch Handgranaten verteilt. Eine von Silberbach anrückende Gendarmeriepatrouille wurde mit Handgranaten beworfen, was zwei Todesopfer forderte. Als dann Verstärkung in Autos kam, wurden die Autos umringt und sofort hineingeschossen, so dass der erste Gendarm gleich herausfiel. Die anderen wurden entwaffnet und nach Klingenthal (Sachsen) gebracht. Der FS zog Gendarmen-Uniformen an und versah Dienst damit.

Als schliesslich Militär anrückte, zog sich der FS in einer Schützenkette von ca. 2.000 Mann und einer Länge von 2 km nach dem Aschberg direkt an der Grenze zurück. Einen Schritt rückwärts befanden sie sich bereits auf reichsdeutschem Gebiet. Von dort wurden sie auch mit dem Notwendigsten versorgt. Schliesslich traten sie ganz auf reichsdeutsches Gebiet über. Seitdem war Schwaderbach Niemandsland, von fast allen Bewohnern verlassen. Abends kamen die Henleiner rüber und terrorisierten Einzelne, die ihnen in die Hände liefen.

Aus dem hiesigen Gebiet waren von Silberbach etwa 40%, von Eibenberg etwa 50%, von Graslitz 30% der Gesamtbevölkerung nach Sachsen geflüchtet. Im Gambrinus in Klingenthal lagen 1.200 Leute. Interessant ist, dass sie sich einige Tage aus Eibenberg (Tschechoslowakei) über Schwaderbach mit Lebensmitteln versorgten, was aber eingestellt wurde. Es waren auch SdP-Frauen wieder zurückgekehrt, die berichteten, dass die Deutsche sie als "böhmische Sauen" beschimpft hätten. "Macht Euch Euer Zeug selber aus, wir wollen keinen Krieg". - "Wir können doch auch keine tschechischen Fahnen heraushängen!" -"Die fressen uns unser bissl Zeug noch weg". So lauteten die Urteile der sächsischen Bevölkerung, die über den Flüchtlingsstrom alles andere als erfreut war.

5. Bericht: Am Montag, den 12. September, nach der Hitlerrede zogen in Oberplan im Böhmerwald, die Henleiner durch den Ort und benahmen sich, als ob sie diesen bereits erobert hätten Sie zerschlugen in der tschechischen Schule und im tschechische Beamtenhaus die Fensterscheiben und beschmierten alles tschechische, auch die Briefkästen, mit grüner Farbe. Den jüdischen Geschäftsleuten Kohn und Schwarz warfen sie mit grossen Steinen sämtliche Fenster der Geschäfte und der Wohnungen ein. Schwarz war im Begriff, seine Frau in eine Entbindungsanstalt zu schaffen und hatte sein Auto dafür schon vorbereitet. Die Henleiner zerrissen die Sachen im Auto (Federbetten, Babywäsche usw.) und zerstreuten alles auf dem Marktplatz, zerschnitten die Autoreifen und warfen das Auto um. Die tschechischen Staatspolizeibeamten waren bei den Ausschreitungen zugegen und durften nicht unternehmen. Erst als das Standrecht verhängt wurde, trat Ruhe ein.

Ueber die Lage im Sudetenland nach der Besetzung sind uns folgende Berichte zugegangen:

1. Bericht: Die Besetzung des Sudetenlandes ist in grösster Ordnung erfolgt. Die SdP hat nichts zu sagen. Wo das Militär hinkam, wurde die FS genötigt, ihre Racheaktionen einzustellen. Dafür greift die Gestapo durch. Alle Wohnungen von Geflüchteten sind versiegelt. Sie werden geöffnet, wenn der Besitzer selbst kommt. Die Büros der sozialdemokratischen Partei sind ebenfalls versiegelt, wo sie geöffnet sind, sitzt die Gestapo drin und durchsucht die Akten. Die Verhaftungen nehmen täglich zu. Bis jetzt wird dabei noch nach keinem System vorgegangen. RW-Leute Gemeindefunktionäre und Spitzenfunktionäre der Partei werden

fast ausnahmslos festgenommen. In Reichenberg trieb man Genossen durch die Strassen, die Tafeln umhängen hatten: "Ich bin ein Volksverräter". In Neuern, das eine sozialistische Mehrheit hatte, sind 7o geflüchtet, von den Zurückgebliebenen sind 28 verhaftet. Die Arbeitslosen werden zusammengetrieben und zum Arbeitsdienst eingesetzt.

Die Aufgabe der starken tschechischen Befestigungen trifft die Soldaten furchtbar hart. Bei Troppau gingen einige Abteilungen nicht aus ihren Befestigungen heraus. Die Deutschen haben die unterirdischen Anlagen unter Wasser setzen müssen, um die Soldaten heraustreiben zu können. In Iglau und den Enklaven in Schlesien gibt es ständig Raufereien, die Spitäler sind voll von Verletzten.

2.Bericht: Am Sonntag, den 9. Oktober, gegen 4,3o Uhr kamen die letzten Eisenbahner von Aussig und Umgebung hier durch. Dabei erzählten sie mir, dass bei der Durchfahrt an der Dr. Benesch-Brücke von SdP-Ordnern auf den Zug geschossen wurde. Ich selbst konnte mich von den Gewehrkugeleinschlägen überzeugen und konnte 16 Einschläge feststellen. Dieser Vorgang hat sich kurz vor der Uebernahme des Gebietes durch reichsdeutsche Truppen abgespielt.

Bei der Besetzung von Teplitz und Umgebung wurden viele Mitglieder der Narodni Garda verhaftet. In Turn selbst hat man einen 65-jährigen Tschechen, der Mitglied der Stadtvertretung war, niedergeschlagen und wollte ihn danach noch verhaften. Durch ein ärztliches Attest wurde der Mann von der Haft verschont und dem Krankenhaus überstellt.

Seit dem 14. Oktober sind sämtliche Verhafteten wieder frei. Alle SdP-Ordner, die sich Rohheitsakte haben zuschulden kommen lassen, sind zwangsweise nach dem Rheinland zum Befestigungsbau beordert worden.

3.Bericht: In Teplitz-Schönau hat sich die Gestapo nach dem Einmarsch in der Villa Hahn beim Bahnhof eingerichtet. Es sind viele Juden verhaftet worden. Fast alle jüdischen Verhafteten, denen Fortschaffung von Werten aus dem sudetendeutschen Gebiet vorgeworfen wird, werden nach Dresden eingeliefert.

Der ehemalige Bürgermeister Russy, der noch 8 Tage vorher glaubte, sich durch eine Erklärung von der sozialdemokratischen Partei distanzieren zu können, ist ebenfalls verhaftet worden.

Alle Zurückkehrenden Reservisten der tschechischen Armee kommen erst einmal 2 bis 3 Tage in Haft, in welcher Zeit festgestellt wird, ob dem Betreffenden politische Betätigung im demokratischen Lager nachgewiesen werden kann.

In den bisher jüdischen Geschäften wurden fast alle Vorräte an Lebensmitteln von der Gestapo beschlagnahmt. Ein Teil der Geschäfte wird von den ehemaligen Angestellten auf eigene Rechnung fortgeführt.

Ein seit der Besetzung ins tschechische Gebiet geflüchteter Eisengrosshändler aus X. erhielt von seiner dortgebliebenen Frau die Mitteilung, dass er nach Hause kommen solle, da ihm nichts geschehe. Als er in X. ankam, wurde er sofort verhaftet. Noch in der Nacht wurde er wieder entlassen, nachdem er sich

bereit erklärt hatte, auf den Erlös der in seinem Geschäft befindlichen Ware zu verzichten. Der Mann, der tschechischer Nationalität ist, wurde aus X. ausgewiesen.

Die Gefängniswärter haben ihre alten österreichischen Orden und Ehrenzeichen wieder hervorgeholt und übertreffen sich gegenseitig in harter Behandlung der Marxisten und Tschechen. Auch die tschechischen Gefängniswärter, soweit sie noch im Dienst sind, stehen ihren deutschen Kollegen darin nicht nach.

Bei den in den besetzten Orten durchgeführten Ausspeisungen wird zwischen der deutschen und tschechischen Bevölkerung kein Unterschied gemacht. In X. bei Teplitz ist es sogar vorgekommen, dass ein reichsdeutscher Austeiler einen sudetendeutschen Ordner, welcher ihn darauf aufmerksam machte, dass es sich hier und da um Tschechen handele, sofort seines Postens enthoben hat.

Aus Karbitz bei Aussig erhalte ich die Bestätigung, dass diejenigen SdP-Ordner, welche sich an ihren früheren Gegnern vergriffen haben, abgesetzt und nach dem Rheinland zur Arbeit verschickt worden sind.

In Prosoditz bei Teplitz sind die Arbeitslosen, gleich welcher Nationalität, aufgefordert worden, sich binnen zwei Tagen beim Arbeitsamt zu melden. Die Arbeitslosen sollen alle nach Ostpreussen zur Rübenernte eingesetzt werden. Als Lohn erhalten sie monatlich 30,- RMk und die Verpflegung.

Nach dem Einzug der deutschen Truppen begann in Teplitz ein Masseneinkauf der Offiziere und Mannschaften. Vor allem wurde nach Modeartikeln und Schuhen und anderen Lederwaren gefragt. Besonders viel wurden auch Gold- und Silberwaren gekauft. Während die Offiziere nicht nach der Abstammung des Geschäftsinhabers fragten, hörte man bei den Mannschaften immer wieder die Frage, ob es sich um ein arisches oder ein jüdisches Geschäft handele.

In Teplitz ist zur Zeit ein Mangel an Zucker, Butter, Eiern und Käse eingetreten. Das Schweinefleisch ist auf 24 Kč das Kilo gestiegen. Seit Montag sind alle jüdischen Geschäfte, soweit sie keine Lebensmittel verkaufen, geschlossen worden.

In Leitmeritz a.d.Elbe gab es auf dem letzten Wochenmarkt nur in begrenztem Masse Butter. Bei jedem Butterverkaufsstand war ein SA-Mann postiert, welcher die Verteilung der vorhandenen Buttermenge kontrollierte. Seit Samstag ist in ganz Leitmeritz keine Butter zu erlangen.

Infolge des Masseneinkaufs von Schuhen ist eine grosse Preissteigerung eingetreten. Schuhe, die früher 69 und 79 Kč kosteten, werden jetzt, soweit der Vorrat reicht, mit 120 Kč verkauft. Ferner ist eine Preissteigerung bei Rindfleisch zu verzeichnen.

In Dux wurden vor dem Einmarsch der deutschen Truppen an alle Geschäfte gedruckte Plakate verkauft mit der Aufschrift: "Arisch", "Jüdisch" oder "Tschechisch". Ebenso, wie an allen anderen Orten, setzte auch hier nach dem Einmarsch ein wahrer Ansturm auf die Geschäfte ein. Bei der Firma Feuerstein wurde eine Tageseinnahme von 9.000 Kč erzielt, diese wurde aber von SdP-Ordnern am Abend beschlagnahmt, natürlich unberechtigt, so dass man jetzt nach den Schuldigen sucht.

4.Bericht: In allen kleinen Ortschaften der Gegend von Gablonz und Tannwald, wie in Josefstal, Maxdorf, Grüntal, Albrechtsdorf, Einsiedel usw. sind die Lebensmittel derart knapp, dass die Einwohner auf die sogenannten Volksküchen,die vom Militär und SS-Formationen schnellstens eingerichtet werden mussten, angewiesen sind. Ueber die geringe Qualität dieses Feldküchenessens ergingen sich sogar stramme Henleinleute in schärfsten Schimpfworten.

In Gablonz und Reichenberg stehen die Einwohner stundenlang nach schwarzem Mehl, Brot usw. an. Die letzten 8 Tage waren in Gablonz nur zwei Fleischerläden offen. Es fehlt an Butter und Margarine; 1 kg Fleisch kostet 3o Kč, Kartoffeln sind äusserst knapp. Leuten, die sich vorher mit Lebensmitteln eingedeckt hatten, wurde alles weggenommen.

In Reichenberg und Gablonz hat man rund 2oo Henleinleute verhaftet, die beim Plündern und Stehlen mit der Waffe in der Hand vorgegangen sind.

5. Bericht: Bei uns hat man zwei Tage vor dem Besuch Hitlers alle Linksverdächtige eingesperrt. So auch die Eltern von X. Als man beide holte, hat die alte Frau Y. tüchtig geschimpft, man hat ihr kurzer Hand eins mit dem Gummiknüppel gegeben. Es haben viele gesessen. Jetzt sind sie wieder in Freiheit. Sechs Tage waren sie verhaftet. Wie man erzählte, wurden alle -bis auf einige Ausnahmen- sehr korrekt behandelt. Man hat Aufrufe erlassen, in denen es im Schlussatz heisst: "Nicht der Tag der Abrechnung, sondern der Tag der Versöhnung ist gekommen". Kränzchen und Feste werden gefeiert, Essen wird verteilt, auch en Kommunisten; alles ist "verziehen". Flüchtlinge aus unserem Ort bekommen im einem fort Briefe, sie sollten nur nach Hause kommen und sich stellen, es passiere ihnen nichts, es gäbe nur ein Verhör.

2) Deutschland war nicht "fertig".

In den letzten Wochen war die deutsche Propaganda vor allem darauf gerichtet, den Nachweis zu erbringen, dass Deutschland in den kritischen Wochen auf alles vorbereitet war und dass seine Rüstung an Vollkommenheit und Stärke nichts zu wünschen übrig lasse. Einzelheiten sowohl über die Besetzung des Sudetenlandes die über die Befestigungen an der Westgrenze ("Das gigantischste Befestigungswerk aller Zeiten") werden in Presse und Rundfunk breitgetreten, um die Unüberwindlichkeit Deutschlands zu beweisen. Dem steht entgegen, dass Hitler in seiner Rede im Berliner Sportpalast selbst erklärt hatte, dass die Befestigungen im Westen erst zu Ende des Jahres fertig werden würden und dass er in Saarbrücken die Parole weiterer gesteigerter Rüstungen ausgegeben hat

Inzwischen hat auch Göring Mitte Oktober eine neue "Notdienstverordnung" erlassen, die neben die allgemeine Dienstpflicht tritt.

Auch aus unseren Berichten geht hervor, dass Deutschland während der letzten Krise alles andere als "fertig" war. In Schlesien wurden strategische Strassen nur notdürftig aufgeschüttet, ohne Strassengräben und nur mit einer schmalen Fahrbahn versehen um ihre Fertigstellung zu beschleunigen. In Sachsen wurde zwar der Verkauf der Gasmasken mit Hochdruck betrieben, aber die Lieferung blieb aus. In Danzig wurden in den kritischen Tagen SS-Uniformen nach dem Reich geschafft, um die lückenhaften Bestände zu ergänzen. In Berlin wurden SA-Uniformen von ihren bisherigen Trägern eingefordert, um sie dem Sudetendeutschen Freikorps zur Verfügung stellen zu können. Improvisation auf Improvisation, die sogar dem militärisch nicht eingeweihten Beobachter die Mängel der Organisation und Vorbereitung sichtbar machten.

Ueber den überstürzten und improvisierten Bau von Grenzstrassen wird uns z.B. berichtet:

Schlesien: Im ganzen Gebiet längs des Iser- und Riesengebirges werden die zur Grenze führenden Strassen so schnell wie irgend möglich fertiggestellt. Um den Bau zu beschleunigen, wird in zwei Schichten gearbeitet. Dasselbe gilt für die in diesem Gebiet befindlichen Eisenbahnen. Die Strassen erhalten in der Mitte nur eine 3 bis 4 m breite Fahrbahn, die entsprechend befestigt ist. Zu beiden Seiten wird der Boden nur festgestampft und diese Seitenstreifen sollen nur zum Ausweichen dienen. Das geschieht, um die Strasse schneller fertig zu machen. Den Arbeitern ist angekündigt worden, dass, wenn die Strassen nicht schnell genug fertig werden, in drei Schichten gearbeitet werden müsse.
Neben diesen Strassenbauten werden an der Eisenbahn auffallend viel Verladerampen gebaut und eingleisige Strecken in zweigleisige umgewandelt.

Sachsen (Grenzgebiet): Am Strassenbau von Sayda über Seiffen, Heidelberg nach Deutschneudorf wird mit Hochdruck gearbeitet. Strassengräben usw. werden nicht angelegt. Es wird nur die Strasse immer weiter vorwärts getrieben. Dasselbe trifft für den Strassenbau Seiffen-Dittersbach zu.

Bayern (Oberpfalz): Hier ist seit einiger Zeit eine neue Strasse in Angriff genommen worden, die schnellstens fertiggestellt werden muss. Dahinter müssen alle anderen im Bezirk begonnenen wichtigen Arbeiten zurücktreten. Die neue Strasse

hat wenig Kurven und durchschneidet viele Wiesen und Felder.

Bezeichnend ist auch die Hast, mit der die Arbeitskräfte für die Befestigungsbauten zusammengetrieben wurden.

Sachsen, 1.Bericht: Wie überall in Deutschland, werden auch von hier Leute zu den Befestigungsarbeiten im Westen des Reiches transportiert. Das dürfte nichts neues sein, neu ist aber die Methode, wie diese Leute zusammengebracht werden. Bei früheren Anlässen ähnlicher Art war es noch üblich, dass die Dienstpflichtigen durch eine schriftliche Nachricht vom Arbeitsamt davon in Kenntnis gesetzt wurden, dass sie sich für eine bestimmte Zeit bereit zu machen haben. Heute ist das anders. Da kommt plötzlich ein Beamter vom Arbeitsamt in die Wohnung dessen, der fortgeschickt werden soll mit der Mitteilung, dass er sich sofort auf das Arbeitsamt zu begeben habe. Es ist schon vorgekommen, dass Leute um 10 Uhr abends, ja sogar um 12 Uhr nachts nach dem Arbeitsamt mussten. Dort wird den Leuten gesagt, dass sie am nächsten Tag abtransportiert werden.

2.Bericht: Aus den hiesigen Möbelfabriken mussten 25 Arbeiter sofort aufhören, heimgehen und noch am gleichen Abend mit einem Autotransport an die Westgrenze abgehen.

Schlesien: Alle gemusterten Kraftwagen werden sofort bei Bedarf requiriert. Dies geschieht in rigoroser Form. Wenn der Wagen mit Lieferladung unterwegs ist, muss sofort an Ort und Stelle die Ladung abgeladen und der Wagen vorgeführt werden.

Westfalen: In einer Schokoladefabrik wurden eines Morgens 10 Mädchen ausgewählt, die sofort an die Westgrenze transportiert wurden. Sie durften nicht einmal mehr nach Hause. Ein Bote aus dem Betrieb musste die Koffer mit Wäsche holen. Sie müssen Küchen- und Verpflegungsdienst tun.

Es ist bekannt, dass die tschechische Mobilmachung vor allem auch deshalb gut funktioniert hatte, weil die Militärbehörden sehr genau über die staatspolitische Zuverlässigkeit der einzelnen Wehrpflichtigen unterrichtet war. So hat man z.B. aus sudetendeutschen Firmen nur die zuverlässigen Kraftfahrer herangezogen, die anderen aber ausgeschaltet. Im Gegensatz dazu erhalten wir aus Südwestdeutschland folgenden Bericht:

Einer unserer Genossen, der als Kraftfahrer in einem Grossbetrieb tätig ist, musste mit seinem Wagen antreten, um einen Transport Arbeiter an die französische Grenze zu bringen. Bisher hatte man diesen Genossen wegen seiner "politischen Unzuverlässigkeit" von allen Rüstungsarbeiten ausgeschaltet. Auf der Fahrt erlitt er jedoch eine Panne. Dadurch kam der Transport

am Bestimmungsort zu spät an. Obwohl man überzeugt war, dass man es mit einer durchgesiebten Mannschaft zu tun hatte, vermutete man an dieser Verspätung doch Sabotage. Deshalb wurde der Fall genau untersucht. Diese Untersuchung ergab zwar, dass von Sabotage keine Rede sein könnte, doch ermittelte man dabei die "politische Unzuverlässigkeit" des Kraftfahrers und schickte ihn wieder nachhause. Er sollte dann nach X. zu Befestigungsarbeiten. Aber kurz vor der Abreise kam ein Gestapobeamter zu ihm, der ihm mitteilte, dass er nicht zu fahren brauche, man werde für eine eine "anständigere" Arbeit suchen. Angeblich hatte die Arbeitsfront gegen diese Arbeitsvermittlung protestiert.

Ueber sonstige mangelhafte und verspätete Vorbereitungen wird berichtet:

Nordwestdeutschland: In der ersten September-Hälfte gingen die Schulferien in Westfalen zu Ende. Bereits am ersten Schultag wurde den Schulleitern ein dringendes Geheimschreiben ausgehändigt, in dem sie aufgefordert wurden, sofort einen beschränkten Schulplan für den Mobilmachungsfall aufzustellen. Weiter enthielt dieses Schreiben die Aufforderung, von sämtlichen Lehrern an der Schule eine kurze Skizzierung ihrer politischen und moralischen Zuverlässigkeit für den Ernstfall an die Aufsichtsbehörde zu geben. Der Bericht war innerhalb 48 Stunden zu erstatten.
Für die Organisationsfehler, die bei der Vorbereitung der "Manöver" auftraten, spricht die Tatsache, dass eine Funkerabteilung ohne Revolver -ihre Hauptwaffe- ins "Manöver" geschickt wurde.

Südwestdeutschland: Ein Festungsarbeiter berichtet: Als Hitler nach seinem Besuch in Saarbrücken auch an unsere Baustelle kam, schimpfte er heftig und erklärte, die Arbeit sei mindestens um 6 Wochen im Rückstand, es sei gefaulenzt worden. Tatsächlich war die Anlage für den Kriegsfall nicht fertig. Ein Offizier, der damals inspizierte, erkundigte sich nach der Zahl der Drahtverhaugürtel vor dem Festungswerk. Als ihm gesagt wurde, es gäbe nur den einen, den er hier sehen könne, sagte er, dann können ja die Franzosen in einigen Minuten hier sein. Darauf wurde ihm erwidert, hinter dem Fort seien noch spanische Reiter angelegt. Daraufhin schrie der Offizier: "Dann kann ja niemand mehr zurück, wenn dies nötig wird."

Die Mittelschulen haben allgemein, wenn auch mit einiger Verspätung, den Unterricht wieder aufgenommen. Aber von den Volksschulen sind im Festungsbaugebiet noch die meisten geschlossen. Den Kindern wurde teils für den 1., teils für den 15.Januar der Wiederbeginn des Unterrichts in Aussicht gestellt. Die Schulhäuser sind noch mit Truppen und Arbeitsdienst belegt. Zwei- bis dreimal in der Woche kommen die Kinder zusammen zu Unterrichtsgängen mit dem Lehrer oder zu Turnübungen und Spielen. Die kleinen Klassen sind zum Teil behelfsmässig eingerichtet und haben abteilungsweise einen halben Tag Unterricht.Die

Kinder der 7. und 8. Klasse wurden zur Landhilfe herangezogen. Jetzt werden sie stark bei den Sammelaktionen für Schrott, Lumpen, Knochen usw. beschäftigt.

Schlesien, 1.Bericht: Sämtliche KdF-Züge wurden auch hier eingestellt. Eisenbahnwagen, die schon total ausrangiert waren, wurden wieder von dem Wagenfriedhof und in Reparatur zur Ueberholung genommen. Die Eisenbahnwerke arbeiten mit Hochdruck. Viele Neueinstellungen wurden vorgenommen. Es wird berichtet, dass viel Murks gemacht wird, teils infolge des Tempos, teils infolge schlechten Materials und teils durch Sabotage der Arbeiter.
Bei den Umgehungsbahnen geht man dazu über, die Eisenschwellen gegen Holzschwellen umzutauschen. Diese Massnahme kann wohl nicht als Eisensammlung angesehen werden, da Holz wie Eisen knapp ist. Es handelt sich hier wohl mehr um eine Sicherheitsmassnahme, da die Eisenschwellen schadhaft sind und damit die Transportsicherheit gefährden.

2.Bericht: Alle Eisenbahnreparaturwerkstätten sind angewiesen worden, die in Reparatur befindlichen Wagen und Lokomotiven schnellstens fertigzustellen.
Auf dem Flugplatz in Görlitz werden mit Hochdruck Hangars gebaut, die zur Aufnahme mehrerer Staffeln Bomber bestimmt sind.

Danzig: In den Tagen vor dem Abschluss der tschechoslowakischen Krise sind von Danzig 2 Waggons mit vollständigen SS-Ausrüstungen nach dem Reich zur Unterstützung der Mobilmachung abgegangen.

Auch der Luftschutz erwies sich nur als mangelhaft vorbereitet:

Sachsen: Aus verschiedenen Orten ist zu berichten, dass zwar vor Monaten die Volksgasmasken bestellt werden mussten, dass aber bis zum heutigen Tage keine Gasmaske geliefert wurde.
In den Betrieben wurden sämtliche Vertrauensleute unter 45 Jahren veranlasst, ihre Aemter älteren Kollegen zu übergeben, die nicht mehr wehrpflichtig sind. Dasselbe geschieht bei den Luftschutzwarten, sofern diese nicht durch Frauen ersetzt werden können.

Schlesien: Bei uns ist man reichlich spät darauf gekommen, neben den Sirenen der Lautsprechersäulen und den besonderen Alarmsirenen der Fabriken noch Alarmsirenen an den Strassenfronten der Häuser in ca. 300 Meter Abständen anzubringen.

Nordwestdeutschland: Vor einigen Wochen kam plötzlich die Anweisung, dass sofort Schnellkurse in der Luftschutzausbildung eingerichtet werden müssten. Sie erstreckten sich auf je zwei Stunden an drei aufeinanderfolgenden Tagen. Innerhalb 10 Tagen mussten alle in Frage kommenden alten Leute und Frauen ausgebildet sein. Da Luftschutzkurse seit Jahren mit ziemlicher Regelmässigkeit durchgeführt werden, war diese plötzliche Hast und dieses Drängen sehr auffällig. Die für jedes Haus bestimmten

Luftschutzhauswarte -meistens Frauen- wurden vereidigt und haben mit diesem Eid, so wurde ihnen gesagt, die Verpflichtung übernommen, unter keinen Umständen den Dachboden zu verlassen. Die Luftschutzlehrer liessen es in ihren Vorträgen nicht an drastischen Erklärungen fehlen. Den Frauen wurde vor allem die Wirkung der Brandbomben erklärt, die nach dem Aufschlagen eine Hitze von 2.000 bis 2.500 Grad entwickeln und nicht mit Wasser zu löschen, sondern nur mit Sand zu ersticken sind. Einer der Lehrer erklärte: Wir wissen natürlich auch, dass die Aussichten einer solchen Sandlöschung deshalb gering sind, weil die Panik selbst bei den geübten Luftschutzwarten grösser sein wird als die nüchterne Ueberlegung. Deshalb wird es unter den Luftschutzwarten wahrscheinlich viele Opfer geben, die nicht notwendig wären, wenn die Leute nüchtern und kalt bleiben würden. Die Frage war für uns also die: soll man all die Luftschutzwarte, all die Frauen einsetzen, obwohl voraussichtlich nur ein verschwindend kleiner Teil seiner Aufgabe gewachsen sein wird? Wir haben diese Frage bejaht. In diesen Stunden spielen Menschenleben keine Rolle, aber Deutschland kann sich nicht leisten, Sachwerte zu verlieren.

Die Blockwalter des Reichsluftschutzbundes drängen neuerdings sehr zum Kauf der Volksgasmaske, da der bisherige Absatz nicht den Erwartungen entspricht. In einem Bezirk, der 120 Familien umfasst, ist bisher nur eine Gasmaske verkauft worden.

Berlin: In der Motzstrasse 46, unweit vom Nollendorf Platz wurde eine Beratungsstelle für sudetendeutsche Flüchtlinge eingerichtet. Dieses Haus gehört dem VDA und es waren dort schon immer einige Unterorganisationen wie der "Bund Deutscher Osten" usw. untergebracht. Auch die Zentrale des Sudetendeutschen Freikorps wurde dort installiert. Auch die Werbestelle für Freikorpsmänner wurde hier eröffnet. Durch diese Zentrale wurde in Berlin auch die Ausrüstung für die Freikorpsmänner beschafft. Die erforderlichen Uniformen usw., in den meisten Fällen SA-Ausrüstungen, wurden von dem Verbindungsmann zwischen dem Freikorps und dem Gau Berlin der NSDAP, bei der Gauleitung angefordert. Diese teilte den Ortsgruppen vertraulich die Anzahl der zur Verfügung zu stellenden Uniformen mit. Die Ortsgruppen haben dann willkürlich und ohne Entschädigung von SA-Mitgliedern Uniformen eingezogen und sie dem Freikorsp zur Verfügung gestellt.

Die deutschen Kriegsvorbereitungen liessen auch die spezifischen Schwierigkeiten erkennen, mit denen Deutschland bisher im Ernstfall zu rechnen hatte. Die Hauptschwierigkeit war der Mangel an Arbeitskräften. Deshalb mussten sich die Kriegsvorbereitungen Deutschlands vor allem darauf erstrecken, alle irgendwie greifbaren Ersatzkräfte zu erfassen. (Diese Schwierigkeit wird in Zukunft in dem Grade vermindert werden, in dem es Deutschland gelingt, die Wirtschaft Südosteuropas nach seinen

wehrwirtschaftlichen Bedürfnissen zu organisieren).

Nordwestdeutschland, 1.Bericht: In den kritischen Wochen wurden auch den Frauen die Gestellungsbefehle zugestellt. Sie mussten teilweise bereits auf den Strassenbahnen, in den Postämtern und an Bahnschaltern Dienst tun. Andere Frauen hatten die Aufforderung erhalten, sich zu einem noch näher zu bestimmenden Zeitpunkt bei den Wehrkreiskommandos einzufinden. Sie durften in der Zeit der Bereitschaft das Haus nur unter Zurücklassung einer Meldung, wo sie zu erreichen seien, verlassen.

Die Kollegs der Chemie-Studenten an den verschiedenen Hochschulen sind in Gruppen zu vier Personen eingeteilt worden, und zwar jeweils ein Student und drei Studentinnen. Es ist ihnen mitgeteilt worden, dass sie zusammen als Gruppe in ein Laboratorium, das noch näher bezeichnet würde, einrücken müssten. Ihre Aufgabe sei das Abfüllen von Bomben mit chemischen Stoffen. Diese Studenten und Studentinnen waren verpflichtet, während der Semesterferien dem zuständigen Wehrkreiskommando ihre An- und Abmeldung mitzuteilen und gleichzeitig sich beim zuständigen Wehrkreiskommando ihres Ferienaufenthalts an- und abzumelden.

In Zusammenkünften der HJ und des BdM wurden die Kinder erneut auf ihren Eid hingewiesen. Die Führer erklärten, dass die Jugendlichen jetzt wohl verstehen würden, dass diese Eidesleistung keine Spielerei gewesen sei. Jetzt müsse ihnen deutlich sein, dass sie dieser Eid auf Hitler mehr verpflichte als jede Bindung an ihre Eltern. Die Hitlerjugend und der BdM seien bestimmt für den Luftschutzmeldedienst, d.h., dass diese Jungens und Mädels ungeachtet der Gefahr bei Luftangriffen ihre Pflicht auf der Strasse zu tun hätten und nicht bei Muttern im sicheren Gasschutzkeller sitzen könnten. Es sei natürlich, dass keine Mutter von sich aus in einem solchen Augenblick bereit sei, ihr Kind auf die Strasse zu lassen. Jetzt stehe aber vor dem Auge dieser Jugend der Eid auf Hitler, die Verpflichtung zum Dienst am Vaterland. Diese Verpflichtung sei stärker als Liebe und Gehorsam gegenüber den Eltern.

Zu den Befestigungsarbeiten an der Westgrenze wird abgeordnet, wer nur irgendwie am Arbeitsplatz entbehrt werden kann. Man ist dabei gar nicht wählerisch. So hat man aus X. einen als Dorftrottel bekannten Schwachsinnigen mitgeschickt mit der Begründung: zum Stubenfegen und Kartoffelschälen taugt er noch.

Den Studien-Assessor einer städtischen Mittelschule in Y., der als Zeichenlehrer tätig ist, hat man für acht Wochen in ein Baubüro bei Trier abkommandiert. Die Stadt muss seine Besoldung weiterführen.

Aus dem Konzentrationslager Börgermoor sind alle Metallarbeiter und Elektrotechniker herausgezogen worden und einstweilen -wie es wörtlich heisst- "unter verstärktem Polizeischutz" in das Lager Esterwegen überführt worden. Auch diese Vorbereitung liegt im Rahmen der Heranziehung aller erreichbaren Kräfte für den Kriegsfall. Mit dieser Massnahme steht

im Zusammenhang, dass für die übrigen Häftlinge in Börgermoor die Behandlung verschärft wurde. Angeblich haben sich in letzter Zeit Anzeichen von Fluchtversuchen gehäuft.

2.Bericht: Die in den Gefängnissen und Zuchthäusern untergebrachten politischen Gefangenen wurden vor kurzem gemustert. Die Militärpapiere der Gefangenen mussten von den Angehörigen an den Leiter der betreffenden Strafanstalt eingesandt werden. Einige wegen politischer Betätigung verurteilte Freunde, die ihre Gefängnisstrafe bereits abgesessen haben, erhielten Nachricht von der Polizei, dass sie im Kriegsfalle trotz ihrer Strafe zum Militär eingezogen werden würden. Dagegen haben die augenblicklich ihre Strafe abbüssenden und jetzt gemusterten Gefangenen keinerlei Mitteilung erhalten, was mit ihnen im Kriegsfall geschehen soll.

Schlesien: Von der Wehrmacht wurden in letzter Zeit auch Gestellungsbefehle für staatspolitische Arbeit an Frauen herausgegeben, in denen es heisst, dass sie sich am 5. Mobilmachungstag zu stellen haben. Wohlfahrtsempfängerinnen, vor allem kinderlose, wurden bereit als Strassenbahnschaffnerinnen und Postangestellte ausgebildet. Rentner erhielten die Order, im Falle der Mobilisierung sich sofort dort einzufinden, wo sie ihre Rente beziehen, also bei der Post oder Eisenbahn.

Bei Linke-Hoffmann, Breslau, wurden Frauen in allen Abteilungen angelernt, u.a. auch an der Drehbank. Der Einsatz von Arbeitern zu staatspolitischen Arbeiten führte auch in Breslau zu erheblichen Aushebungen in allen Betrieben. Rüstungsbetrieben wurde nach vorhergehenden Vereinbarungen ein Soll gestellt, während anderen Betrieben einfach Verfügungen zudiktiert wurden, die den Fortgang der Arbeit ernstlich hemmten. Auch aus dem Zuchthaus Entlassene und sogar Gefangene wurden zu Befestigungsarbeiten eingesetzt.

Die qualifizierten Arbeiter aus den Linke-Hoffmann-Werken mussten ihre Hausschlüssel mit Etikett im Betrieb abgeben,damit sie jederzeit, also auch nachts, vom Betrieb alarmiert werden können. Dabei besteht die Verpflichtung, jede längere Abwesenheit zu melden.

Die Arbeiter ohne Wehrpass werden gewöhnlich zu staatspolitischen Arbeiten weit weg geschickt, da es sich um kriegsuntaugliche Leute handelt. Dagegen werden die Arbeiter mit Wehrpass in der Nähe eingesetzt, so dass sie schnell zusammengezogen werden können.

In der Lehrfliegerabteilung Görlitz, die dem Fliegerhorst Sagan unterstellt ist, befinden sich 8 Krankenschwestern, die im Flugwesen unterrichtet werden.

Mitteldeutschland: Alle pensionierten Eisenbahner mussten sich bei ihren Dienststellen melden und sich jede Stunde bereithalten, um im Mobilmachungsfall die wehrfähigen Eisenbahner abzulösen.

In den Junkerswerken in Köthen i.Anhalt werden bereits Frauen angelernt.

Zu den spezifischen Schwierigkeiten, mit denen Deutschland im Ernstfall rechnen muss, gehört auch der "Kriegsschauplatz Innerdeutschland", der Kampf gegen jede Art von Opposition, ohne den das Regime sofort in seinem Bestande gefährdet wäre. Auch dafür waren Vorbereitungen getroffen, wenn auch ebenfalls unvollkommene:

Schlesien: Ein Polizeibeamter der Schutzpolizei berichtet, dass die gesamte Schutzpolizei im Mobilmachungsfall der Militärbehörde unterstellt wird. An die Stelle der Polizei tritt dann bereits dazu ausgebildete SS, die zur Niederhaltung innerer Unruhen bessere Gewähr bietet als die Schutzpolizei.
Der Polizeibeamte berichtet weiter, dass die Stimmung in der Polizei geteilt sei. Es gebe eine grosse Anzahl von Beamten, die dem heutigen System mit grösster Empörung gegenüberständen und noch heute trotz Drill und Terror den Arbeiterparteien grösste Sympathie entgegenbrächten.
Auch den SA-Leuten ist der Auftrag erteilt worden, alle ehemaligen SPD- und KPD-Mitglieder genauestens zu beobachten, da man aus diesen Kreisen bei einer Mobilmachung mit ernsten Schwierigkeiten rechnen müsste.
In verschiedenen Orten müssen sich viele ehemalige Funktionäre der Arbeiterbewegung polizeilich jeden Tag melden.
In X. erklärte ein SA-Führer einem ehemaligen Funktionär, dass im Mobilmachungsfall alle ehemaligen Funktionäre der Arbeiterbewegung sofort in Schutzhaft kommen.

Westfalen: Zu den Kriegsvorbereitungen gehört auch die Einrichtung des "verstärkten Polizeischutzes". Ein Teil der für den Heimatdienst, beim Luftschutz oder an den Schulen bestimmten Lehrer und verschiedene Bürokräfte sind zu diesem "verstärkten Polizeischutz" eingeteilt worden. Den Leuten wurden alte Schupo-Uniformen nach Hause geschickt. Sie sind ausgebildet mit Gewehr, Revolver und Maschinengewehr. Die Revolver haben sie bereits erhalten, Gewehre und Maschinengewehre stehen in Depots. In Eilzusammenkünften ist diesen Leuten erklärt worden, dass sie neben den regulären Polizeitruppen für Ruhe und Ordnung in der Heimat zu sorgen hätten. Der instruierende Offizier betonte: "Sie haben in jedem kritischen Fall rücksichtslos von der Schusswaffe Gebrauch zu machen".

Berlin: Ein weiteres und bestimmt nicht das belangloseste Charakteristikum der deutschen Kriegsvorbereitungen waren die Massenverhaftungen ehemaliger Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre. Es würde nicht den Tatsachen entsprechen, wollte man behaupten, dass alle politisch vorbestraften oder im Konzentrationslager gewesenen sozialdemokratischen und kommunistischen Funktionäre und bekannten Linkspolitiker in "Vorbeugungshaft" genommen wurden. Es ist auch kein einheitliches Schema für diese Inhaftierung zu erkennen. So sind z.B. früher sehr ver-

folgte Spitzenfunktionäre völlig unbehelligt geblieben, während geringfügiger verurteilte illegale Mithelfer aus dem Bett oder von ihren Arbeitsstellen weg verhaftet und eingesperrt worden sind. Von den so Verhafteten sind bis Ende Oktober noch keine 10 Prozent freigelassen worden.

Die Unzulänglichkeit der deutschen Kriegsvorbereitungen fand ihren Niederschlag auch in einer wenig zuversichtlichen Stimmung in der Wehrmacht. Wir stellen die Aeusserung eines hohen deutschen Offiziers voran und ergänzen sie durch einen Bericht aus Mannschaftskreisen:

Deutschlands Kriegsvorbereitungen sind absolut ungenügend. Weder mit Munition noch Waffenersatz, Bekleidung und Verpflegung ist Deutschland hinreichend versehen. Ein Teil des vorhandenen Materials ist schlecht. In den letzten Wochen zeigten sich dieselben Erscheinungen wie beim Einmarsch in Oesterreich. Die Strassen wurden verstopft durch lahme Autos, deren Ersatzreifen (Buna) eine grosse Enttäuschung wurden. 8 bis 9 Prozent der Panzerwagen und Tanks erreichen infolge Defekt die Fahrziele nicht. Jeder vernünftige Soldat würde unter diesen Umständen auf eine Politik verzichten, die in jedem Fall die Möglichkeit des Krieges in sich schliesst. Aber das letzte Wort liegt bei Hitler und dieser Mann steht ganz unter dem Eindruck der Paraden, die seit einigen Monaten ohne Unterbrechung vor ihm abrollen. Er ist trunken von der Unüberwindlichkeit Deutschlands. Dazu kommt, dass er in seiner Umgebung neben Reichenau in Keitel und Brauchtitsch zwei Generäle hat, die bereit sind, mit ihm durch dick und dünn zu gehen. Sie haben sich von seinem Instinkt, was man dem Ausland alles bieten kann, imponieren lassen. Es gibt eine ganze Anzahl hoher Offiziere, die zu bremsen versuchen. Aber auch das ist sehr gefährlich, weil man bei der labilen Natur Hitlers sehr leicht das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erzielen kann. Jedem Warner aus der Wehrmacht hält er seinen Erfolg bei der Rheinland- und bei der Oesterreich-Besetzung vor und erinnert daran, dass er auch damals gegen die Unkenrufe der Offiziere gehandelt und Erfolg gehabt habe. Es herrscht im Offizierskorps zum Teil eine recht deprimierte Stimmung, weil man überzeugt ist, in ein Abenteuer getrieben zu werden, das man natürlich, wenn Hitlers letztes Wort gefallen ist, mitmachen muss, dessen Aussichtslosigkeit man jedoch von vornherein kennt.

Südwestdeutschland: Die Anspannung der Soldaten in dieser sogenannten Friedenszeit ist unglaublich gross. So ist ein Militärkraftfahrer das Opfer des sinnlos langen und anstrengenden Dienstes geworden. Er musste als Chauffeur von 1/2 4 Uhr morgens mit einer ganz kurzen Unterbrechung bis 6 Uhr nachmittags am Steuer sitzen und ist schliesslich gegen eine Felswand gefahren. Ausser ihm hat das Unglück noch einige weitere Opfer gefordert. Der Unfall ist bei diesem sehr sicheren Fahrer nur

mit Ermüdungserscheinungen zu erklären.
Diese übermässige Inanspruchnahme der Menschen ist sehr häufig. In einer einzigen Kraftfahrerformation sind innerhalb einer verhältnismässig kurzen Zeit sechs Fälle bekannt geworden, dass Meldefahrer auf ihren Motorrädern vom frühen Morgen bis in die späte Nacht mit ganz ungenügenden Ruhepausen gesessen hätten, dann zum Kommandeur kommen mussten. Statt des erwarteten Dienstendes erhielten sie einen neuen Befehl, der sie irgendwo hinjagte. Die Leute setzen sich dann auf die Maschinen, rasen zur Stadt hinaus, schmeissen das Motorrad in einen Strassengraben und fallen in tiefen Schlaf. Werden sie so gefunden -und das ist mehrfach vorgekommen- dann setzt es Festung wegen Pflichtverletzung.
Die Ueberanstrenung ist eine der Ursachen dafür, dass Befehlsverweigerungen im Heer so häufig geworden sind, wie man sie im Vorkriegsheer einfach nicht kannte und wie sie sich erst bei der Kriegsmüdigkeit in den Jahren 1917 und 1918 entwickelten. Die Folge davon ist, dass die Festungen und Gefängnisse für militärische Gefangene überfüllt sind und dass man in Süddeutschland ein Lager für Gefangene hat einrichten müssen.
Mit dieser Feststellung deckt sich auch eine andere Erfahrung. In Deutschland hat die Materialanbetung durch die Nazipropaganda eine psychologische Veränderung im Denken seiner Soldaten bewirkt. Allen Propagandaphrasen zum Trotz wirkt auf einen heutigen deutschen Soldaten die berühmte "helle Begeisterung" und der "Langemarck-Idealismus" einfach komisch. In den Gesprächen wird einfach und nüchtern abgewogen, wo das bessere Material stehen wird. Tankmannschaften versicherten: "Wenn wir nur das Gerammel unserer Wellblechhäuschen hören, dann haben wir schon die Nase voll." Das Material ist schlecht schlecht, schlecht. Auch bei der Luftwaffe.

Hitler hat in seiner Saarbrückener Rede selbst offen angekündigt, dass die Rüstung in unvermindertem Tempo fortgesetzt werde. Allerdings entsprach die Behauptung, dass nunmehr auch das Saargebiet und das Aachener Grenzgebiet in das Befestigungssystem einbezogen würden, insofern nicht den Tatsachen, als auch in diesen Bezirken schon seit Monaten fieberhaft an der Herstellung des Festungsgürtels gearbeitet wird.

Saar-Pfalz: Ein grosser Teil der Truppen, die an die Grenze geworfen und auf breiter Front in den Dörfern untergebracht worden waren, ist bereits wieder abgerückt. Der Arbeitsdienst ist geblieben und setzt seine Tätigkeit fort. Aber der Verkehr hat bedeutend abgenommen. Die Roh- und Kriegsmaterialtransporte waren so gesteigert worden, dass jetzt wohl auf längere Zeit der Bedarf gedeckt sein wird. Gegenüber den normalen Verhältnissen herrscht natürlich immer noch ein starker Betrieb. Die entstandene Ruhepause wird dazu ausgenutzt, begon-

nene Festungswerke fertigzustellen, verpfuschte abzureissen und neu zu errichten und Abänderungen vorzunehmen, die sich als zweckmässig erwiesen haben. Die Ankündigung Hitlers in seiner Saarbrückener Rede: jetzt werde auch im Saargebiet mit dem Festungsbau begonnen, hat in diesem Gebiet einige Ueberraschung hervorgerufen, da es doch jedermann bekannt war, dass auch hier seit vielen Monaten mit Hochdruck gearbeitet wurde und bereits ganz respektable Festungswerke fertiggestellt sind.

Rheinland: In der Eifel entsteht zwischen Wald und Berg eine ungeheuere Befestigungslinie. Zwar ist noch alles nicht fertig und zum Teil ist alles sehr oberflächlich gemacht worden. Aber nun, da Hitler Zeit hat, können die Hunderttausende Arbeiter, Handwerker, Arbeitsdienstpflichtige, Pioniere und andere Truppengattungen ein System schaffen, das in einem künftigen Kriege sehr bedeutungsvoll werden kann. An dieser gigantischen Festung, die nicht nur in der Eifel, sondern auch nördlich Aachens, längs der holländischen Grenze, im Wurmtal aufgeführt wird, arbeiten die Hunderttausende in ununterbrochener Schicht bei Tag und Nacht (Im Scheine riesiger Bogenlampen).
Uebrigens werden bei den Befestigungsarbeiten auch viele Holländer mit beschäftigt. In den ersten Wochen wurden diese Leute relativ gut bezahlt. Jetzt kommen viele nach Holland zurück.

Berlin: Die Arbeitergestellungen der Berliner Grossindustrie und -Baufirmen für die Grenzbefestigungsbauten gehen sicher in die Zehntausende. Jedenfalls haben diese Arbeiterabziehungen grosse Hoch- und Tiefbauten zum völligen Stillstand gebracht und in den Werken ausserordentliche Schwierigkeiten und Lieferungsstockungen hervorgerufen. Wer aber der Meinung war, dass der in München "gerettete Frieden" die Rückkehr der deutschen Festungsbauarmee nach sich ziehen werde, sieht sich getäuscht. Gewiss ist ein Rückstrom von Berliner Arbeitern erfolgt, aber nur von demobilisierten. Doch die grossen Hoch- und Tiefbaufirmen warten und petitionieren vergeblich: ihre Facharbeiter in Beton , Eisenbeton und Zement werden "bis auf weiteres" bei den Grenzbefestigungsbauten im Westen festgehalten. In welchem Umfange Berliner Industriefacharbeiter bei diesen Bauten beschäftigt werden, dafür ein paar Ziffern: die Schwarzkopf A.G. hat von ihrer Belegschaft noch etwa 175 Mann im Westen, Borsig an 200, Siemens mit allen Werken und einschliesslich angeforderten und gestellten Büropersonals gar 300 bis 350 Mann, Löwe A.G. 150 Mann, Pintsch A.G. 225 Mann, Görtz A.G. etwa 200 Mann, Telefunken 200 bis 250 Mann, Gaswerke in Tegel an 50 Mann, Charlottenburger Wasserwerke ebenfalls etwa 50 Mann, das Virchowkrankenhaus hat noch etwa 100 Mann verschiedenes Sanitätspersonal im Westen, vom Horst Wessel-Krankenhaus sind noch 75 Mann fort, während auf den Betriebs- und Reparaturhöfen der BVG etwa 150 Mann insgesamt als "beurlaubt" gemeldet sind.

Norddeutschland: in Emden wird mit Hochdruck am U-Boot-Hafen gebaut. Er entsteht auf dem Gelände der früheren Hohenzollernhütte im Binnenhafen.

Die Emsmündung sitzt voller Forts. Besonders bei der Knock, einer Halbinsel gegenüber dem holländischen Hafen Delfzijl, sind starke Batterien untergebracht. Hier sind auch die Vorbereitungen für U-Boot-Fallen getroffen. In einem von aussen ganz unscheinbarem Wohnhause ist eine Anlage eingebaut, die das Abschiessen von Torpedos vom Lande aus gestattet. Die elektrischen Anlagen werden mit Kraft aus Wilhelmshaven gespeist und nicht von der Emder Stromleitung.

In Wilhelmshaven ist man noch immer sehr stark mit dem Ausbau der vierten Hafeneinfahrt beschäftigt. Auch an anderen Stellen gehen die Küstenbefestigungsbauten mit Hochdruck weiter. Am stärksten wird jedoch augenblicklich in X. gearbeitet. Dort werden Kasernen für die Marine errichtet.

3) Das deutsche Volk traut dem Münchner Frieden nicht

Wir haben bereits im Vormonat eine Reihe von Stimmungsberichten über die Haltung des deutschen Volkes zum Münchner Abkommen gebracht (vgl. Heft 9/1938, Seite A 32 ff.). Die inzwischen eingegangenen neuen Berichte lassen erkennen, dass der Münchner "Frieden" von weiten Volkskreisen in Deutschland wesentlich kühler aufgenommen worden ist als in Frankreich und England. Man glaubt nicht daran, dass der Friede nun ein für alle Mal gesichert sei, sondern rechnet überwiegend damit, dass die aussenpolitische Entwicklung bald einer neuen krisenhaften Zuspitzung zutreiben wird. Nach wie vor ist die Meinung weit verbreitet, dass es Hitler gar nicht hätte zum Krieg kommen lassen können und dass alles nur ein grossangelegter Bluff war.

Südwestdeutschland, 1.Bericht: Nach der grossen Unruhe brachte natürlich der Abschluss des Münchner Abkommens eine grosse Erleichterung. Man hört sehr häufig die Bemerkung, Daladier und Chamberlain haben uns durch ihre Bemühungen den Frieden gebracht, diesen Männern haben wir viel zu verdanken. Unausgesprochen kommt darin zum Ausdruck, dass man Hitler für den Schuldigen an der Beunruhigung Europas betrachtet.

Ueberall kann man feststellen, dass die Jugend schon stark im Banne der neuen kriegerischen Erziehung steht, während die älteren Leute sich stark zurückhaltend und abweisend zeigen. Sozialdemokraten und Kommunisten stehen in letzter Zeit wieder unter einem starken Druck und werden scharf beobachtet. Von den älteren Reservisten wurden einige verhaftet und nach Dachau gesch[illegible] weil sie sich kritische Aeusserungen erlaubt

hatten. Es handelt sich dabei durchweg um Indifferente oder ehemalige Nazis. Auch dieses Vorgehen hat auf viele einschüchternd gewirkt. Aber es gibt noch immer genug, die sich nicht fürchten, in aller Oeffentlichkeit sehr abfällige Bemerkungen über das System zu machen.

Die Annexion des sudetendeutschen Gebiets hat die schlechte Stimmung fast gar nicht gebessert. Das Brot ist nicht besser geworden und die Leute sagen, jetzt hatten wir doch eine gute Ernte und das Brot ist noch genau so schlecht. Die versprochenen Weissbrötchen sind auch noch nicht da. Die Zahl der Kranken ist unausgesetzt sehr gross und den Hauptanteil stellen die Magenkranken. Eier sind zur Zeit fast nicht zu haben, dafür umso mehr Vorträge und Zeitungsartikel, in denen uns der Beweis erbracht wird, dass es jetzt mehr Eier gibt als jemals, dass sogar mehr eingeführt werden als früher, aber der herrliche Aufstieg, den uns der Führer gebracht habe, habe auch den Verzehr gesteigert und daher rühre der Mangel. Die Leute fühlen sich verhöhnt, weil sie von dem Aufstieg nicht das Geringste merken, sondern nur Nachteile.

2.Bericht: Wir haben uns nicht getäuscht. Während in Deutsland die Enttäuschung über das Hitlersystem immer grösser wird und es die Mehrzahl längst zum Teufel wünscht, schreitet es international von Erfolg zu Erfolg. Papen und Hugenberg waren also längst nicht die grössten Trottel. Sie haben in der internationalen Politik würdige Schicksalsgenossen gefunden. Wer wundert sich noch darüber, wenn jetzt eine Welle von Niedergeschlagenheit und Hoffnungslosigkeit durchs Land geht? Es ist einfach nicht zu fassen, dass sich die primitivste Gewaltmethode auch international durchsetzt. Die bisherigen Verfolgungen und Bestrafungen der Hitlergegner wurden noch mit Mut und mit der Hoffnung auf baldige Abrechnung getragen.Heute erscheint jeder Widerstand fast sinnlos. Ich bin nun nicht der Meinung, dass sich die Hitlergegner jetzt völlig unterwerfen werden, denn es ist ein natürlicher Instinkt, sich gegen Zwang und Druck aufzulehnen. Aber die Zahl der Indifferenten wird wieder grösser und die bewussten Gegner werden vorsichtiger werden.

Die Meinungen über die Vorgänge und die zukünftige Entwicklungen gehen natürlich auseinander. Eine grosse Uebereinstimmung scheint aber darüber zu bestehen, dass die Erfolge von München keine Veranlassung zu grossem Jubel geben. Man war etwas überrascht über die grosse Begeisterung im Ausland. "Die kennen eben Hitler und sein System nicht". Hier konnte man von den einfachsten und unpolitischsten Leuten Aeusserungen hören wie: "Wer wird jetzt an die Reihe kommen" oder "Es gibt keine Ruhe, in kurzer Zeit stehen wir vor der gleichen Gefahr und es wird doch Krieg geben". Die Angst des Auslandes hat auch in Deutschland wieder die Vorstellung von der Macht des deutschen Militarismus gesteigert.

3.Bericht: Der Tiefpunkt der Depression, die alle ergriffen hatte, die Gegner des Systems sind und eine andere Lösung der tschechischen Krise erwartet hatten, scheint überwunden

zu sein- Man gewinnt wieder Mut und rechnet weitgehend darauf, dass die Unverfrorenheit der Nazis zu weiteren Konflikten treiben und damit zwangsläufig zum Zusammenprall führen werde. Die Saarbrücker Rede Hitlers hat den Deutschen gezeigt, dass noch nicht alles zu Ende ist, dass es noch allerhand geben kann und dass Hitler mit England noch nicht ganz ins Reine gekommen zu sein scheint. Auch den eingeschworenen Nazis ist es nicht ganz wohl bei der weiteren Entwicklung der Dinge. Manches haben sie doch gehört von der ungeheueren Kräftekombination, die gegen Deutschland zusammengestanden hätte, falls es zum Klappen gekommen wäre. Ein Taumel der Freude über die "Erlösung" der Sudetendeutschen ist hier absolut nicht zu verspüren. Man hat so langsam genug von den Erlösungen, und nachdem nun wieder die Sammlungen beginnen, deren Ertrag nun hauptsächlich den Sudetendeutschen zugute kommen wird, ist das Unbehagen über das Regime nicht geringer geworden. Dazu kommt, dass sich in der letzten Zeit wieder mancherlei Verknappungen bemerkbar gemacht haben. Vorige Woche keine Butter, gestern kein Schweinefleisch.

Wasserkante: In den Kreisen unserer Genossen, besonders bei denen, die jetzt noch tätig sind, glaube ich auf Grund der Enttäuschung über die Haltung der Westmächte, besonders aber über die Haltung der französischen Partei zum Kabinett Daladier, eine gewisse Ermüdung feststellen zu können. Alle, mit denen ich in diesen Wochen in Berührung kam, haben dieser Enttäuschung stark Ausdruck gegeben. Mit Ausnahme eines Genossen waren alle der Auffassung, dass Hitler nicht marschiert wäre, wenn England und Frankreich gegenüber seinen Forderungen fest geblieben wäre. Diese Genossen sagten das nicht, weil sie kriegsbegeistert waren, oder weil sie den Krieg als einzige Rettung von der Naziherrschaft ansahen, sondern weil sie schon früher die Auffassung vertreten haben, dass von dem ganzen Kriegsrummel bei den Nazis 50% Bluff sind. Jetzt ist Hitler durch die Haltung der Grossmächte eine neue Chance gegeben und das System dadurch wahrscheinlich erneut gefestigt. Es ist nach Auffassung der Genossen ganz unmöglich, irgend etwas zu entgegnen, wenn die Hitler-Anhänger ihnen mit dem Argument kommen: "Ihr müsst doch zugeben, dass Eure ganze Friedenspolitik falsch war. Hitler erreicht durch seine Drohung mit der Gewalt alles, was Ihr in den ganzen 14 Jahren überhaupt nicht einmal andeuten konntet". Dabei denken natürlich unsere Genossen mit grosser Bitterkeit an die Haltung, die nicht nur die Regierungen, sondern auch die Parteien der anderen Länder uns gegenüber eingenommen haben.

Rheinland-Westfalen, 1. Bericht: Die Genossen sind nach wie vor der Meinung, dass Deutschland nicht in der Lage ist, einen Krieg zu riskieren. Vor allem gilt dies bezüglich der Waffenqualitäten und der viel zu geringen Lagerbestände. Den ganzen September hat man als ein grandioses Bluff-Spiel betrachtet und nicht einen Augenblick mit einem wirklichen Kriegsausbruch gerechnet.

Diese Grundauffassung unserer Freunde, die auf guten Informationen über die materiellen Verhältnisse in den Waffendepots und über die psychologischen Faktoren vor allem im Heer beruht, unterscheidet sich sehr wesentlich von der Meinung der breiten Massen. Breite Schichten der deutschen Bevölkerung haben von der Existenz eines Sudetenproblems bis vor kurzem genau so wenig gewusst wie das Ausland. Die ganze Kampagne ist das Ergebnis einer raffinierten und zielbewussten Stimmungsmache. Bis heute ist der grossen Masse des Volkes nicht klar geworden, dass es nicht um die "Befreiung" von 3 Millionen Deutschen, sondern um viel mehr ging. Dass die Sudetendeutschen der Vorwand waren, um die Tschechoslowakei zu zerstören. Es kann also kein Zweifel darüber bestehen, dass zwar ein Teil der Menschen in Deutschland die Ausschliesslichkeit des Sudetenproblems als das einzige der Weltübel für übertrieben, die nüchterne und nackte Forderung selbst jedoch für berechtigt hielt. Als darum in München der Friede gerettet wurde, war man herzlich dankbar. Dankbar für die Erhaltung des Friedens, dankbar für die Erfüllung einer Forderung, die als berechtigt erschien. Dieser Dank nahm solche Formen gegenüber Daladier und Chamberlain an, dass er den Partei- und Wehrmachtsgrössen sogar schon unangenehm wurde. Typisch ist hierfür die Aeusserung eines hohen Instruktionsoffiziers in einer Offiziersbesprechung nach der Münchner Konferenz, der sein Urteil in den Satz zusammenfasste: "Wir wollen uns doch klar darüber sein, dass mit einem Volke, das "Heil Frankreich!" ruft, kein Krieg gewonnen werden kann."

2.Bericht (Dortmund): Der furchtbaren Spannung der Tage um dem 1. Oktober herum ist eine grosse Entspannung erfolgt. Aber niemand vermag so recht an eine längere Zeit der Ruhe zu glauben. Das Volk beobachtet die immer umfangreicheren Rüstungen, es fragt sich, wohin das führen soll. Das Geraune über neue Absichten des Führers hört nicht auf. Man denkt in erster Linie an die völlige Wiedereinfügung Danzis in das Deutsche Reich und an die Kolonien.

Dass die Vermutungen immer neue Nahrung finden, dafür sorgen schon gewisse Naziführer. So hat der Gauleiter Wagner, der Preiskommissar, in einer Parteikonferenz am 16. Oktober bereits klar ausgesprochen, dass es keine Ruhe gäbe. Er hat aber auch die Empfindungen, die unter der Oberfläche schlummern, zum Ausdruck gebracht und so werden diese Ausführungen recht bedeutungsvoll. Wagner sagte u.a.:

"...Nun gibt es Menschen,..denen dieser Weg zu gefährlich war... Des Risikos werden wir in der Politik nie entbunden sein. Risikolose Politik gibt es nur dann, wenn man Verzicht leistet, ein grosses wachsendes, freies Volk zu sein, das gleichzeitig mitbestimmend in die Weltgeschichte einzugreifen entschlossen ist...Der Marsch in die Freiheit ist ja nie etwas anderes gewesen als der Marsch auf den Trümmern des Versailler Vertrages, und dieser Marsch, der zielbewusst von Jahr zu Jahr gesteigert wurde, war bei jeder Handlung von unerhörten Gefahren umwittert..

Aber eins ist gewiss: Wir dürfen uns in keiner Stunde über-

rauchen lassen, wir dürfen nichts versäumen, koste es an Anstrengung, was immer es auch kosten möge...

Es ist nun in der nächsten Zeit, in der nächsten Epoche nicht zu erwarten, dass unsere Anstrenungen auf dem wirtschaftlichen Gebiet eine Erleichterung erfahren; ich wüsste nämlich nicht, von welcher Seite... Wir sind einfach genötigt, die begonnenen erfolgreichen Anstrengungen nicht nur zu Ende zu führen, sondern auszuweiten. Auszuweiten und auszudehnen auch auf die beiden Gebiete, die wir ja immerhin mit einer Bevölkerung von 10 Millionen und einer Fläche von 110.000 Quadratkilometern in diesem Jahre zu Deutschland zubekommen haben. Ich glaube, gerade die Situation, die gerade jetzt überstanden ist, ist geeignet, den breiten Schichten und uns selbst klarzumachen, wie richtig das ist.

Wir riskieren das Aeusserste. Wir müssen uns in den nächsten Jahren klar darüber sein, dass wir noch mehr als bisher unsere gesamten Kräfte entwickeln müssen, koste es, was es wolle, materiell gedacht sogar, um dorthin zu kommen, wo wir seit Proklamierung des Vierjahresplans hinstreben, auch dann selbst wenn jemand sagen würde: Ja, ich kann es Ihnen rechnerisch nachweisen, dass das wahrscheinlich gar nicht geht... Wer hat uns denn seinerzeit den Beweis erbracht, dass wir den Versailler Vertrag ohne Krieg zerbrechen würden?... Also kann ich auch jetzt nicht dieser Frage gegenüber etwa den Standpunkt einnehmen: weil ich rechnerisch, erfahrungsgemäss und nach den bislang bekannten Tatsachen nicht statistisch dahin komme, dass das ginge, darum glaube ich nicht daran, dass wir das Problem meistern.

Demgegenüber stellen wir -und das ist der Unterschied zur alten Welt- einfach das unbändige Selbstvertrauen und den Willen: Wir riskieren das Aeusserste, d.h. es gibt gar nichts, was uns zurückschrecken könnte, wovor wir Angst hätten... Es kommt mehr denn je darauf an, unserm Volk die notwendige seelische Härte und männliche Entschlossenheit zur eigensten Natur zu machen, wenn es sein muss, alles zu riskieren und durchzustossen..."

Die Bevölkerung empfindet ganz genau, dass es eigentlich Frankreich war, das den Ausbruch des Krieges in diesem Jahre verhindert hat. Darum ist man diesem Frankreich, bis auf diejenigen, die weiter sehen, auch dankbar für seine Haltung. Doch ist man beinahe in allen Kreisen davon überzeugt, dass dieser Friede von München kein Dauerfriede sein wird, dass man vielmehr jetzt eigentlich nur noch Kinder erzieht, damit sie einstmals auf die Schlachtbank geführt werden sollen. Man traut der ganzen Sache nicht im Geringsten, aber man ist auch zufrieden, dass es vorläufig noch einmal vorbeigegangen ist. Man hofft auf ein Wunder. Man hat Angst vor der Gestapo und fühlt sich völlig der Entwicklung, die Hitler bestimmt, ausgeliefert. Was man sich einfach nicht erklären kann, das ist das Verhalten der Welt, das Verhalten Englands und besonders Frankreichs, die Hitler in allem nachgeben, nachdem sie in den vergangenen Jahren der Republik nicht das geringste gestattet haben.

3.Bericht: Die Lösung von München hat alle überrascht.Man sagt sich, dass da etwas nicht stimmen kann, denn man will England und Frankreich nicht zutrauen, dass sie ihre eigenen Interessen preisgeben könnten. Und da man weiss, dass die ganze Kraftentfaltung, die Hitler und seine Bonzen veranstalten ein fauler Zauber ist, dass das deutsche Volk innerlich zerrissen ist, dass die Wiederaufrüstung durchaus nicht komplett ist, so sagt man sich, dass entweder England und Frankreich noch weniger gerüstet sind, oder dass besonders England sehr zufrieden mit dem Bestehen des Hitler-Systems sein muss. In diesem Falle wünschen jetzt viele in Deutschland, dass England seinen Lohn für seine Haltung bekommen möge. Es entwickelt sich so etwas wie eine Rache-Stimmung gegen Frankreich und England. Die Staatsmänner dieser beiden Staaten wissen vielleicht gar nicht, wie sehr sie ihren Ländern dadurch geschadet haben, dass man jetzt ihnen hier und da bereits die kommende grosse Niederlage in einem Kriege, der ja doch einmal kommen muss, wünscht. Besonders den Engländern wünscht man, dass sie nun die "Segnungen" des Faschismus selber zu spüren bekommen mögen.

Die Sudetendeutschen interessieren, ausser den paar Schreihälsen und den Bonzen, niemand in Deutschland. Es ist den Massen furchtbar gleichgültig, ob damit die deutsche Bevölkerungsziffer um 3 1/2 Millionen erhöht wurde. Was haben wir davon, sagt man? Unsere Lage verbessert sich dadurch genau so wenig, wie sie sich durch das Hinzukommen der Oesterreicher verbessert hat.

Vorerst hat Hitler erreicht, dass seine Erfolge die Oppositio lähmen. Das ist es, was viele so bekümmert. Auf der anderen Seite allerdings beginnen auch diejenigen, die bisher noch immer auf die Hilfe von aussen hofften, zu begreifen, dass das eine falsche Hoffnung war, dass also die deutsche Opposition allein kämpfen muss. Insofern gibt es jetzt keine Unklarheit mehr.

4.Bericht: Ein Ergebnis von München ist, dass die breite Masse des Volkes die Demokratien für schwach und innerlich faul hält. Ein anderes Ergebnis ist, dass die politisch Unzuverlässigen und die sogenannten Staatsfeinde aufs Neue in einer Weise verfolgt werden, die noch Schlimmeres denn bisher erwarten lässt. So wird bekannt, dass in Lintfort und Mörs die Gestapo alle diejenigen herauszufinden trachtet, die in den Tagen der Erregung und Kriegsunruhe sich offen und unverblümt geäussert haben.

Danzig: Ganz abgesehen davon, dass dieser neue Erfolg Hitlers zur Folge gehabt hat, dass man in Danzig allgemein der Auffassung ist, dass jetzt auch sehr bald Danzig zum Reich kommen wird, muss man objektiv feststellen, dass der Anschluss der Sudetengebiete in Wirklichkeit auf die Leute noch weniger im Sinne der Nazis gewirkt hat wie der Oesterreichs. Ohne Uebertreibung, man spricht kaum noch viel darüber. Es gibt sicherlich sehr wenig Leute, die -im wirklichen Sinne des Wortes- national begeistert wären. Ein Beispiel: Ich sprach dieser

Tage einen Zollbeamten, der bei den Nazis alles mitmacht, wenn er auch kaum als wirklicher Nazi anzusehen ist. Dieser Mann hatte weiter keine andere Meinung als die, dass Hitler wieder einmal gezeigt habe, dass er allen anderen Staatsmännern in Europa turmhoch überlegen sei. Er habe eben gute Nerven und riskiere etwas, während alle anderen viel zu feige seien und deshalb nie zu etwas kämen. Obwohl ich mehrmals versuchte, das Gespräch auf die Tatsache der "Befreiung" der bisher von den Tschechen unterjochten Deutschen zu lenken, ging der Zöllner überhaupt nicht darauf ein. Und das ist gewiss kein Einzelfall. Die Leute reden über die Dinge, wie etwa über grosse interessante Sportveranstaltungen, man hat nicht das Gefühl, als ob sie innerlich sonderlich beteiligt seien. Sie sind nur daran interessiert, wer das Rennen machen wird. Die Erfolge werten sie dann als persönliche Erfolge Hitlers oder überhaupt der Nazis. Sie haben nicht das Empfinden, als hätte das deutsche Volk einen Sieg davongetragen.

Bei uns im Betrieb werden etwa folgende Ansichten von den Kollegen geäussert: Hitler sei jetzt Herr über ganz Mitteleuropa. Er werde jetzt tun können, was er wolle, wenn er sich nur davor hüte, direkt England zu nahe zu kommen. Aber Frankreich gegenüber brauche er keine grosse Rücksichten mehr zu nehmen. Es werde schliesslich auch zur Abtretung Elsass-Lothringens kommen. Allerdings sei das nicht das erste, was auf dem Programm stände. Vorher komme wahrscheinlich Danzig und Memel dran. Polen habe sich überhaupt jetzt sehr vorzusehen. Die Leute verstehen im allgemeinen die komplizierten Fragen, also die Frage der Slowakei und Karpathorusslands kaum, obwohl das hier bei uns im Osten doch am meisten interessieren müsste. Deshalb sehen sie auch nicht die Gründe der tiefen deutsch-polnischen Gegensätze in dieser Frage. Sie meinen nur ganz allgemein, dass Polen drankomme, weil eben jeder einmal drankomme, und weil Polen uns am nächsten liegt, und die antipolnische Propaganda bei uns am stärksten in Erscheinung tritt. Aber in einem Punkte sind sich in der Beurteilung heute alle einig, ob Nazis oder Nazigegner, nämlich in der Ansicht, dass der Vormarsch Hitlers weitergehe, und dass er zunächst unaufhaltsam sei, weil eben alle vor Hitler Angst hätten und ihm freiwillig alles überliessen, was er sich wünsche. So ist denn auch gar nichts von der ungeheueren Kriegsfurcht übrig geblieben, die doch vor vier Wochen alle Leute gefangen nahm.

Unsere Genossen sind weiter stark deprimiert. Das ist auch kein Wunder. Alle ihre aussenpolitischen Theorien sind über den Haufen geworfen, und sie finden zurzeit noch keine neuen Ansatzpunkte. Innerlich sind wir allerdings nach wie vor der Meinung, dass Hitler dennoch an der Aussenpolitik zugrunde gehen wird. Wir sehen zwar, dass viel dazu gehört, um die Westmächte von den wahren Absichten Hitlers zu überzeugen. Wir nehmen dennoch an, dass die Masslosigkeit Hitlers den Herren letzten Endes einmal die Augen öffnen wird. Ich persönlich bleibe der festen Ueberzeugung, dass Hitler es in der tschechischen Krise im Grunde auf keinen Krieg ankommen lassen wollte, in dass man damit auch in Zukunft rechnen kann, sobald er die westlichen Grossmächte entschlossen gegen sich sieht.

N a c h t r ä g e

Nach Abschluss dieses Abschnittes sind uns noch folgende Berichte zugegangen:

Oberschlesien: In den Septembertagen herrschte in den Betrieben des oberschlesischen Industriegebiets eine geradezu revolutionäre Stimmung gegen das System. Neben den massenhaften Einziehungen mit unbestimmten Ziel kam es zu zahlreichen Verhaftungen von früheren Sozialdemokraten, Kommunisten und Freigewerkschaftlern. In Hindenburg wurden in den Arbeitervierteln, die nahe an der polnischen Grenze liegen, etwa 150 Staatsfeinde verhaftet, die aber schon am zweiten oder dritten Tage wieder freigelassen wurden. Auch in Rossberg bei Beuthen, in Biskupitz bei Hindenburg, in Mathesdorf bei Gleiwitz und in Sosnitza bei Gleiwitz sind Verhaftungen, die in die Hunderte gehen, vorgenommen worden. Unter den Verhafteten befinden sich auch einige oppositionelle SA-Leute, angeblich, weil sie durch ihr Verhalten die "Mobilisierung gefährdet haben". Nach dem Abkommen von München sind alle Verhafteten wieder auf freien Fuss gesetzt worden, ohne dass irgend eine Vernehmung stattgefunden hat. Unter den SA-Leuten gab es eine grosse Erregung, die dann auch bei den Sturmappellen zum Ausdruck kam. Die SA-Führung aber begründete das Vorgehen der Polizei damit, dass man eben im Kriegsfalle mit solchen Dingen rechnen müsse, besonders dann, wenn man selbst nicht immer das Maul halten könne.

Innerhalb der Arbeiterschaft blieben die Verhaftungen nicht ohne Rückwirkung. Man sprach in den Betrieben ziemlich offen davon, dass es schon beim Ausmarsch aus den Garnisonen an die Front zu den ersten Widerständen kommen würde. Es gingen die verschiedensten Gerüchte um. Aus Breslau und Heydebreck wollte man wissen, dass es auf den Bahnhöfen beim Abtransport der Eingezogenen bereits zu offenen Widerständen gekommen sei, so dass die Transporte erst mit erheblicher Verspätung abgehen konnten. Auch der Abmarsch aus den Kasernen soll sich nicht ganz ordnungsgemäss vollzogen haben. Beim Durchmarsch der Truppen durch das Industriegebiet kam es nirgends zu Begeisterungskundgebungen, es war ganz anders wie 1914.

In der Donnersmarckhütte, Hindenburg, in den Hultschinskiwerken, Gleiwitz und im Walzwerk, Laband bei Gleiwitz unterhielten sich die Arbeiter in erstaunlicher Offenheit darüber, was zu tun sein werde, wenn der Krieg erst einmal einige Wochen gedauert haben würde. Dabei handelte es sich meist um ältere Leute, die den Krieg bereits mitgemacht haben. Man war auch überzeugt, dass Frankreich, England und Russland eingreifen werden und dass die Stunde des Regimes geschlagen habe, weil es nur noch einen einzigen Ausweg habe, den Krieg. Die grösste Hoffnung wurde auf Russland gesetzt. Es war erstaunlich, wie die früheren Sozialdemokraten und Freigewerkschaftler in den kritischen Tagen zueinander gefunden haben und welche Hoffnung man hegte, dass der Tag der Arbeiter bald kommen werde. Dass

Hitler den Krieg verlieren werde, galt allgemein als selbstverständlich.

Als dann der Friede gerettet wurde, gab es natürlich auch in Oberschlesien ein Aufatmen, besonders in den sogenannten besseren Kreisen und bei den Frauen aller Bevölkerungsschichten, und es fehlte in den ersten Tagen nach München auch nicht an anerkennenden Worten für Hitler, der die Kriegstreiber in England und Frankreich doch überwunden habe. Unter den Arbeitern gab es über den Einmarsch in die Tschechoslowakei keine Begeisterung. Man nahm es als eine Tatsache hin, dass es Hitler wieder einmal gelungen war, die Feinde zu bluffen. Grosse Enttäuschung aber herrscht unter den Arbeitern über das Versagen der Demokratien, und zwar nicht allein ihrer Staatsmänner, sondern auch ihrer Arbeiterparteien. Es fehlt auch nicht an scharfer Kritik an der Internationale. Man habe immer nur auf die SPD und ihre Fehler verwiesen und wo wirklich eine grosse Stunde für die Internationale kam, habe sie sich als machtlos erwiesen.

Mit Ausnahme einiger kleiner Regiefehler hat sich der Einmarsch in die sudetendeutsche Gebiete ziemlich reibungslos vollzogen. Soweit bis heute Berichte vorliegen, war das Verhalten der Truppen einwandfrei, während sich zwischen Henleinleuten und früheren Gegnern schreckliche Szenen abgespielt haben, so in Jägerndorf, Troppau, Trautenau und anderen Grenzorten. Nur in den seltensten Fällen griff die Wehrmacht bei solchen Gewalttätigkeiten ein. In Jägerndorf und Troppau waren an Häusern Tafeln mit der Aufschrift angebracht, dass hier Staatsfeinde und Bolschewisten wohnen.

Hinter den ersten Truppenformationen folgten sofort Lebensmitteltransporte und grosse Wagenkolonnen der SA und SS, die sofort einen grossen Wohltätigkeitsbetrieb entfalteten. Auch den Tschechen gegenüber. Diese wurden mit ihren Familien in besonderen Lagern untergebracht und gut verpflegt. Man versprach ihnen, falls sie in ihrem bisherigen Wohnort nicht bleiben wollten, werde der Führer schon dafür sorgen, dass sie in ihre tschechische Heimat zurückkämen. Diese Fürsorge für die Tschechen war besonderen SS-Führern übertragen worden, die sich sehr geschickt bemühten, diese Leute für Hitler zu gewinnen und alle Schuld auf Beneš und die tschechische Regierung abzuwälzen. Es wurde auch im besetzten Gebiet sofort angekündigt, dass nunmehr in ganz Deutschland eine grosse Aktion im Gange sei, um der Not im Sudetengebiet zu steuern.

Angeblich unzuverlässige Elemente aus dem Henleinlager, die man sehr gut kannte, mussten sich an Sammelstellen melden, von wo man sie sofort nach Sachsen und Niederschlesien zur Arbeit abtransportierte, während die Fürsorge für die Familie der NSV übertragen wurde. Den Familien wurde mitgeteilt, dass sie bald ihren Männern ins Innere Deutschlands folgen müssten, da man die Industrie im sudetendeutschen Gebiet nicht sofort wieder vollständig in Betrieb setzen könne.

Es laufen jetzt die wildesten Gerüchte darüber um, dass vieles beim Einmarsch nicht geklappt habe. So wird aus der Gegend von Leobschütz und Ratibor berichtet, dass die Eisenbahntrans-

porte Stunden und Tage hindurch eingekeilt waren, dass man vorzeitige Ausladungen vollziehen musste und nur die motorisierten Formationen einwandfrei ihren Marsch vollzogen hätten. Der Nachschub an Betriebsstoff für die motorisierten Formationen habe ebenfalls nicht geklappt. Es kam auch zu "wilden Urlauben", wenn die Soldaten nicht zu weit von ihrem Wohnort waren. Man schrieb dies mehr der Siegesfreude zu, die im ganzen deutschen Volke darüber herrschte, dass der Führer den Krieg glücklich verhindert habe.

In Heydebreck OS klappte der Abtransport nach Ratibor zur Grenze nicht. Es dauerte Stunden, bis die "Verstopfung" beseitigt wurde und hier hatte ein Reservist Gelegenheit, mit einem alten Offizier zu sprechen, der sich bei ihm über die Stimmung in der Bevölkerung erkundigte. Beide merkten, dass sie sich einen gewissen Zwang auferlegten, bis schliesslich der Offizier sagte: "Na, legen Sie mal los, ich bin kein Nazi", worauf der Soldat prompt antwortete: "Ich auch nicht" und dann sein Urteil über die Bevölkerung in den Satz zusammenfasste: "So wie 1914 ist es nicht!"

Aus dem Industriebezirk liegen verschiedene Meldungen darüber vor, dass junge Leute, die zur Wehrmacht einberufen wurden, einfach dieser Aufforderung nicht Folge leisten. In zwei Fällen ist aus Klausberg bekannt geworden, dass sich Dienstpflichtige Tage hindurch bei Verwandten und Bekannten versteckt hielten, bevor sie von der Polizei gefasst wurden. In Borsigwerk brachte die Mutter den Einziehungsschein ihres Sohnes der Polizei mit dem Bemerken zurück, der Sohn habe zwar das Papier gelesen, sei aber seit 14 Tagen nicht mehr nach Hause gekommen. Wie uns aus zuverlässiger Quelle aus Gleiwitz berichtet wird, haben sich nach Angaben des dortigen Wehrkreiskommandos insgesamt 120 Personen bei ihrer Truppe nicht gestellt, während man bisher nur 42 ermitteln konnte. Andere liegen mit Verletzungen darnieder, die sie sich selbst beigebracht haben, um der Einziehung zu entgehen. Aus dem Hindenburger Knappschaftslazarett wird berichtet, dass um den 4. November herum sich einige junge Leute, die sich bei ihrem Truppenteil stellen sollten, im Lararett erschienen, um Bescheinigungen für die verschiedensten Leiden zu fordern, die sie daran hinderten, einzurücken.

Berlin, 1.Bericht: Das Volk nimmt an dem neuen Gebietszuwachs Deutschlands keinen besonderen Anteil. Nur die hundertporzentigen Nazis sind begeistert. Aber ihre Begeisterung findet in der Masse kein Echo. Hitler hat das Saargebiet geholt und dem deutschen Volk ist es nicht besser gegangen, er hat Oesterreich bekommen und auch danach ist eine Besserung des Lebensstandards nicht eingetreten. Und nach der Besetzung des Sudetenlandes erhielt jeder 100 Gramm Butter weniger mit der Begründung: Das ist für die Sudetendeutschen. Dabei kann keine Begeisterung aufkommen.

Bezeichnend für die Hast, mit der alles für die Befestigungsbauten bereitgestellt werden muss, ist folgendes Beispiel: Einer grossen Schokoladenfabrik wurden die Wagen von der Militär behörde kurzerhand beschlagnahmt. Die Fahrer bekamen den Auf-

trag, sofort nach Mainz abzufahren. Dagegen sträubten sich die Chauffeure und es kam zu unliebsamen Auseinandersetzungen, denn auch der Firmenleitung behagte das Vorgehen der Militärbehörden nicht. Schliesslich erhielten die Chauffeure einen Urlaub von zwei Stunden, um zu Hause ihre Angelegenheiten in Ordnung zu bringen.

2.Bericht: In einem graphischen Betrieb hat sich, als wieder eine Anzahl der dort beschäftigten Arbeiter nach dem Westen zu Befestigungsarbeiten abtransportiert werden sollte, folgender Vorfall abgespielt. Die Leute kamen zum Betriebsführer und gaben ihrem Unmut darüber Ausdruck, dass sie als graphische Arbeiter aus ihrem Beruf herausgerissen und zu schweren Bauarbeiten verwendet werden sollten. Sie fragten ihn um Rat, was sie tun könnten, um davon freizukommen. Der Betriebsführer empfahl ihnen, sich durch ein ärztliches Attest bescheinigen zu lassen, dass sie für diese Arbeit ungeeignet seien. Von dieser Sache aber erfuhr auch der Betriebsobmann. Er ging zum Chef und machte ihm Vorhaltungen, weil er sich mit seinen Ratschlägen der Sabotage der Landesverteidigung schuldig gemacht habe. Der Betriebsführer entgegnete ihm nur: "Glauben Sie etwa, dass ich nach dem, was wir 1914 bis 1918 draussen durchgemacht haben, ein Interesse an einem neuen Krieg habe?"

Neuerdings sind weitere Einberufungen zum Militär vorgenommen worden. Es heisst, dass ein ganz neues Armeekorps aufgestellt werden soll. Auffällig ist, dass auch sehr viele ältere und alte Reserveoffiziere einberufen werden. Man erklärt sich das damit, dass sich die Disziplin in der Wehrmacht in den letzten Monaten stark gelockert habe.

In der Bevölkerung herrscht allgemein die Ueberzeugung, dass sich zwischen der Parteiführung und der Generalität immer schärfere Gegensätze herausbilden. Die Armeeführung sei mit dem aussenpolitischen Kurs der Partei und der Regierung nicht einverstanden. Man beginnt immer mehr zu verstehen, dass die im Februar 1938 abgedankten hohen Offiziere nicht aus Gesundheitsrücksichten ausgeschieden sind.

Ganz allgemein ist festzustellen, dass die Stimmung, die man für einen Krieg brauchen würde, nicht vorhanden ist. Auch in bürgerlichen Kreisen verurteilt man die wahnwitzige Aussenpolitik Hitlers, weil sie dauernd Europa im Zustande der Kriegsgefahr hält. Die Bevölkerung zweifelt zudem stark daran, dass in der kurzen Zeit, die zur Verfügung gestanden hat, an den Grenzen Befestigungswerke erstanden seien, welche den Anforderungen im Ernstfalle entsprechen könnten. Ebenso wird bezweifelt, dass Lebensmittel für zwei Jahre vorhanden seien. Es wird nirgends geglaubt, dass sich eine Blockade gegen Deutschland als wirkungslose Waffe erweisen könne.

Es wird weiter von niemanden geglaubt, dass sich die Armee in einer besonders hochwertigen moralischen Verfassung befinde Man weiss zwar, dass ein Krieg den Untergang Hitlers und seiner Diktatur besiegeln würde, aber man weiss auch, dass die Leidtragenden eines Krieges wieder das arbeitende Volk wäre. Trotzdem würden im Ernstfalle auch die Jungen aus der Arbeiter

klasse, getrieben von der Peitsche der Diktatur, marschieren müssen.

Sudetenland, 1.Bericht: In einem kleinen Ort bei Komotau musste die Vorsitzende der sozialdemokratischen Frauensektion unter dem Spott und Gelächter der Nazis einen Tag lang die Strasse kehren.

In Komotau selbst wurden nach der Besetzung durch die Reichswehr alle sozialdemokratischen Funktionäre verhaftet. Die meisten wurden nach einem kurzen Verhör wieder entlassen. 16 Sozialdemokraten wurden ins Reich abtransportiert und zum Teil nach Dachau, Dessau und Chemnitz gebracht.

Der frühere sozialdemokratische Bürgermeister von Aussig, Pölzel, der ins tschechische Gebiet geflohen und auf Empfehlung des Präsidenten der Firma Schickt wieder nach Aussig zurückgekehrt war, wurde, solange das Militär die Gewalt in Händen hatte, in Ruhe gelassen. Als aber das Militär abgezogen war, wurde Pölzel von der FS geholt und auf das Gröbste beschimpft, bespuckt, misshandelt und verhöhnt. Er musste in der von ihm für die Stadtgemeinde geschaffenen Wohlfahrtsküche den Fussboden scheuern. Pölzel hat versucht, sich durch Aufschneiden der Pulsadern das Leben zu nehmen.

Viele Deutsche, die ins tschechische Gebiet geflohen waren, erhielten nach der Besetzung von Asch Briefe und Telegramme von ihren Angehörigen, dass sie zurückkommen sollten, da ihnen nichts geschehen würde. In einem dieser Briefe aber hat ein Mann seinem Sohn durch vereinbarte Zeichen das Gegenteil angeraten. "Bleib, wo Du bist" lautete diese chiffrierte Mitteilung. Daraus ist zu ersehen, dass die Angehörigen der Flüchtlinge gezwungen wurden, diese Briefe und Telegramme zu schreiben.

Anlässlich der Besetzung des sudetendeutschen Gebietes durch das deutsche Militär zahlte die Firma Mannesmann-Röhrenwerke A.G. in Komotau, die eine Belegschaft von 2.500 Mann hat, jedem Arbeiter 30,- RM, jedem Beamten ein halbes Monatsgehalt und den Beamten vom Abteilungsleiter aufwärts, ein ganzes Monatsgehalt als Befreiungsspende.

Die Firma Frank Söhne -Kaffee-Ersatz- zahlte ihren Arbeitern und Angestellten je 100 RMk Befreiungsspende. Dabei hatte diese Firma erst vor kurzem den Nachweis in der Presse gebracht, dass sie eine rein tschechische Firma sei und in ihrem Mutterbetrieb im tschechischen Gebiet nur tschechische Arbeiter und Beamte und nur einen deutschen Korrespondenten beschäftige.

2.Bericht: Auf den Schächten in der Umgebung von Teplitz hat man alle Bergarbeiter, welche Tschechen und deutsche Marxisten waren, auch wenn sie mehr als 20 Jahre im Betrieb tätig waren, entlassen. Die Marxisten müssen unter dem Gespött der Henleiner Strassen kehren und verschiedene untergeordnete Arbeiten verrichten.

In der Chemischen Fabrik in Aussig/Elbe wurde am Sonnabend wie üblich an jeden Arbeiter der Lohn ausgezahlt. Als am Montag früh die Arbeiter wieder ihren Arbeitsplatz einnehmen wollten, wurden 200 Arbeiter nicht mehr zur Arbeit zugelassen. Die 200

Arbeiter sind Tschechen und demokratische Deutsche. Auf den Entlassungspapieren ist als Grund "technische Schwierigkeiten" angegeben.

Beim Ausstellen der Grenzausweise werden grosse Schwierigkeiten gemacht. Die Bezirksbehörde in Teplitz stellt täglich nur 20 bis 30 Scheine aus, so dass mancher 2 bis 3 Tage benötigt, um in den Besitz eines Grenzübertrittsscheines zu gelangen. Sudetendeutsche nimmt man noch in ein besonderes Zimmer und forscht genau nach, warum sie in die Tschechoslowakei fahren wollen.

Im Bezirk Teplitz sind jetzt 500 Mann, meistens Erwerbslose, in den Arbeitsdienst eingegliedert worden. Man hat dabei nicht nur 18- bis 24-jährige, sondern auch Leute von 36 bis 38 Jahren abtransportiert. Der Transport ist nach Leipzig gegangen. Die Arbeitsdienstpflicht ist auf ein halbes Jahr begrenzt. Es handelt sich um Tschechen und Deutsche.

Neben den Tafeln "Deutsch-arisches Geschäft" sieht man jetzt auch Tafeln "Tschechisch-arisches Geschäft".

3.Bericht: Bereits vor dem Nürnberger Parteitag kamen die Flüchtlinge aus dem Sudetengebiet. In der Nacht der Hitlerrede griff der Terror im ganzen deutschen Gebiet derart um sich,dass ein Strom von Flüchtlingen aus allen deutschen Gebieten sich nach Prag ergoss. Die Preisgabe der Grenzgebiete durch die Gendarmerie und die Polizei erweckte bei der staatstreuen Bevölkerung im Grenzgebiet den Eindruck, dass alles verloren sei. So rettete man sich durch die Flucht in das tschechische Gebiet. Dort machte man zwar die grössten Anstrengungen, um die Flüchtlinge unterzubringen und zu versorgen, aber auf einen Flüchtlingsstrom in diesem Umfange war man nicht vorbereitet. So wurde das Flüchtlingsproblem zu einer ernsten Bedrohung für die innerstaatliche Organisation.

Als nach dem Abkommen von München der Umschwung eintrat, änderte sich sofort das Verhalten der tschechischen Behörden gegenüber den Flüchtlingen. Sofort als der Einmarsch der deutschen Truppen einsetzte, begannen die tschechischen Behörden den Rücktransport der Flüchtlinge. Es ist eines der traurigsten Kapitel dieser ganzen Tragödie. Menschen, die noch wenige Tage vorher mit Billigung der Staatsorgane als Verteidiger dieses Staates freiwillig ihren Dienst verrichtet hatten, wurden nun als Ausländer ohne jede vorherige Prüfung in Massentransporten ins besetzte Gebiet zurückgeschickt. So hat man z.B. Flüchtlinge, die in einem Sammeltransport aus Nordböhmen in Prag am Masaryk-Bahnhof angekommen sind, durch Gendarmerie gezwungen, im Zuge zu bleiben, und hat die Züge sofort wieder zurückgeschickt. Dabei kam es zu erschütternden Szenen. Ein Mann z.B. sprang mit einem Kinde auf dem Arm aus dem fahrenden Zug. Einer unserer politischen Freunde berichtet uns über sein persönliches Erlebnis folgendes:

In meinem Heimatort konnte ich, als die Gendarmerie und Polizei zurückgezogen wurden und die Henlein-Ordner die Strassen beherrschten, nicht mehr bleiben. Ich begab mich nach Prag und meldete mich bei einer Station des Roten Kreuzes. Mit anderen Flüchtlingen zusammen wurde ich in einem kleinen tschechischen Orte untergebracht, wo ich einige Tage verblieb und gut verpflegt wurde. Dann wurden wir nacheinander an fünf andere Orte geschickt. Drei Tage nach dem Abkommen von München wurden wir zur Eisenbahn gebracht und dort in einem Sammeltransport abgeschickt, ohne dass man uns irgendwelche Erklärungen über das Ziel des Transportes gab. Ich versuchte deshalb aus dem Transport eine Delegation zusammenzubringen, die sich mit den Behörden in Verbindung setzen und Auskunft einholen sollte. Wir gingen zum Zugführer und erkundigten uns nach dem Ziel dieser Fahrt. Dieser gab uns aber keine Auskunft und sagte nur, dass er den Auftrag habe, den Zug nach Pilsen zu fahren. Nach der Ankunft in Pilsen begaben wir uns sofort zum Bahnhofskommandanten, um genauere Auskünfte zu bekommen. Es wurde uns erklärt, dass wir an einen tschechischen Ort gebracht würden, der hart an der deutschen Grenze liegt. Wir erhoben darauf im Namen des ganzen Transportes Protest und erreichten, unterstützt durch die zunehmende Erregung der Transportteilnehmer, dass der Zug seine Fahrt nicht fortsetzte. Stattdessen wurden wir wieder in Richtung auf Prag gefahren. In einer kleinen Station blieben wir im Zug während der Nacht stehen. Die Aufregung unter den Flüchtlingen und ihr Misstrauen waren inzwischen so gestiegen, dass sie befürchteten, der Zug könnte bei Nacht, wenn alles in den Wagen war, abtransportiert werden. Um das unmöglich zu machen, brachte man die Kinder während der Nacht im Wartesaal des Bahnhofes unter.

Am anderen Tag wurde uns erklärt, dass der Zug in ein Flüchtlingslager nördlich von Prag abgehen würde. Der Zug setzte sich in Bewegung und fuhr mit viel Aufenthalten in nördlicher Richtung. Als es Abend wurde, stellte ich fest, dass wir uns ziemlich weit in Nordböhmen befanden. Die Nacht kam und da alles abgedunkelt war, war es schwer, festzustellen, wo wir uns befanden. Es fiel mir aber auf, dass an jedem Bahnhof starke Gendarmerieposten den Zug empfingen und verhinderten, dass die Leute ausstiegen. Es wurden aber immer wieder beruhigende Erklärungen abgegeben, dass man bis spätestens 10 Uhr im neuen Flüchtlingslager ankommen werde. Der Zug müsse nur umgeleitet werden, weswegen die Fahrt solange dauere.

Schliesslich fuhren wir in eine Station ein, in deren Nachbarschaft auf einmal viele Scheinwerfer aufblitzten. Jetzt wurde mir die Sache unheimlich. Ich äusserte meine Unruhe nicht, um nicht eine Panik auszulösen, kletterte durch ein Closettfenster aus dem Zuge und suchte die Bahnhofskanzlei. Endlich fand ich auch einen Beamten, dem ich erklärte, dass ich offenbar in einen falschen Zug gekommen sei. Ich sei in der Station X. eingestiegen und wollte nach Pilsen. Nun aber fahre ich hier in der Nacht herum und komme anscheinend überhaupt nicht nach Pilsen. Ich sei Tscheche und hätte mit Flüchtlingen überhaupt nichts zu tun. Der Beamte lächelte etwas, führte mich auf den

Bahnsteig und hiess mich in einen abseits stehenden Zug steigen. Dort fand ich die Waggons voller Akten und anderem Gerümpel. Dann stiess ich auf einige Bahnbeamte, die mir erklärten, dass dies der letzte Zug sei, der aus der Station ausfahre. Die Scheinwerferlichter, die ich gesehen hatte, seien von der deutschen Armee, die in einer Stunde den Bahnhof besetzen würden. Der Zug fuhr ab und der Flüchtlingszug auf dem gegenüberliegenden Geleise blieb stehen.

Jetzt war mir klar, dass ein übles Täuschungsmanöver mit uns aufgeführt worden war. Man wollte uns die Wahrheit nicht sagen, damit man uns umso leichter wieder los werden konnte. Ich muss dabei feststellen, dass in dem Flüchtlingstransport auch uniformierte Kommunisten waren, die mit der Waffe in der Hand gegen die Henleiner gekämpft hatten. Auch sonst waren viele Menschen darunter, die vom Standpunkt des Nationalsozialismus schwerste Schuld auf sich geladen hatten. Sie alle fuhren nun hinein ins Dritte Reich, getäuscht und betrogen. Ich sass in dem rettendem Zug und wusste nicht, ob ich mich über meine Rettung freuen oder über das Schicksal der anderen weinen sollte."

Solche Vorgänge wurden von den verschiedensten Seiten berichtet. In einem anderen Falle z.B. wurde ein Flüchtlingstransport bis zur Okkupationsgrenze gefahren. Dort hielt er in einem Walde. Alle Flüchtlinge mussten aussteigen und dann fuhr der tschechische Zug sofort zurück. Die Flüchtlinge standen da und wurden bald vom deutschen Militär festgenommen. Man prüfte an Ort und Stelle die Nationalität der Leute, indem man jeden befragte, ob er Tscheche oder Deutscher sei. Die Angaben wurden durch eine sofortige Sprachprüfung kontrolliert. Dabei kam es vor, dass Familien auseinandergerissen wurden, wenn der Mann Tscheche, die Frau Deutsche war, oder umgekehrt. Die Tschechen stellte man zusammen und trieb sie entlang des Bahngeleises in die Tschechoslowakei zurück. Die Deutschen wurden in eines der provisorischen Sammellager gebracht, die für die Flüchtlinge an den Grenzübergangsstellen errichtet wurden. Dort nahm man von allen Personen kurze Protokolle auf, hielt ihnen einige weltanschauliche Vorträge über den Geist des Nationalsozialismus, setzte ihnen auseinander, dass es unnötig gewesen sei zu flüchten und dass Deutschland sie als verlorene Söhne wieder aufnehmen wolle. Nachdem man schliesslich noch allen einen Schwur auferlegt hatte, dass sie künftig nichts gegen Deutschland und den Nationalsozialismus unternehmen werden, steckte man ihnen blecherne Hakenkreuze an und entliess sie in ihre Gemeinden.

- - - - - - - - - - - - - -

II. Aus den Betrieben

1) Leistungssteigerung um jeden Preis

Die deutsche Wirtschaftspolitik steht, worauf wir seit Monaten hingewiesen haben, unter dem absoluten Zwang der Leistungssteigerung um jeden Preis. Dieser Zwang ist neuerdings noch durch den Entschluss der Westmächte verschärft worden, ihre Rüstung zu vervollkommnen. Die Machthaber des Dritten Reichs wissen genau, was für Deutschland davon abhängt, in diesem Rüstungswettlauf den Vorsprung zu behaupten, den es in München in die Wagschale werfen konnte. Ende Oktober hat Ley in Essen eine grundsätzliche Rede über die deutsche Arbeitspolitik gehalten, in der er offen erklärte:

> "Wir müssen den Vorsprung in der Luftrüstung oder auf einem sonstigen Gebiet nicht nur behalten, sondern vervielfachen. Es muss ihnen die Lust genommen werden, Deutschland anzugreifen. Sie müssen einsehen lernen, wir kommen mit diesem Volk nicht mehr mit, das ist unmöglich."

Deshalb verlangte er, dass die Leistung um hundert Prozent gesteigert werde, obgleich er wisse, dass die deutsche Wirtschaft schon heute auf vollen Touren laufe, und obgleich die schwach besetzten Kriegsjahrgänge empfindliche Ausfälle an Arbeitskräften mit sich bringen.

Die Machthaber des Dritten Reichs wissen auch, dass angesichts der Vollausnützung der industriellen Kapazitäten und der Schwierigkeit, sie durch Neuinvestitionen und Rationalisierungsmassnahmen zu erweitern, die Leistungssteigerung in erster Linie durch andere, weniger kostspielige Methoden angestrebt werden muss. Ley hat in seiner Rede als solche Methoden angeführt: systematische "Berufsplanung", Verkürzung der Lehrzeit, Ausbau des Reichsberufswettkampfes, Gewinnung neuer Arbeitskräfte durch Umschulung aus Handel, Handwerk und Verwaltung, weitere Verlängerung der Arbeitszeit, Zurückholung der Deutschen im Auslande und schliesslich eine Art von deutschem Stachanow-System.

Das Regime braucht diese Leistungssteigerung umso mehr als es durch seine Politik zugleich zu einer ungeheueren Leistungsvergeudung gezwungen ist. Auch vom Standpunkt der totalen Kriegsvorbereitung aus ist die Art und Weise, wie die Arbeitskräfte für die Befestigungsbauten zusammengetrieben werden, das Gegenteil einer rationellen Arbeitspolitik. Sie greift rücksichtslos in die Betriebsorganisation ein, reisst Arbeiter zu Hunderttausenden aus ihrer gewohnten Tätigkeit und stellt sie unter den ungünstigsten Verhältnissen vor eine ungewohnte Arbeit, in der sie beim besten Willen nur weniger leisten können als an ihrem Arbeitsplatz im Betrieb. Weil auf diese Weise in grösstem Stile Raubbau und Verschwendung mit der Arbeitskraft getrieben wird, soll die Leistungssteigerung diese Verluste wieder wettmachen.

Diese "Leistungssteigerung um 100%" wird umso schwerer zu erzielen sein, als schon bisher die gesamte nationalsozialistische Betriebspolitik mehr und mehr in den Dienst der Vermehrung der Arbeitsleistungen gestellt worden ist. Arbeitszeit und Arbeitstempo haben eine Steigerung erfahren, wie es in den Zeiten der Republik undenkbar gewesen wäre. In Ergänzung der Berichte, die wir darüber im Vormonat wiedergegeben haben (Heft 9/1938, Seite A 103 ff.) lassen wir weitere folgen, die die Lage im Bergbau schildern und die zeigen, wie sehr diese Leistungssteigerung ein Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft ist. Kein Wunder, dass die Förderleistung im Bergbau nachlässt und es immer schwerer wird, Bergarbeiter-Nachwuchs in ausreichender Zahl aufzutreiben.

Saargebiet, 1.Bericht: Im Bergbau ist das Staubverfahren durch das Berieselungsverfahren ersetzt worden, um mehr Zeit für die Kohlenproduktion zu gewinnen. Beim Berieselungsverfahren wurde während der Schicht mehrmals der Arbeitsort berieselt. Er musste sogar nach den bergpolizeilichen Vorschriften "nass gemacht" werden, um Kohlenstaubexplosionen zu verhüten. Daher mussten die Rohrleger stets Wasserleitungen aus- und einbauen, je nachdem ob der Abbau hoch oder weniger hoch erfolgte, was auf einer Grube mit 4.000 Mann Untertagebelegschaft mindestens 180 "Nassmacher" oder Berieseler notwendig machte.

Um diese Arbeiter einzusparen, wurde das Berieselungsverfahren durch das Staubverfahren ersetzt. Das Einstauben mit Flug- oder Kesselasche geschieht nur vor dem Schiessen, d.h. dem Ablassen von Sprenglöchern. Es soll einen etwa ausbrechenden Brand auf seinen Herd beschränken und somit Explosionen ungefährlich machen. Wie furchtbar der Steinstaub beim Ablassen

der Schüsse aufgewirbelt wird, vermag man daran zu erkennen, dass vor und während dem Ablassen der Sprenglöcher sich die Arbeiter des in Frage kommenden Arbeitsortes auf Mund und Nase legen und ein nasses Tuch vor das Gesicht pressen. Diese Selbstschutzmassnahme ist jedoch absolut unzulänglich, da der Staub trotzdem die Schleimhäute erreicht, sie entzündet und besondere Augen- und Nasenleiden hervorruft.

Durch den Pulverdampf werden aber auch die Schleimhäute der Lunge gereizt. In diese gereizten Schleimhäute setzt sich der Steinstaub fest, so dass die sogenannte Gesteinslunge sich herausbildet, die mit der Zeit zur Tuberkulose und zum sicheren Tode führt.

Das Berieselungsverfahren hatte für die Bergarbeiter auch noch den Vorteil, dass durch das öftere Berieseln die Temperatur gemildert wurde.

Diese ungesunden Arbeitsverhältnisse sind neben der schlechten Ernährung ein Grund für den Leistungsrückgang im Saarbergbau. Während die Kopfleistung vor der Saarrückgliederung pro Mann und Schicht (Unter- und Uebertagsbelegschaft) nahezu 1.2oo Kilogramm betrug, ist sie im September unter 1.ooo kg gesunken.

2.Bericht: Das Antreibersystem im Saarbergbau ist furchtbar. Die Bergarbeiter werden gezwungen, bis zu 4o Stunden im Monat zu verfahren. Dass bei der gegenwärtigen mangelhaften Ernährung diese Arbeiter nicht durchhalten können, versteht sich von selbst. Schon jetzt ist eine starke Steigerung der Krankheits- und Unfallsziffern zu verzeichnen. Die Bergmannslazarette erweisen sich heute alle als zu klein.

Dieser Zustand gleicht sehr dem während des Weltkrieges. Auch damals wurden die Bergarbeiter gezwungen, Ueberschichten zu verfahren, und zwar so, dass der Arbeiter mehr Schichten zu verzeichnen hatte, als es Tage im Monat gab. Auch damals waren die Krankheits- und Unfallziffern enorm hoch und die Krankenhäuser ebenfalls überfüllt.

Allerwärts hört man sagen: "So kann es nicht mehr weiter gehen".

Ruhrgebiet, 1.Bericht: Für die Stimmung unter den Kumpels ist ausschlaggebend, dass sie kaum mehr verdienen als den Wohlfahrtssatz. Dazu kommen eine Reihe von Verschlechterungen bei der Unfallbewertung. So gilt z.B. die sogenannte Gesteinslunge nicht mehr als Betriebsunfall. Uns sind Fälle bekannt, in denen noch ziemlich junge Bergarbeiter nachts die Sauerstoff-Flasche neben dem Bett stehen haben, morgens aber wieder zur Schicht einfahren. Der Mangel an Bergarbeitern macht sich immer deutlicher spürbar. Es sind jetzt Pläne bekannt geworden, wonach man die Absicht hat, Gefangene aus den Konzentrationslagern in die Bergwerke zu schaffen.

2.Bericht: Nichts hat so sehr dazu beigetragen, die Bergarbeiter dem Nationalsozialismus zu entfremden als die geradezu unmenschliche Antreiberei. Das Arbeitstempo lässt sich schlechterdings nicht mehr steigern. Selbstverständlich wird die An-

treiberei mit nationalsozialistischen Phrasen verbräumt, wie "Höchstleistung ist Dienst an der Volksgemeinschaft" oder "Deutschland muss sich emporarbeiten" oder "Der Führer erwartet, dass jeder sein Letztes hergibt" oder "Hohe Leistung bedeutet hohen Lohn" usw. In der Ablehnung der Antreiberei sind sich alle Arbeiter einig, auch die Nazis.

Dieses Hetztempo vermehrt die Unfälle. Besonders die leichten Unfälle haben einen grossen Umfang angenommen, aber auch tödliche Unfälle nehmen immer mehr zu. Die Bergleute sind davon überzeugt, dass die veröffentlichten Statistiken über die Unfälle im Bergbau nicht der Wahrheit entsprechen. Man vermutet, dass die Grubenverwaltungen leichtere Unfälle überhaupt nicht melden. Die Bergbehörde sieht im grossen und ganzen untätig zu. Nur auf einwandfreie Luftzufuhr legt sie grossen Wert, um Gasansammlungen zu verhindern und so den Grubengasexplosionen vorzubeugen. Da die früheren Arbeitergrubenkontrolleure nach dem Umsturz sofort beseitigt wurden, hat die Arbeiterschaft auf das Grubensicherheitswesen nicht den geringsten Einfluss.

Sichtbarer Widerstand gegen diese Zustände ist auch im Ruhrgebiet noch vereinzelt. Meist sind es nur einzelne Kameradschaften, die sich gegen eine allzugrobe Ungerechtigkeit wehren. Auf der Zeche X. wurde z.B. zwei Monate hintereinander einer Kameradschaft das Gedinge empfindlich gekürzt. Man wollte sie zu einer Mehrleistung zwingen, weil der Fahrsteiger der Meinung war, dass zu wenig Kohle kommt. Auf diese zweite Kürzung reagierte die Belegschaft mit recht wirksamer passiver Resistenz. Die Hauer arbeiteten nur noch so, dass nicht die Hälfte der Kohle fiel, die sonst gefördert wurde. Trotzdem in der dritten Schicht schon zwei Steiger ununterbrochen am Betriebspunkt waren, kam nicht mehr Kohle. Jeder gab dem Aufsichtspersonal die Antwort: "Was wollen Sie denn, ich arbeite doch". Am vierten Tag liess der Fahrsteiger durch den Ortsältesten sagen, dass der Gedingeabzug des Vormonates rückgängig gemacht sei. Das geschah, ohne dass einer der Arbeiter dem Aufsichtspersonal gesagt hätte, das Arbeitstempo sei deshalb so langsam, weil das Gedinge gekürzt wurde.

Solche und ähnliche Widerstandshandlungen sind keine Seltenheit, aber sie greifen nicht auf die gesamte Belegschaft einer Grube, noch weniger auf mehrere Schächte über. Dagegen ist die mündliche Kritik, sowohl über die Arbeitsverhältnisse, als auch über das Regime so offen und deutlich, dass man noch vor einem Jahre dafür Konzentrationslager bekommen hätte. Heute sind entweder die Denunzianten weniger geworden oder das Regime will auf diese Weise stillschweigend ein Ventil öffnen. Wahrscheinlich trifft beides zu.

Was man nicht für möglich gehalten hätte, das ist das gesteigerte Ansehen der früheren Gewerkschaftsfunktionäre. Das Ansehen der früheren Betriebsräte steht heute höher im Kurs als in der Zeit, in der sie noch im Amt waren. Selbst die früheren Angestellten der Gewerkschaften, die als Bonzen verschrien waren, werden allgemein geachtet. Die Schadenfreude über den Verlust ihrer Stellung ist längst dahin und es herrscht eher ein solidarisches Mitgefühl vor, weil es den meisten sehr

schlecht geht. Das alles ist auf das völlige Versagen der DAF zurückzuführen, deren Angestellten in der Mehrzahl sich wirklich als Bonzen benehmen. Die Arbeiter sagen, dass sie jetzt erst wissen, was ein Bonze ist. Das gleiche gilt von den Nazi-Vertrauensleuten im Betriebe, die je nach der Persönlichkeit entweder verachtet oder lächerlich gemacht werden. Die Tatsache, dass nun schon drei Jahre keine Vertrauensratswahlen stattgefunden haben, ist den Bergleuten gleichgültig. Es ist doch einerlei, ob neue Vertrauensräte gewählt werden oder nicht. Selbst wenn ein Vertrauensrat den Arbeitern helfen wollte, könnte er es nicht, weil er kein Recht dazu hat. Das Theater einer Wahl, die ja keine ist, kann man sich sparen. Es ist besser so, da sieht es wenigstens der Dümmste, wie es im Dritten Reich bestellt ist.

Wir haben auch schon wiederholt darauf hingewiesen, dass die Aktion zur Leistungssteigerung zugleich eine sozialpsychologische Aktion ist, die gewissen Ermüdungserscheinungen in der Arbeiterschaft entgegenwirken soll. Solche Ermüdungserscheinungen können auf die Dauer in einem Lande, dessen Wirtschaft unablässig auf höchsten Touren laufen muss und dessen Bevölkerung noch dazu unter dem unentrinnbaren Druck eines allumfassenden Terrorsystems steht, auf die Dauer nicht ausbleiben. Naturgemäss muss die Arbeitspolitik des Regimes darauf ausgehen, diesen Prozess soviel wie möglich aufzuhalten. Die Aussichten dafür sind fürs erste nicht ungünstig, denn auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen kann es noch lange dauern, bis diese gesellschaftlichen Ermüdungserscheinungen ein gefährliches Ausmass erreichen. Im letzten Krieg hat das deutsche Volk unter viel ungünstigeren Umständen vier Jahren ausgehalten. Immerhin sind die seit einiger Zeit in allen Bergbaurevieren festgestellten Leistungsverminderungen wenigstens zum Teil auf ein Nachlassen des Leistungswillens und Leistungsvermögens der Arbeiter zurückzuführen.

Ueber einen auffälligen Leistungsrückgang wird uns aus Berlin berichtet:

> In den Wochen der wachsenden Kriegsgefahr war in den Berliner Betrieben ein allgemeiner Leistungsrückgang zu beobachten. Auf die Frage an einen Betriebsführer, wieso in seinem Betrieb ein Leistungsrückgang zu verzeichnen, und zwar in Höhe von 50%, meinte dieser: "Ja, das ist kein Wunder, die Leute arbeiten nicht mehr, weil sie kein Interesse mehr daran haben. Wofür sollen wir arbeiten, sagen sie sich, wenn ja doch der Krieg kommt!"

Diese Erscheinung war in Berlin allgemein. Da wurde plötzlich ziemlich improvisiert ein "Volksfest" veranstaltet, damit die Arbeiter wieder Lust zur Arbeit bekommen sollten. Die Betriebsführer wurden aufgefordert, für diesen Zweck Geld zu spenden, wofür dann ihre Arbeiter Freikarten für das Fest bekamen. Einen Einfluss auf die Stimmung hat aber das Fest keineswegs ausgeübt.

Besonders schlimm ist die Antreiberei und Ausbeutung auf den Rüstungsbaustellen (Befestigungsarbeiten, Strassenbauten usw.). Die Unternehmer haben ein neues Mittel gefunden, um zu Leistungssteigerung anzutreiben: sie setzen Sudetendeutsche ein, die schuften, was sie können, weil sie sich noch durch den hohen Lohn im Reich blenden lassen und sich vor ihren reichsdeutschen Kollegen hervortun wollen.

Schlesien: Im letzten Bericht wurde mitgeteilt, dass die Strassenarbeiter bei Liebau sich weigerten, länger als 8 Stunden zu arbeiten und dass die Behörden sich zunächst mit dieser Weigerung abgefunden hatten. Jetzt wird gemeldet, dass der Unternehmer später eine Kolonne Sudetendeutsche einsetzte. Die Sudetendeutsche leisteten auch die gewünschte Arbeitszeit. Sie werden zwar von den Einheimischen verachtet, aber der Unternehmer hat sein Ziel erreicht und die Solidarität der Arbeiter durchbrochen.

Bayern, 1.Bericht: Im hiesigen Gebiet arbeiten viele Sudetendeutsche aus dem Böhmerwalde bei Strassenbauten. Die reichsdeutschen Arbeiter weigerten sich, das Hetztempo, das bei dieser Arbeit verlangt wird, mitzumachen. Aber die sudetendeutschen Arbeiter sind es, die sich dem solidarischen Verhalten der Reichsdeutschen entgegenstellen und in ihren Kolonnen stolz darauf sind, wenn sie um Vieles mehr leisten als die Einheimischen.

2.Bericht: Die Arbeiter auf dem Strassenbau erhalten hier durchschnittlich einen Stundenlohn von 53 Pfg. Im allgemeinen beträgt die Arbeitszeit 12 Stunden und es wird in vielen Fällen noch länger gearbeitet. In dieser Arbeitszeit ist eine halbstündige Mittagspause und je eine viertelstündige Frühstücks- und Vesperpause enthalten. Dabei haben im Gegensatz zu den reichsdeutschen Arbeitern die hier beschäftigten Sudetendeutschen und Oesterreicher viel höhere Verdienste. Denn diese Arbeiter erhalten Entfernungszulagen bis zu 12 RM. Ein Oesterreicher, der in der Woche etwa 40 RM verdiente und trotzdem seiner Frau noch um Geld schrieb, wurde verhaftet. Auch unter den Sudetendeutschen sind schon Verhaftungen vorgekommen. Wohin diese Arbeiter gebracht wurden, ist unbekannt.

Sachsen, 1.Bericht: Von einem Strassenbau, bei dem viele Sudetendeutsche beschäftigt sind, wird berichtet: Die Arbeitszeit beträgt normal 48 Stunden, die von den sächsischen Arbeitern auch eingehalten wird. Dagegen sind die Sudetendeutschen zu jeder längeren Arbeitszeit bereit, und zwar, ohne dass Ueberstundenzuschläge gezahlt werden. Der reguläre Stundenlohn beträgt 56 Pfg. Von den sächsischen Arbeitern verdienen manche aber auch bis zu 66 Pfg. Die Sudetendeutschen erhalten pro Tag noch 1,5o RMk Auslösung.

Da die Sudetendeutschen in Massenquartieren untergebracht sind, wird das Wecken, Waschen, Kaffeetrinken, der Anmarsch zur Arbeit und zum Essen und von der Arbeit alles in Gemeinschaft durchgeführt. Auch während der Arbeit werden die Sachsen von den Sudetendeutschen getrennt, so dass eine Annäherung nicht möglich ist.

2.Bericht: Auf den Strassenbauten herrscht jetzt eine ungeheuere Antreiberei. Die Menschen halten das Arbeitstempo bald nicht mehr aus, denn sie müssen 10 bis 12 Stunden am Tage, manchmal auch Sonntags, arbeiten.

3.Bericht: Die Arbeiter, die als Maurer oder Zimmerer zu den Befestigungsbauten nach dem Westen geschickt worden sind, verdienen nicht schlecht. Sie müssen mindestens den Lohn erreichen, der ihnen nach dem Tarifvertrage in ihrem Heimatorte zusteht. Ist der Tarif im Rheinland niedriger, dann muss das heimatliche Arbeitsamt die Differenz zuzahlen. Es wird auch Wert darauf gelegt, dass die Facharbeiter nicht in Massenlagern wohnen, sondern privat logieren. Sie erhalten dafür einen Zuschlag von einer Mark, so dass ein Lediger insgesamt 2,5o RM, und ein Verheirateter insgesamt 3,- RMk Trennungszuschlag erhält. Die Facharbeiter, die privat logieren, können in einem Umkreis von 4o km wohnen. Sie werden kostenlos mit Autobussen von und zur Arbeitsstelle gebracht. Die Leute müssen 6o Stunden arbeiten, die Ueberstunden über die 48-Stundenwoche hinaus werden mit 2o% Zuschlag, Sonntagsarbeit wird mit 5o% Zuschlag entlohnt.

2) Der Leistungskampf der Betriebe

Zu den Methoden der Leistungssteigerung gehört auch der sogenannte "Leistungskampf der Betriebe". Dieser Leistungskampf, der nicht mit dem Reichsberufswettkampf verwechselt werden darf, ist im Vorjahre zum ersten Mal durchgeführt worden. (Wir haben damals in Heft 9/1937, Seite A 66 ff. darüber berichtet) Während aber im Vorjahre der Leistungskampf vor allem unter sozialpolitischen Vorzeichen stand (starke Betonung von "Schönheit der Arbeit" usw.), hat Ley vor kurzem in Leipzig dem diesjährigen Leistungskampf die Aufgabe gestellt: "diejenigen technisch gut

eingerichteten Unternehmungen auszuzeichnen, die mit der geringsten Zahl an Arbeitskräften die bestmögliche Leistung erzielten". Demgemäss hat auch der Beauftragte für die Durchführung des Leistungskampfes, der Reichsamtsleiter der Arbeitsfront, Dr. Hupfauer, bereits Mitte August erklärt, dass in diesem Jahre im Leistungskampf kein Pfennig vergeudet werden dürfe, und dass die sozialen Leistungen der einzelnen Betriebe diesmal einer "klaren Steuerung" unterworfen würden.

Ueber die Durchführung des Leistungskampfes in der Praxis liegen bisher folgende Berichte vor:

Sachsen, 1.Bericht: Zur Durchführung des Leistungskampfes hat der Gauobmann der Arbeitsfront in Sachsen, Peitsch, einen Runderlass herausgegeben, in welchem er darauf aufmerksam macht, dass nicht nur die Arbeiter dazu verpflichtet seien, am Leistungskampf teilzunehmen, sondern dass die Betriebsführer ihren Gefolgschaftsmitgliedern mit gutem Beispiel vorangehen sollen. Er schliesst mit dem Satz: "Drückeberger soll es nicht mehr geben". Wie das in der Wirklichkeit aussieht, zeigt folgendes Beispiel aus einem Textilbetrieb:

Zur Einleitung des Leistungskampfes fand bei der Firma X. eine Belegschaftsversammlung statt. Der Chef war selbst erschienen. Er schilderte, wie einige deutsche Bergsteiger die Eigerwand in den Alpen erklommen hätten. Daran müssten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen ein Beispiel nehmen und auch aus ihren Fingerspitzen versuchen herauszuholen, was nur möglich ist. Wenn jetzt eine Arbeiterin 5o kg Garn verarbeitet, so müsse sie in der nächsten Woche 6o, in der übernächsten 7o, 8o 9o und 100 kg Garn verarbeiten. Nur so sei der Leistungskampf, wie ihn Dr. Ley wünsche und wie es im Interesse des Staates liege, zu verstehen. Hierauf zog der Chef seinen Rock aus, streifte sich das Hemd hoch und sagte: "Jetzt gehe ich an die Arbeit". - Vom Mehrverdienst bei Leistungssteigerung wurde nicht gesprochen.
Bei derselben Firma dürfen junge Mädels unter 2o Jahren nicht in Akkordarbeit verwendet werden, weil die grosse Gefahr besteht, dass sie unterleibsleidend werden würden. Diese Verfügung wurde vom Reichsstatthalter Mutschmann erlassen. Da aber Ausnahmen bei dieser Verfügung zulässig sind, konnte die Firma wenige Tage darauf wieder junge Arbeiterinnen unter 2o Jahren im Akkord beschäftigen.

2.Bericht: Im Zuge der Leistungssteigerung in den Betrieben hat die Firma ....,Spinnerei, dreiwöchige Lehrkurse eingeführt, die jeder Betriebsangehörige besuchen muss. Wer sich weigert, wird entlassen. Die Kurse finden in einem eigens dazu eingerichteten Lehrsaal statt, dessen Wände mit Hitlerbildern und nationalsozialistischen Emblemen geschmückt sind. Täglich

wird eine Stunde Unterricht erteilt, und zwar in der Freizeit nach Schichtwechsel. Leiter der Lehrgänge ist Direktor X., ein Sudetendeutscher. Dieser eröffnet und schliesst die Unterrichtsstunden mit dem Hitlergruss und benutzt die erste Stunde jeden Lehrgangs zur nationalsozialistischen "Ausrichtung" der Kursisten. Neben dem Hinweis auf die berufliche und volkswirtschaftliche Bedeutung des Lehrgangs, erinnert er daran, dass es Hitler zu verdanken sei, dass die Belegschaft ein geordnetes und geregeltes Leben und Arbeitsverhältnis habe. Er könne es deshalb nicht verstehen, dass es noch immer Arbeitskameraden gäbe, die innerhalb des Betriebes "gedankenlos" mit "Guten Morgen", "Guten Tag" und "Mahlzeit" grüssten. Diesen Unverbesserlichen müsse er mit aller Deutlichkeit sagen, dass im Betriebe nur ein Gruss gestattet sei und der hiesse "Heil Hitler".

Schreibmaterial und ein Notizbuch wird den Kursisten kostenlos von der Betriebsleitung zur Verfügung gestellt. Auf die erste Seite des Buches wird als Leitwort für den Lehrgang eingetragen: "Wissen ist viel, Können ist mehr!"

Der Unterrichtsstoff beschränkt sich auf Materialkunde, die Zusammensetzung und Verarbeitung der Zellwolle und ähnliche Fachfragen. Dabei wird die Zellwolle vom Kursusleiter über alles gelobt. Das ändert freilich nichts an der Tatsache, dass in der Praxis die Arbeiter ihre Plage mit der Zellwolle haben, die sich nicht so gut verarbeiten lässt wie andere Wolle.

Während die älteren Belegschaftsmitglieder nur den dreiwöchigen theoretischen Kursus besuchen, müssen die jungen Arbeitskräfte und alle Anfänger, meist handelt es sich um Mädchen, einen sechswöchigen praktischen und theoretischen Lehrgang absolvieren, der in ihre Arbeitszeit eingerechnet wird und den sie bezahlt erhalten.(14- bis 16-jährige Arbeiterinnen erhalten in dieser Firma einen Stundenlohn von 25 Pfg., 18-jährige verdienen 34 Pfg. in der Stunde.)

Die übergrosse Mehrzahl der Belegschaft will von den Lehrgängen nichts wissen. Einmal weil ihr durch den "Klimbim" für die Dauer von drei Wochen täglich eine Stunde Freizeit gestohlen wird und zum anderen, weil sie ganz richtig erkannt hat, dass durch die angestrebte Leistungssteigerung noch mehr aus ihr herausgeschunden werden soll. Zu einem Widerstande gegen die Lehrgänge ist es aber aus Angst um den Arbeitsplatz noch nicht gekommen. Ein einziges Mal haben sich weibliche Teilnehmer eines Kurses mit Erfolg gegen die beabsichtigte Verlegung der Unterrichtsstunde von 2 - 3 Uhr auf 3 - 4 Uhr zur Wehr gesetzt, da sie dadurch zwei Freistunden hätten opfern müssen.

3.Bericht: Die Dachdecker in Sachsen haben jetzt einen Stundenlohn von o,97 Rm. Bis zum Jahre 193o betrug er 1,48 RM und von 193o bis zur Machtübernahme Hitlers 1,2o RM. Dabei muss heute viel mehr geleistet werden als früher. Durchweg müssen die Dachdecker wöchentlich eine beträchtliche Zahl Ueberstunden leisten. Das alles geht unter der Parole des Leistungskampfes der Betriebe vor sich. Eine grössere Dachdeckerfirma in Sachsen die den Auftrag hat, ein neues staatliches Gebäude zu bedecken

wollte diese Arbeiten in Akkord zu so niedrigen Sätzen ausführen lassen (38 Pfg. je qm), dass die ortsansässigen Arbeiter das ablehnten. Darauf holte sich die Firma Akkordarbeiter-Kolonnen aus Oberschlesien, die bereit sind, die Arbeit für den vorgeschlagenen Preis zu machen.

Südwestdeutschland: Der einzige Erfolg im "Leistungswettkampfes" der Betriebe ist in der Metallindustrie zu verzeichnen. Dagegen ist in anderen Industrien und Wirtschaftszweigen, vor allem in den kleineren Betrieben, nur ein Fiasko des Leistungskampfes festzustellen. Besonders gross ist der Misserfolg in der Handelsbranche. Ein Gewährsmann, der in einem Kaufhaus arbeitet, berichtet, dass es dort nicht gelungen ist, die Gefolgschaftsmitglieder ideologisch für die Nazis zu gewinnen. Dort habe man zwar die ersten Abende des Leistungswettkampfes besucht, sofern die Behandlung von Fachfragen angekündigt war, als aber bemerkt wurde, dass die Fachvorträge immer wieder verschoben und die Nazipropaganda in den Mittelpunkt der Aufklärung gerückt wurde, liess der Besuch merklich nach. Z.Zt. werden die Schulungsabende fast nur von jüngeren Angestellten besucht und das, obwohl Teilnehmerlisten angelegt wurden und die sogenannten Schwänzer zuerst gemahnt, später an den Besuch erinnert und zuletzt bedroht wurden. Der Betriebsführer des Unternehmens bemüht sich, den Wünschen der DAF nachzukommen und er befleissigt sich, die hygienischen Einrichtungen seines Unternehmens, die in Kaufhäusern bereits in der Republik im allgemeinen gut waren, zu erhalten und zu verbessern.

Berlin: Die "Nationalsozialistischen Musterbetriebe", die "Reichssieger" im Leistungskampf der Betriebe, haben bei Kundgebungen eine besondere Fahne. Das ist die Auszeichnung, durch die sie der allgemeinen Bevölkerung immer wieder kenntlich gemacht werden. An und für sich aber ist diese Auszeichnung überflüssig, denn die Gefolgschaften dieser Betriebe sind sowieso durch ihr schlechtes Aussehen genügend gekennzeichnet. Die grösste Schinderei, die es jemals gab, lässt sich nicht mit der vergleichen, die in den sogenannten Musterbetrieben anzutreffen ist. Da werden die Arbeiter zu Höchstleistungen angetrieben, damit der Betrieb die Auszeichnung "Musterbetrieb" erhält, und ist die Höchstleistung erreicht, werden die Akkordsätze ermässigt, so dass die Höchstleistung durch diesen unerhörten Betrug an den Arbeitern zur Regelleistung wird. Dass die Arbeiter darüber empört sind und zur härtesten Kritik am Regime sich hinreissen lassen, ist selbstverständlich und gerade an Lohntagen kann immer wieder festgestellt werden, dass "unzufriedene Elemente" jede Möglichkeit, den "Arbeitsfrieden zu stören" ausnützen.

Schlesien: Seit einiger Zeit wagen sich die Amtsleiter der Arbeitsfront offener heraus, um auf Belegschaftsversammlungen zu verkündigen, dass der Höhepunkt deutscher Not noch nicht überstiegen ist. Der Naziobmann von Hindenburg, früherer Kreisleiter der Arbeitsfront und jetziger Stadtrat hat in einer

Kundgebung verschiedener Belegschaften in Hindenburg offen zum Ausdruck gebracht, dass noch grosse Opfer erforderlich sein werden, bevor sich der Nationalsozialismus durchgesetzt haben wird. Es genügt da nicht, nur zu rufen "Deutschland erwache", sondern es müssen in den Betrieben auch entsprechend Leistungen erzielt werden. Das Gerede, man sei ein guter Nazi, sei für die Katze, man müsse der Partei melden, dass das Werk, in dem man tätig sei, ein Leistungsbetrieb ist. Der Ausbau der deutschen Wirtschaft habe erst begonnen, der Vierjahresplan müsse durch weitere Pläne ergänzt werden und da sei es selbstverständlich, dass die Arbeiter grosse Opfer zu tragen haben werden. Gehe es erst Deutschland gut und sei die Kriegshetze gegen Deutschland überwunden, dann werde es auch allen Menschen in Deutschland gut ergehen, aber das wird noch sehr, sehr lange dauern.

Nach Berichten der Kreisleiter der Arbeitsfront ist Oberschlesien im Leistungskampf noch weit zurückgeblieben. So hat erst dieser Tage der Leiter des Leistungskampfes, Dr. e.h.G. Hilger, von den Kraftwerken Oberschlesien, einen Aufruf erlassen, in dem er die Belegschaften der verschiedensten Betriebe auffordert, endlich den Leistungskampf zu beginnen. Die engere Heimat dürfe gegenüber den Betrieben im Reich nicht zurückstehen, der Zusammenhalt zwischen Kameradschaft und Betriebsführung müsse deutlicher als bisher in Erscheinung treten. Nur so könne am Wohlstand des deutschen Menschen gearbeitet werden Es sei eine nationalsozialistische Tat notwendig und alle schöpferischen Kräfte müssten eingesetzt werden, damit Deutschland an der Spitze aller Nationen marschiere. Diese Aufrufe hängen in fast allen Betrieben aus, aber die Belegschaften selbst haben dazu noch keine Stellung genommen.

3) Menschen-Oekonomie

Ley hat in der erwähnten Essener Rede erneut betont, dass die Methoden der Leistungssteigerung durch Massnahmen der Gesundheitspflege, Verbesserung der Werkstätten usw. ergänzt werden sollen. Wir glauben nicht, dass es sich dabei nur um Propagandaphrasen handelt, sondern dass die deutschen Machthaber durchaus begriffen haben, dass die Arbeitskraft des deutschen Volkes nach wie vor das wichtigste Mittel der Kriegsvorbereitung ist und dass es daher im wohlverstandenen Interesse ihrer Politik liegt, wenn sie nicht nur Güterökonomie, sondern auch Menschenökonomie treiben. Wie weit es allerdings dem Regime gelingt, diesen Gedanken in der Praxis durchzusetzen, bleibt abzuwarten.

Ein Mittel der neu entdeckten Menschenökonomie soll die

"Gesundheitsführung in den Betrieben" sein. Durch Einführung des Gesundheitspasses und durch regelmässige betriebsärztliche Untersuchungen will man zu einer dauernden Kontrolle des Gesundheitsstandes jedes einzelnen Arbeiters kommen. Die Einstellung von Betriebsärzten stiess zunächst auf den Widerstand der Unternehmer, der aber inzwischen überwunden ist. Die Industrieabteilung der Wirtschaftskammer Baden hat dazu in ihrem Rundschreiben Nr. 7 vom 16. Juli 1938 folgendes mitgeteilt:

Lfd. Nr. 110: Gesundheitsführung in den Betrieben; Betriebsärzte.

Wie uns die Reichsgruppe Industrie mitteilt, sind durch eine von freundschaftlichem Geiste getragene persönliche Unterhaltung zwischen dem stellvertretenden Reichsärzteführer Dr. Bartels und dem Leiter der Reichsgruppe Industrie in sachlicher und persönlicher Hinsicht alle Meinungsverschiedenheiten und Mißverständnisse ausgeräumt. Es sind somit die Gründe in Fortfall gelangt, aus denen heraus die Reichsgruppe Industrie mit früheren Rundschreiben gebeten hatte, vor Abschluß der zentralen Verhandlungen keine gesonderten Verhandlungen mit den Reichsbetriebsgemeinschaften — jetzt Fachschaften — bzw. den Dienststellen des Hauptamtes für Volksgesundheit zu führen. — Der Leiter der Reichsgruppe Industrie hat seine Bedenken gegen die Vertragskonstruktion für den nebenamtlichen Betriebsarzt zurückgestellt, nachdem das Gefolgschafts- und Treueverhältnis zwischen Betriebsführer und Betriebsarzt in den Richtlinien für Betriebsärzte eindeutig festgelegt worden ist. Firmen, die an der Kenntnis dieser Richtlinien besonders interessiert sind, bitten wir, diese bei uns anzufordern.

Wir bitten, etwa noch auftretende Zweifelsfragen uns zwecks Klärung zu unterbreiten.

Auch die Arbeiter lassen diese ärztliche Betreuung mit gemischten Gefühlen über sich ergehen, weil sie darin nur ein neues Mittel der Kriegsvorbereitung erkennen.

Rheinland-Westfalen, 1.Bericht (Metallbetrieb): Im Betrieb gibt es viele, die gesundheitlich in den letzten Jahren schwer gelitten haben. Besonders grosse Schäden an den Zähnen, Störungen des Blutkreislaufs, Nerven- und Magenbeschwerden stellen sich ein. Das liegt sicher an der Unterernährung, die eingetreten ist, weil es nicht genügend Fett und sonstige gute Nahrung gibt. Nun soll der Arzt helfen. Der kann gewiss manches reparieren, gewisse Darm- und Magenkrankheiten aber kann auch er nicht ausheilen. Man ist jetzt dazu übergegangen, aus den Werkscharen sogenannte Gesundheitstrupps zu bilden, die als Helfer den Aerzten zur Seite stehen sollen. Was sie den Aerzten eigentlich helfen sollen, das wissen sie selber nicht. Die Hauptsache ist offenbar, den Arbeitern ein bisschen was vorzuzaubern. Angeblich sollen diese Gesundheitstrupps die Betriebe auf Sauberkeit und Hygiene überwachen.

Dieser ganze Zauber wird natürlich mit phantastischen Lügen über das frühere System begleitet. Angeblich hat dieses System gar nichts für die Arbeiter getan. Das wissen wir ja nun besser und die "alten Kämpfer" schämen sich oft über die Unverschämtheit dieser Lügen.

2.Bericht: Gegenwärtig macht man sehr viel Reklame mit der Behauptung, der Arzt gehe in die Betriebe und sorge dafür, dass die Arbeiter gesund blieben. Das ist alles Humbug. Was macht man? Nichts anderes als was früher auch gemacht wurde. Die Arbeiter lassen sich auch nicht durch den Hinweis auf diese Einrichtung des sogenannten Gesundheitsstammbuches und des Gesundheitspasses täuschen. Jeder, der nur ein bisschen nachdenkt, begreift, dass diese Pässe und Bücher alle nur den einen Zweck haben: eine ständige Kontrolle über den körperlichen Zustand der Arbeiter für den Fall des Krieges zu schaffen.

Dass die "Gesundheitsführung" in den Betrieben auch unmittelbar in den Dienst der Kriegsvorbereitung gestellt wird, geht aus dem nachstehenden Bericht hervor:

Sachsen: Die Betriebs-Samariter sind zwar alle im Roten Kreuz zusammengefasst worden, sind aber nicht verpflichtet,die Veranstaltungen des Roten Kreuzes zu besuchen. Das gefällt den Nazis nicht und darum sind sie seit Wochen benüht, diese Samariter auch in den aktiven Dienst im Roten Kreuz einzugliedern. Ihre Vertreter im Roten Kreuz haben deshalb mit den Betriebsführern darüber verhandelt, dass diese auf ihre Samariter einen Druck ausüben, damit sie sich am aktiven Dienst des Roten Kreuzes beteiligen. Einige Betriebsführer des Bezirkes weigern sich aber, dem Verlangen der Nazis nachzukommen und erklären, dass sie ihren Samaritern nicht die Kosten der Ausbildung gezahlt hätten, um sie für den allgemeinen Dienst im Roten Kreuz abzugeben. Sie benötigten die Samariter im Betrieb und wenn dort die Samariterdienste ordnungsgemäss und gewissenhaft erfüllt werden sollen, sei keine Zeit mehr für den umfangreichen und viel Freizeit raubenden Dienst im Roten Kreuz. Bis jetzt konnten die Betriebsführer ihren Standpunkt auch durchdrücken und verhindern, dass die Betriebs-Samariter allgemein zum Dienst im Roten Kreuz verpflichtet wurden.

Da die Nazis auf diese Weise nicht zum Ziel kamen, versuchen sie auf Umwegen, es zu erreichen. So haben die Betriebs-Samariter seit einigen Wochen fast alle 8 Tage eine Nacht-Uebungsstunde, gegen vorher nur alle Monate. Die jetzt dabei gehaltenen Vorträge und praktischen Uebungen haben jedoch sehr wenig mit dem Samariterdienst im Betrieb zu tun. Es sind Vorträge über Gasschutz und Wiederbelebungsversuche an Gasvergifteten, ferner Exerzierübungen usw. Vor einiger Zeit wurden für die Betriebssamariter Gasmasken bestellt, die von den Betriebsführern bezahlt werden sollen. In allen Uebungsstunden wird jetzt darauf hingewiesen, dass die Samariter bald grosse Aufgaben zu erfüllen hätten. Jeder sei verpflichtet, das Letzte und Beste fürs Vaterland herzugeben. Diese fortgesetzte und sehr eindringliche Mahnung zur Pflichterfüllung hat Viele zu der Auffassung kommen lassen, dass sie eines Tages den Dienst im Betrieb mit dem Dienst in der Wehrmacht und in den Lazaretten vertauschen müssten.

Auch auf diesem Gebiet darf man die Kehrseite nicht übersehen: den maßlosen Raubbau an Arbeitskräften bei den Befestigungsarbeiten. Wir haben schon mehrfach Material darüber zusammengestellt, mit welcher Rücksichtslosigkeit man bei diesen Arbeiterentschickungen vorgeht. Hier ein neues Beispiel:

Berlin: Ein Uhrmacher sollte nach dem Rheinland geschickt werden. Er machte aber geltend, dass er schwer herzkrank sei und konnte dies durch ärztliche Zeugnisse nachweisen. Aber wie meist in solchen Fällen, wurde dieser Umstand nicht als ausschlaggebend anerkannt. Der Mann wurde mit weggeschickt und muss jetzt die schwere Arbeit auf den Festungsbauten verrichten.

Als ein weiteres Mittel der Menschenökonomie wird der Betriebssport ausgebaut. Betriebssportliche Betätigung ist ein Wettbewerbszweig im Leistungskampf der Betriebe. Die einzelnen Betriebe schaffen "Betriebssportgemeinschaften", die sich alljährlich auf einem "Sportappell der Betriebe" in Wettkämpfen messen sollen. Unabhängig davon ist durch eine Vereinbarung zwischen dem Reichsjugendführer und dem Leiter der Deutschen Arbeitsfront ein besonderer "Ausgleichssport" für Jugendliche in den Betrieben ins Leben gerufen worden. Die Durchführung dieses Ausgleichssports ist dem Sportamt von "Kraft durch Freude" übertragen worden. Dieser Sport der Jugendlichen soll im Gegensatz zu dem eigentlichen Betriebssport innerhalb der Arbeitszeit ausgeübt werden und mindestens eine Doppelstunde in der Woche umfassen.

Die Organisation ist in beiden Zweigen des Betriebssports erst im Aufbau begriffen. Sie stösst einstweilen auf weitgehende Ablehnung durch die Arbeiter.

Schlesien, 1.Bericht: Der sogenannte Gemeinschaftssport, der auf Anordnung Leys jetzt auch in allen oberschlesischen Betrieben durchgeführt werden soll, stösst bei der Arbeiterschaft auf grossen Widerstand. In der Redenhütte in Hindenburg gelang es trotz wiederholter Pflichtappelle nicht, die Belegschaft zur Teilnahme an den Sportveranstaltungen zu bringen. Es erschienen von etwa 1.200 Mann Belegschaft nur 28 Arbeiter und 35 Beamte und Angestellte. Nach wiederholten Versuchen gab man die Sache ganz auf. Von der Donnersmarckhütte, Hindenburg, wird berichtet, dass dort nur die Bürobeamten und die Frauen am Betriebssport teilnehmen. Die Arbeiter erklärten, sie hätten genug Sport bei der Arbeit. Man sollte bezahlte Feierschichten einle-

gen, dann kämen alle zum Gemeinschaftssport. Auch aus der Julienhütte bei Bobreck wird berichtet, dass dort alle Versuche misslungen sind, die Belegschaften für den Gemeinschaftssport zu gewinnen. Ebenso wird von den Grubenanlagen um Beuthen und Hindenburg berichtet, dass sich die Belegschaften weigern, diesen Gemeinschaftssport mitzumachen und die angesetzten Pflichtappelle einfach ignorieren. Hingegen wird auf die Angestellten und Beamten in den Betrieben ein Druck ausgeübt, wenigstens sie möchten zum Sport erscheinen, damit man an die Arbeitsfront berichten kann, dass den Anordnungen Folge gegeben wird.

In den Deichsel-Drahtwerken erklärt Direktor Deichsel, Hindenburg, vor der Belegschaft, er müsse es sehr bedauern, dass in seinem Betriebe so wenig nationalsozialistischer Geist vorhanden sei. Ueber die Produktionsleistungen wolle er nicht klagen, aber für das neue Deutschland Adolf Hitlers habe seine Belegschaft wenig Verständnis. Zum Gemeinschaftssport seien nicht einmal 10 Prozent der Belegschaft von 600 Mann erschienen. Er hoffe, dass das anders werde, sonst müsse er Strafmassnahmen treffen. Aber bei der nächsten Gemeinschaftsübung erschienen nicht einmal die 10 Prozent, so dass dieser Sport auch dort aufgegeben wurde.

2.Bericht: Eine neue Art vormilitärischer Erziehung wurde eingeführt durch den sogenannten "Sport des guten Willens". Dieser Sport wird von der DAF geleitet, die die Sportlehrer und Vertrauensärzte stellt. Die Betriebe sind verpflichtet, die benötigten Sportplätze bereitzustellen. Der Sport erfasst alle im Alter von 18 bis 65 Jahren. Obwohl er freiwillig ist, finden bei Widerspenstigen die bekannten Druckmittel Anwendung. Die Werkschar des jeweiligen Betriebes spielt dabei die führende Rolle. Die sportlichen Uebungen finden zweimal wöchentlich eine Stunde nach Arbeitsschluss statt. Monatlich wird ein Leistungswettkampf ausgetragen. Im Vordergrund stehen die älteren Teilnehmer, insbesondere Ersatzreserve 2,(Landwehr) denen, wie man sagt "die alten Knochen wieder gelenkig gemacht werden" sollen. Die Arbeiter nehmen nur mit grossem Widerwillen an diesen Sportveranstaltungen teil.

Bayern: In der Grossbrauerei X. ist der Werksportverein völlig zusammengebrochen. Es haben sich grosse Differenzen in der Führung ergeben. Drei ehemalige Arbeitersportler, die als Sportlehrer und Vorturner arbeiteten, üben ihre Funktion nicht mehr aus. Infolgedessen sind die Leute einfach nicht mehr zusammenzubringen. In dieser Sache fanden schon drei Appelle statt, die von der Werkleitung einberufen wurden und in denen man alle möglichen Drohungen anwandte. Auch die Arbeitsfront hat sich bemüht, soviel sie nur konnte. Die von der Betriebsleitung als Sportleiter beauftragten Nazi wurden von der Belegschaft bei ihren Vorübungen einfach ausgelacht. Die Sportabende wiesen einen derartig schlechten Besuch auf, dass es sinnlos war, weiterzumachen. Den ehemaligen Arbeitersportlern wurde das Recht, noch einmal in einem Turnverein zu wirken, aberkannt. Zwei von ihnen wurden aus dem Betrieb entlassen.

Südwestdeutschland, 1.Bericht: Vor kurzem wurde eine Woche der Betriebssport-Appelle veranstaltet. Im Saar- und Pfalzgebiet sollten sich etwa 100.000 Arbeiter an diesen Appellen beteiligen. Alles war natürlich nach militärischer Schablone auf das genaueste organisiert. Der erste Teil der Veranstaltungen lautete: "Wettbewerb des guten Willens". Die sporttreibenden Betriebsangehörigen müssen sich einer sportlichen Prüfung unterziehen. Das geschieht zum Teil in den Fabrikhöfen, zum Teil auf Sportplätzen. Selbstverständlich nach der Arbeitszeit, damit der Leistungskampf im Betrieb keine Einbusse erleidet. Vorgeschrieben ist eine Mindestleistung im Weit- und Hochsprung, dann ein kurzer Lauf und soweit die Geräte vorhanden sind, auch Kugelstossen, Diskus- und Speerwerfen.

Die Begeisterung für diesen Betriebssport war nie gross. Die Sportvereine haben sich auch stets gegen seine Ausdehnung gewendet. Sogar mit der SA gab es Kollissionen. Die jungen Leute sind natürlich lieber bei den Vereinen, schon wegen der ungezwungeneren Geselligkeit, aber auch, weil sie froh sind, wenn sie endlich nicht mehr die Gesichter der Meister und der Unternehmer sehen. Aber die offiziellen Stellen halten die Betriebssportvereine für sehr wertvoll und befinden sich darin in Uebereinstimmung mit den Unternehmern. Es wird deshalb ein ständiger Druck auf die Arbeiter ausgeübt, gegen den sie sich infolge ihrer Abhängigkeit schlecht wehren können. Trotzdem gibt es Ausreden genug, um nach der Arbeitszeit zu verschwinden.

2.Bericht: Die DAF gibt sich alle erdenkliche Mühe, den Werksport grosszuziehen. Pflichtgemäss muss jeder Betrieb, der 100 Arbeiter zählt, eine Fussballabteilung schaffen. Bei mehr als 100 Beschäftigten erhöht sich die Mannschaftszahl und die Zahl der Sportsparten entsprechend. Die Sportler erhalten die Sportkleidung durch den Betrieb, die Kosten werden im Umlageverfahren von den Belegschaftsmitgliedern aufgebracht.

Auf den Saargruben hat die DAF die früheren Werksportvereine der französischen Grubengesellschaften übernommen, wodurch die Werksportvereine in grossen Verruf gekommen sind. In welchem Masse dies der Fall ist, ergibt sich aus der Tatsache, dass an Spieltagen (Sonn- und Feiertagen) überhaupt keine Zuschauer den Spielen beiwohnen.

4) Der Terror in den Betrieben

Die Nazis haben die Aktionen zur Leistungssteigerung umso nötiger, als sie die beiden natürlichsten Mittel zur Verbesserung der Leistung nicht anwenden können: sie können weder bessere Löhne zahlen, noch können sie in den Betrieben ein freies und offenes Verhältnis zwischen Arbeitern und Betriebsleitung herstellen. Im Gegensatz zu allem Propagandageredе von der Betriebsgemeinschaft, wird das Verhältnis des deutschen Arbeiters zum Betrieb mehr und mehr durch Zwang und Terror bestimmt. Die Ueber-

wachung der Belegschaften wird immer weiter ausgebaut, die Betriebe werden mit Spitzeln und Spionen durchsetzt und je mehr das Regime infolge des Facharbeitermangels genötigt ist, auch politisch unzuverlässige, aber beruflich tüchtige Arbeiter in rüstungswichtige Betriebe einzustellen, umso mehr wird das Ueberwachungssystem verschärft. Hier und da leisten die Arbeiter Widerstand, aber im grossen ganzen sind sie dieser Terrormaschine nachtlos ausgeliefert.

Schlesien, 1.Bericht: In den Linke-Hoffmann-Werken wird seit einiger Zeit auch Munition hergestellt. Da es in der Munitionsabteilung schon verschiedentlich zu kleineren Unfällen gekommen war, weigerten sich die alteingesessenen Arbeiter, in dieser Abteilung zu arbeiten. Das führte zu grösseren Konflikten. Arbeiter wurden in andere Abteilungen versetzt, kamen aus Breslau fort in andere Fabriken und auch Verhaftungen wurden durchgeführt.

Im Betrieb wurde in den letzten Wochen eine grosse Verhaftungsaktion durchgeführt. Die Ursachen dafür sind unklar. Es handelt sich, soweit man das übersehen kann, um Hunderte von Verhafteten. Die Verhaftungen werden im allgemeinen im Betrieb vorgenommen. Unauffällig wird ein Arbeiter vom Arbeitsplatz weg in das Personalbüro gerufen und dort durch Zivilbeamte abgeführt. Unter den Verhafteten befinden sich viele ehemalige Funktionäre politischer Parteien. Arbeitslose wurden morgens aus der Wohnung geholt und in ein Arbeitslager abgeschoben. Selbst Nazis wagen es im Betriebe nicht, solche Verhaftungen zu verteidigen. Wenn die Leute von der Polizei abgeführt werden, hört man lange nichts mehr von ihnen. Die Angehörigen müssen sich oft länger als eine Woche bemühen, bis sie überhaupt in Erfahrung bringen können, wo sich die Verhafteten befinden. In einigen Fällen ist das sogar mehrere Wochen lang nicht gelungen.

Vor kurzem wurden zwei Arbeiter verhaftet, weil sie nach dem Zahltag angeheitert in der Garderobe die Internationale gesungen haben. Einer ist aus der Haft wieder entlassen worden, weil er durch Nazi-Zeugen glaubhaft machen konnte, dass er nicht gesungen habe. Der zweite Arbeiter war in seiner Abteilung den Nazis wegen seiner aufrechten Haltung seit langem verhasst. Es wurde gegen ihn alles mögliche unternommen, um ihn aus dem Betrieb hinauszubeissen, doch die Betriebsleitung hielt ihn immer, weil er ein aussergewöhnlicher Qualitätsarbeiter war. In allen Abteilungen wurde sofort nach der Verhaftung herumgesprochen, dass der Verhaftete einem Komplott der Nazis zum Opfer gefallen sei.

In der Geheimabteilung der Metallwerke ..., in der Flugzeugteile hergestellt werden, ist es wegen Einstellung von drei Gestapospitzeln, die die Arbeiter in der gemeinsten Weise schikanierten, zu einer vierstündigen Arbeitsniederlegung gekommen. Das Bezeichnende dabei ist, dass in dieser Abteilung fast nur SA- und SS-Leute beschäftigt sind. Jetzt sind die drei Gestapospitzel wieder entlassen worden.

In den Osramwerken in X. hat man neuerdings ein Büro errichtet, das mit der Aufstellung von Stammrollen für die Belegschaft beschäftigt ist. Jeder Arbeiter wird zu diesem Zweck einzeln vernommen. Man will neben der bisher absolvierten Militärzeit und weiteren Angaben aus der Vergangenheit noch wissen, welchen Umgang die Arbeiter haben, welche Zeitung sie lesen und was sie im Rundfunk hören. Auch nach Verwandtschaftskreisen und nach früheren und jetzigen Freunden wird geforscht. Vereinzelt hat man auch Kinder in der Schule ausgefragt. Es kann jetzt kein Zweifel mehr darüber sein, dass dieses Büro eine Spitzelzentrale ist, die vermutlich deshalb eingerichtet wurde, weil dieser Betrieb früher eine Hochburg der SPD und KPD gewesen ist. Heute noch wird in diesem Betriebe sehr viel unter der Belegschaft politisiert. Von Zeit zu Zeit wurden auch illegale Flugblätter verteilt, ohne dass bisher die Täter ermittelt werden konnten.

Im Oberschlesischen Industriegebiet sind die Werksverwaltungen durch die Polizeidirektionen Gleiwitz und Oppeln angewiesen worden, ihre Arbeiterschaft besser als bisher beaufsichtigen zu lassen. Ein namhafter Industrieller sagte einem früheren Gewerkschaftsfunktionär, dass er erst durch die Polizei von verschiedenen Vorgängen im Betriebe erfahren habe, wogegen das Aufsichtspersonal nichts davon wissen will. Nun ist dieses Werk schon immer kommunistisch gewesen und der jetzige Vertrauensrat war es ja auch. Die Polizei, die hier nur Aufträge der Gestapo ausführt, belästigt die Werksleitung mit jeder Kleinigkeit, so dass diese wiederum den Vertrauensräten vorhält, warum sie nicht im Betriebe mehr Acht geben, man könne doch nicht hinter jeden Arbeiter einen SA-Mann stellen. Die Verwaltung eines grossen Kohlenkonzerns erklärte der Polizeidirektion, auf ihren Anlagen werde gut gearbeitet und dann müsse man die Leute eben schimpfen lassen. Schliesslich stelle sie ja den besten Grenzschutz und ihre Grenzschutzmannschaften hätten schon alle Uniformen, was selbst bei der Preussag nicht der Fall sei. Man solle endlich den Denunzianten festnehmen und nicht Unruhe unter die Belegschaft bringen. Der Vertrauensrat hat sich dieser Antwort der Verwaltung an die Polizei angeschlossen. In diesem Konzern sind vor einiger Zeit zahlreiche Verhaftungen erfolgt, die aber durchweg mit Freilassungen geendet haben.

Auf der Heinitzgrube bei Beuthen ist aus einer Kameradschaft ein Hauer verhaftet worden. Darauf lehnte es die Kameradschaft ab, mit einem SA-Mann weiter zusammenzuarbeiten, weil er der Denunziant sein müsse. Dieser leugnete das zunächst ab, beantragte aber schliesslich beim Befahrungssteiger seine Versetzung nach einem anderen Feld und erreichte sie auch. Der Vertrauensrat musste für den verhafteten Hauer intervehieren, ein anderer Nazi von der Beamtenschaft wurde gleichfalls in der Arbeitsfront vorstellig, worauf der Hauer, ein früherer freigewerkschaftlicher Betriebsrat, aus der Haft entlassen wurde.

Aus den Hultschinskiwerken, einer Munitionsfabrik in Gleiwitz, wird berichtet, dass die Werkmeister ihre Abteilungen wiederholt anhalten, doch in der Familie oder bei Freunden und Bekannten ja nichts aus dem Betriebe zu erzählen. Man erfahre ausserhalb

des Betriebes soviel, dass die Verwaltung grosse Schwierigkeiten habe.
Im vorigen Jahre wurden in diesem Betriebe einige Leute verhaftet, ohne dass man bis auf den heutigen Tag weiss, was mit den Verhafteten geschehen ist. Diese Verhaftungen wurden durchgeführt, nachdem die Gestapo verschiedene Frauen von Arbeitern zuhause vernommen hatte, ob sie wüssten, was der Mann im Betrieb arbeitet. Die Frauen bzw. die Familien der Verhafteten werden seitdem mit 50% des Lohnes unterstützt, aber wo die Männer sind, können die Angehörigen weder von der Verwaltung, noch von der Polizei erfahren. Selbst Verwandte der Verhafteten, die in der NSDAP eine Rolle spielen, haben darüber nichts ermitteln können.

Das Arbeitsamt Hindenburg hat in zwei Transporten am 22. und 29. August Arbeiter zu Siemens nach Berlin verschickt. Von den 50 Mann sind zur Abfahrt 6 Mann nicht erschienen, sie wurden in wenigen Tagen zu 4 bis 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Die übrigen sind in der Nähe der Siemenswerke in Baracken untergebracht worden, bei einer sehr schlechten Verpflegung und einem durchschnittlichen Stundenlohn von 54 Pfg. 12 der Arbeiter sind einfach abgehauen und kamen nach Hindenburg zurück. Sie wurden verhaftet, weigerten sich aber auch dann noch, auf die frühere Arbeitsstelle zurückzukehren. Sie sind jetzt bis zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil sie durch ihre Flucht sich in einem Betriebe, der für Heeresbedarf arbeitet, der Sabotage schuldig gemacht hätten.

2.Bericht: Aus Hindenburg und Gleiwitz wird berichtet, dass man in den letzten Wochen in den Betrieben sehr eifrig nach Staatsfeinden gefahndet hat. Wiederholt sind Werkmeister und Betriebsleiter in die Verwaltungsbüros geholt worden, um über ihr Personal Auskunft zu geben. Vor allem interessierte man sich für Leute, die früher der SPD, KPD oder einer freien Gewerkschaft angehört haben. Da das Aufsichtspersonal sich bisher wenig um die betreffenden Personen gekümmert hat, und gegen die Leute auch sonst im Betriebe nichts einzuwenden war, erhielten nun die Vorgesetzten von der Werksverwaltung und der Gestapo den direkten Auftrag, in Zukunft ständig darüber zu berichten, welche Erfahrungen sie mit den Belegschaften und den besonders bezeichneten Personen machen, was die Leute reden, über was sie sich unterhalten, welche Sender sie aus dem Ausland hören und welchen Einfluss sie auf die Arbeitskollegen haben. Einem dieser Betriebsleiter wurde von einem Gestapobeamten geradezu gesagt, er wisse nicht, was in seiner Abteilung vorgehe, aber auf der Polizei habe man eine Liste von 150 Leuten, die unzuverlässig sind, sich aber als Nationalsozialisten ausgeben. Einige dieser Betriebsleiter, selbst Nazis, setzten sich gegen die Anschuldigung ihrer Arbeiter entschieden zur Wehr. Man habe nur ausgesuchte, brauchbare und zuverlässige Menschen und das sei entscheidend, was und wie sie politisch dächten, gehe sie ja nichts an, denn gerade jetzt käme es auf Leistungen an und nicht auf Politik. Wenn nicht die Vertrauensräte wären, hätte man im Betrieb die heiligste Ruhe, die Leute wollen arbeiten und haben die Politik satt.

Auch aus der Redenhütte, Hindenburg, wird berichtet, dass dort nach Staatsfeinden geforscht wurde. Auch hier setzte sich die Betriebsleitung dagegen zur Wehr, dass man in ihrem Betriebe nach unzuverlässigen Elementen suche. Man wolle kein Geheimnis daraus machen, dass die Stimmung der Leute sich sehr verschlechtert habe, aber es werde gut gearbeitet und das sei die Hauptsache.

In den Hultschinskiwerken in Gleiwitz hat man 174 Leute verhaftet, aber auf Betreiben der Werksleitung und Eingreifen der Arbeitsfront nach 24 Stunden wieder in Freiheit gesetzt. Die Werksleitung erklärte der Gestapo, dass die Zeit nun einmal so sei, dass man nicht jedes Wort auf die Wage legen könne, etwas Kritik müsse man überall vertragen, wenn die Arbeit reibungslos sich vollziehen soll und schliesslich sei Hultschinski ein Rüstungsbetrieb.

Aus zahlreichen Bergwerken in der Umgebung von Beuthen wird berichtet, dass dort die Gestapo neue Spitzel eingesetzt habe, um die Stimmung in den Betrieben zu erforschen. Schon vor der Besetzung des Sudetenlandes kam es wiederholt vor, dass untertags Aufschriften angebracht wurden, die das Regime der Kriegstreiberei beschuldigten, die Arbeiter aufforderten, sich nicht zum Militär zu stellen und Widerstand zu leisten, wo dies nur möglich sei. Der Vertrauensrat der Hohenzollerngrube bei Beuthen wandte sich mit Entschiedenheit gegen die Auffassung, dass diese Aufschriften von der Belegschaft stammten. Es seien vielmehr Provokationen, denen man bisher nicht habe auf die Spur kommen können, da hier die Gestapo bisher leider versagt habe.

Sachsen: In dem Textilwerk Grünberger & Seidel, Zittau, wurden seit dem 12. Oktober insgesamt 80 sudetendeutsche Arbeiter eingestellt. Da sich diese Leute gleich von der ersten Stunde an sehr nazistisch gebärdeten, kam es bald zu Auseinandersetzungen mit der übrigen Belegschaft. Die Folge davon war, dass etliche Arbeiter dieser Firma bei der Gestapo denunziert wurden. Daraufhin verlangte die alte Belegschaft die Entlassung der Sudetendeutschen mit der Begründung, dass sie nicht zulassen könnte, dass der Arbeitsfriede durch Kriegshetzer, Lohndrücker und Spitzel gestört werde. Der Betriebsführer versuchte zu vermitteln. Schliesslich kam man überein, dass die Sudetendeutschen in gesonderten Sälen arbeiten, um so eine Berührung mit der alten Belegschaft zu verhindern. Diese zwei Sondersäle werden von der SS überwacht.

Bayern: Die Agfawerke, ein Rüstungsbetrieb in München, haben einen neuen Zubau begonnen, der zur Erweiterung der Abteilung für Granatzünder bestimmt ist. Für diesen kriegswichtigen Bau ist auch das Material bereitgestellt. Für die Belegschaftserweiterung kommen nur Frauen in Betracht.

In diesem Betrieb ist seit Anfang Juli die Ueberwachung verschärft worden. Die Arbeiter der verschiedenen Abteilungen dürfen ohne Genehmigung des Abteilungsleiters nicht in andere Abteilungen gehen. Bei vielen jüngeren Frauen wurden Erhebungen über ihren Privatumgang eingezogen. Die Werkschutzangehörigen haben Auftrag erhalten, Gespräche ihrer Arbeitskollegen weiter-

zugeben, soweit es sich um politische Bemerkungen handelt. Als Hitler nach Rom fuhr, haben sich einige Arbeiterinnen über die Achse lustig gemacht. Anderntags wurde eine Arbeiterin zur Betriebsleitung gerufen, wo man von ihr den genauen Hergang des Gesprächs wissen wollte. Sie erhielt einen strengen Verweis und der Betriebszellenobamn hielt ihr einen Vortrag, dass man die Italiener allgemein falsch einschätze.

Bisher bestand die Anweisung, dass ehemalige politische Gefangene, selbst wenn sie Spezialarbeiter sind, nicht in die Rüstungsbetriebe aufgenommen werden durften. Vor einiger Zeit hat man sich offenbar infolge des immer stärker werdenden Facharbeitermangels entschliessen müssen, auch Arbeiter einzustellen, die früher in Linksparteien politisch tätig waren. So sind uns bisher 13 Fälle bekannt geworden, in denen Arbeiter, die in Dachau waren, in Rüstungsbetriebe aufgenommen wurden. Einige davon kamen sogar in Abteilungen von besonderer militärischer Bedeutung. Sie mussten, wie üblich, die Reverse unterschreiben und den Schweigeeid ablegen. Es ist jedoch festzustellen, dass diese Arbeiter unter einer besonders strengen Kontrolle stehen.

Südwestdeutschland: Die Berichterstattung aus den Betrieben stösst auf ausserordentliche Schwierigkeiten, weil den Arbeitern in den Betriebs-Appellen immer wieder gesagt wird, dass jede Mitteilung aus dem Betrieb Landesverrat sei. Werde eine solche Mitteilung fahrlässig gemacht, dann werde sie mit Zuchthaus geahndet, geschehe sie absichtlich und aus eigennützigen Motiven, so stehe die Todesstrafe darauf. Diese fortgesetzten Drohungen wirken ausserordentlich stark. Es ist heute sehr schwer geworden, sich mit Arbeitern über die Betriebsverhältnisse zu unterhalten. Selbst ein guter Bekannter antwortet einem auf die Frage: "Was schaffst Du?": "Das darf ich Dir nicht sagen, erst letzte Woche hat man uns wieder eingeschärft, dass wir niemandem sagen dürfen, was wir machen!"

Bezeichnend ist auch folgendes Beispiel: Ein Arbeiter kommt dazu, wie bei einer Fabrik Kupferstäbe abgeladen werden. Er fragt einen der Arbeiter: "Was macht Ihr denn damit?" Der Arbeiter antwortet lakonisch: "Damit kann man vieles machen!" Darauf entgegnet der Fragende: "Ach, ich weiss, das gibt Verschlüsse auf die Sachen, die wir machen!" (Er meint Verschlüsse für Granaten). Der andere aber entgegnet nur: "Das kann sein", und damit hat die Unterhaltung ein Ende gefunden.

Mitteldeutschland: In den rüstungswichtigen Betrieben ist die Angst vor Spionage sehr gross. Ueberall hängen grosse Bilder. Sie zeigen einen Arbeiter, der den Finger auf den Mund legt. Am Schwarzen Brett werden die Urteile ausgehängt, die wegen des Verrats von Werkgeheimnissen gefällt worden sind. Da liest man von zwei Jahren Gefängnis und mehr. Manche Arbeiter sind so eingeschüchtert, dass sie die harmlosesten Dinge nicht mehr zu erzählen wagen. In einem rüstungswichtigen Betriebe der chemischen Industrie, der nur Rohstoffe liefert, wissen die Arbeiter z.B. selbst nicht, ob das Salpeter als Düngemittel vertrieben oder an Rüstungsfabriken geliefert wird. Also schweigen sie ganz.

A 63

Berlin: In der Werkzeugmaschinenfabrik Stock A.G. in Berlin-Marienfelde sind unter der Beschuldigung des Verrats von Betriebsgeheimnissen aus der Dreherei und der Montageabteilung fünf Metallarbeiter und drei Meister von der Gestapo verhaftet und schliesslich ins Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht worden. Das ist bei dieser Firma der zweite Fall (die erste Verhaftungsserie von Meistern ereignete sich im Monat Juli), dass Betriebsangehörige mitten aus der Arbeit heraus von Gestapo abgeführt wurden und im Konzentrationslager verschwinden.

Wenn als Grund der Verhaftungen in einem Werksanschlag Verrat von Betriebsgeheimnissen angegeben worden ist, so spricht vieles dafür, dass eine solche Beschuldigung nur ein Vorwand ist. Soweit die Stock A.G. Heeres- und Marineaufträge ausführt, handelt es sich nur um die Produktion von Geschützteilstücken und Schiffsmaschinenteilen. In dem erwähnten Werksanschlag wird nämlich unter einem riesigen "Warnung!" gesagt, dass die Verhafteten unter Umständen ein Verfahren wegen Landesverrats zu gewärtigen hätten, weil sie "ins Einzelne gehende Angaben über die Werksproduktion" gemacht hätten. Die Geschütz- und Schiffsmaschinenteilproduktion dieser Firma betrifft keinerlei Stücke, denen irgendwelche technischen oder sonstigen Geheimnisse anhaften. Allerdings hat die Werksleitung schon vor Jahren bei der Hereinnahme der ersten grösseren Rüstungsaufträge in einem ziemlich allgemein gehaltenen Anschlag darauf hinweisen lassen, dass "Gespräche ausserhalb des Werks über Produktions- und Betriebsvorgänge unstatthaft" seien und "eventuell unangenehme Folgen haben" könnten.

Hat die Belegschaft schon in den sommerlichen Verhaftungen eine Massnahme der Betriebsgestapo zur Abwehr einer Reihe sehr energisch vertretener Lohn- und sozialhygienischer Forderungen gesehen, so dürften solche Gründe auch für die letzten Verhaftungen massgebend gewesen sein. Mit der Hereinnahme von Heeres- und Marineaufträgen ist das Arbeitstempo unter Ausserachtlassung aller sozialhygienischen Selbstverständlichkeiten immer weiter heraufgeschraubt worden. Gegen diese Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und des Lohnes erhoben die Arbeiter in grosser Zahl Vorstellungen bei den Meistern, und zwar buchstäblich bei jeder Lohnzahlung aufs neue. Offenbar haben die Meister gegenüber solcher "Sabotage" "versagt" und deshalb wurden sie verhaftet.

Aber trotz dieser Verhaftungen hörte der Kampf gegen die obendrein weiter herabgesetzten Akkordsätze in der Stock-A.G. nicht auf. Doch so eifrig die Werksspitzel auch nach "Rädelsführern" herumschnüffelten, sie fanden nie, was sie suchten. Denn es gab und gibt in der Tat keine "Rädelsführer" bei dieser Abwehrbewegung. So hat man denn von den üblichen Gesichtspunkten ausgehend, im übrigen aber blind zugegriffen. Denn von den drei Meistern gehörten früher zwei dem Werkmeister-Verband an, während die fünf Metallarbeiter alte Gewerkschafter und vier von diesen Funktionäre des Metallarbeiter-Verbandes waren. Von den insgesamt -im Sommer und jetzt- Verhafteten gehörte der überwiegende Teil der Sozialdemokratischen Partei als langjährige Mitglieder an. Alle diese Dinge sprechen dafür, dass die Verhaftungen eine "geführte" Lohnbewegung "kopflos" machen sollen und nicht aus Gründen des Verrats von Betriebsgeheimnissen erfolgt sind.

Wasserkante: Unter den Arbeitern der Heinkel-Flugzeugwerke in Rostock und Warnemünde, in denen an sich gute Lohnverhältnisse und allerlei Sondervergünstigungen bestehen, ist die Stimmung für das Regime nicht günstig. Es finden dauernd Verhaftungen statt. Bei 5.000 Beschäftigten pro Schicht, gibt es fast jeden Tag Verhaftete, die man ein bis zwei Tage behält, dann entweder wieder freilässt oder an die Gestapo abgibt.Die Haft spricht einfach der Werkskommandant aus, der Werkspolizei und Werksfeuerwehr kommandiert. Er war früherer Polizeikommandant in Stettin. Das Werk unterhält ein eigenes Polizeihaus, das 2o Plätze hat und fast immer ganz gefüllt ist. Die Verhaftungen erfolgen meistens auf Grund von Denunziationen, die an der Tagesordnung sind, da die ganze Belegschaft mit Spitzeln aller Art durchsetzt worden ist. Die ganze Atmosphäre, unter der hier gearbeitet werden muss, ist drückend und deprimierend.

Danzig: Bei einer Baufirma war ein Arbeiter morgens etwas angeheitert zur Baustelle gekommen. Früher hätte man den Mann nicht arbeiten lassen, und zwar mit Recht. Er hätte am nächsten Tage wieder seine Arbeit antreten können und nur den Lohn für einen Tag verloren. Heute ist das anders geworden. Der Mann verlor nicht nur den einen Arbeitstag, er sollte auch noch 30 Gulden Busse an die Arbeitsfront zahlen. Der Arbeiter wollte sich anfangs weigern. Aber es wurde ihm erklärt, dass er dann sofort entlassen und nach Deutschland vermittelt würde. Das ist die Drohung, die jeder Danziger Arbeiter am meisten fürchtet. Am nächsten Tage wollte er also nachgeben und willigte in die Zahlung der 30 Gulden ein. Der Arbeiter hatte sich der Hoffnung hingegeben, dass er die Strafe nach und nach würde abarbeiten können. Doch er irrte sich. Es wurde ihm erklärt, dass er die Strafe sofort zahlen müsse, andernfalls er nicht mit der Arbeit beginnen könne. Der Mann musste tatsächlich zu Verwandten gehen, um sich die für ihn erhebliche Summe zusammen zu pumpen. Als er mit den 30 Gulden erschien, durfte er weiter arbeiten.

In einem anderen Danziger Betrieb hatte ein Arbeiter ohne Urlaub den Dienst einige Stunden versäumt. Er konnte keine Krankheit nachweisen. Die Arbeitsversäumnis betrug 6 Stunden. Der Betriebsobmann erklärte dem Arbeiter, er habe offenbar die Arbeit nicht nötig. Er werde deshalb beim Betriebsführer dafür eintreten, dass er bestraft werde. Er solle nicht um die Arbeit gebracht werden, aber er könne inzwischen ein paar Tage Rüben ziehen gehen, das habe erzieherischen Wert für ihn. Der Arbeiter erhielt tatsächlich die Entlassung mit dem Bemerken, er könne in 4 Wochen wieder anfangen. Er ging zum Arbeitsamt, das von der Arbeitsfront schon verständigt worden war und ihn sofort aufs Land als Landhelfer vermittelte.

5) Die Werkscharen

Die Nationalsozialisten wissen, dass sie es mit dem Terror in den Betrieben allein nicht schaffen. Von Anfang an haben sie sich deshalb bemüht, die Arbeiter in den Betrieben organisatorisch in

einer Weise zu erfassen, die das Wiedererstarken der Solidarität und Aktionen des gemeinsamen Widerstands unmöglich macht. Zunächst haben sie es mit der NSBO, der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation versucht; sie ist sang- und klanglos eingeschlafen. Dann sollte es die Arbeitsfront schaffen; aber sie ist ein Riesenverein geworden, der wegen seiner Grösse und seines Zwangscharakters immer nur eine Rahmenorganisation bleiben konnte. Gleichzeitig wurden die Vertrauensräte ins Leben gerufen; die Erfahrungen mit ihnen waren so schlecht, dass man Vertrauensratswahlen seit drei Jahren hat ausfallen lassen. In diese Reihe gehören auch die Werkscharen und es scheint, dass sie ebensowenig Erfolg haben werden.

Wir haben von Anfang an über die Einrichtung der Werkscharen berichtet (vgl.Nr.11/1935,S.A 78 ff.Nr. 4/1936,S.A.86 ff.usw.) Welche konkrete Aufgabe ihnen gestellt ist, ist bis jetzt nicht deutlich geworden. Ley hat sie anfänglich als "SA der Betriebe" bezeichnet. Da aber die SA selbst sehr an Ansehen verloren hat, nennt er sie neuerdings einen "Stosstrupp des Nationalsozialismus innerhalb der Betriebsgemeinschaft". Die Werkscharen sind militärisch organisiert, ihre Führer sollen SA-Führer sein. Sie sollen die "Betriebsgemeinschaft" organisieren, d.h. Kameradschaftsabende "gestalten", am Leistungskampf der Betriebe und am Reichsberufswettkampf mitwirken, am Werkluftschutz teilnehmen, ihre Arbeitskollegen beaufsichtigen usw.In Anlehnung an das Volkswagenwerk Fallersleben soll ein Werkscharlager für 20.000 Mann entstehen, in dem die Werkscharmänner für ihre Aufgaben "geschult" werden sollen. Aus den nachfolgenden Berichten ist ersichtlich, dass die Arbeiter bisher den Werkscharen ebensoviel Misstrauen und Ablehnung entgegenbringen wie allen ihren Vorläufern. Auch die Werkscharmitglieder selbst haben die Sache schon sattbekommen.

Schlesien, 1.Bericht: Bei der Firma X. Ziegelei und Maschinenbau, ist es vor kurzem anlässlich einer Betriebsversammlung zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Werkschar und dem Betriebsführer gekommen, weil sich die 45 Mann starke Werkschar geweigert hatte, bei 10-stündiger täglicher Arbeitszeit jede Woche 2 bis 3 mal Uebungen abzuhalten. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht Werksappelle, Luftschutzübungen, Instruktions-

stunden usw. stattfinden. Da durch den ständigen Akkordabbau das Arbeitstempo sowieso sehr gesteigert ist, ist jeder Arbeiter froh, wenn er nach Arbeitsschluss heimgehen kann. Die Dienstverweigerung hatte auch ihren Grund darin, dass man die zugesicherte Extrabezahlung bisher noch nicht erhalten hat. In der Betriebsversammlung gingen der Betriebsführer und der Kreisleiter scharf ins Zeug. Sie beschimpften die Werkschar als feiges Gesindel, Verräter usw. und erinnerten sie an ihren Eid. Die Arbeiter liess man nicht zu Worte kommen, so dass die Zwischenrufe immer zahlreicher und kräftiger wurden. Schliesslich liess man die Gestapo rufen. Als diese erschien, ging das Theater von neuem los. Es gab erneut Zwischenrufe, wie: "Wir wollen ja nur das, was man uns versprochen hat" - "Nennt man das Sozialismus" usw. Die Versammlung wurde daraufhin kurzerhand geschlossen und vier Mann der Werkschar wurden als Rädelsführer verhaftet. Allen anderen wurde der Betriebsausweis abgenommen. Seitdem besteht keine Werkschar mehr und die übrigen 41 Mann will man zwangsweise nach dem Westen zu Festungsbauten schicken.

2.Bericht: Auf der Redenhütte, Hindenburg, hat der Eifer der Werkscharmänner immer mehr nachgelassen, so dass sich der Stosstruppführer vor kurzem genötigt gesehen hat, folgende schriftliche Mahnung ergehen zu lassen:

Werkschar Redenhütte Hindenburg den 1. November 1938.
No. 35

Werkschar = Redenhütte.

Seit letzter Zeit habe ich die Feststellung machen müssen, daß unter den Werkscharmännern eine unverantwortliche Gleichgültigkeit und Lauheit eingetreten ist, denn der eine Dienstabend in der Woche wird nicht so besucht, wie es sich eines Werkscharmannes geziemt.

Die Werkschar ist eine Gemeinschaft von nationalsozialistischen Kämpfern und hat ein stets einsatzbereiter Stoßtrupp für den Nationalsozialismus im Betrebb zu sein.

Dies scheint der größte Teil von Euch Werkscharmänner vergessen zu haben und so will ich Euch hiermit an Eure Pflichten erinnern, die Ihr als Soldaten Adolf Hitlers zu erfüllen habt.

Ich bin der Meinung, daß ich KE mit Männern zu tun habe u. nicht mit Memen und erwarte, daß am morgigen Dienstappell

Mittwoch den 2. November 1938 18,00 Uhr

restlos alles zur Stelle ist, u.z. Stoß= u. Werktrupp.

Diejenigen Werkscharmänner von denen und noch die Licht= bilder für das Dienstbuch fehlen, haben diese umgehend zu besorgen und abzugeben. Für den morgigen Abend besteht keine Uniformpflicht.

Heil Hitler!

Stoßtruppführer.

Sachsen: In der Metallfabrik ... ist neuerdings auch eine Werkschar gebildet worden. Während man früher nur jugendliche Arbeiter zum Beitritt aufforderte, wendet man sich jetzt auch an ältere Gefolgschaftsmitglieder. Zwischen den einzelnen Betrieben ist eine Art Arbeitsgemeinschaft geschaffen worden, die sich um die Volksgemeinschaft bemühen soll. Es werden gegenseitige Besuche von Werksanlagen und gemütliche Abende veranstaltet, anschliessend soll sich jeder darüber äussern, welche Einrichtungen im anderen Betriebe ihm besser gefallen haben usw.

In der Firma X. in Y. ist jetzt eine Werkfrauenschar gegründet worden. Die Uniform besteht aus weisser Bluse, hellblauem Rock und blauer Jacke. Die Werkfrauenschar beschäftigt sich z.Zt. mit Tanz, Spiel und Sport. Die Firma hat sich um die Bezeichnung "Nationalsozialistischer Musterbetrieb" beworben.

Südwestdeutschland: Die Werkscharen sind seit einiger Zeit so gut wie eingeschlafen, weil sich niemand mehr beteiligt. Alle Bemühungen haben nichts geholfen, die Leute wollen einfach nicht mehr. Das einzige, was bei den jungen Leuten noch etwas zieht, sind die Betriebs-Fussballclubs. Sie würden sowieso spielen und müssten das Geld für die Bälle sonst selbst zusammenbringen.
In verschiedenen Fabriken sind die Leute deshalb bei der Fabrikfeuerwehr, weil sie sich auf diese Weise vor dem Beitritt zur Werkschar drücken können.

6) Einzelberichte

Südwestdeutschland:

Aus einer badischen Spinnerei: Am 15. Oktober hätte bei dieser Firma ein Betriebsausflug stattfinden sollen. Am Tage vorher war Zahltag. Punkt Zwölf Uhr wurde auf dem Fabrikhof ein Be-

triebsappell abgehalten. Auf der Verladerampe stand der Betriebsführer, umgeben von den Nazifunktionären, alle mit Sammelbüchsen in der Hand. Der Betriebsführer sprach dann von der Dankbarkeit, die alle haben müssten, dass sie dank dem Führer, den Gott uns erstehen liess, Arbeit hätten. Deshalb müssten sie auch an dem Winterhilfswerk mithelfen, soviel sie könnten. Dann teilte er mit, dass der Betriebsausflug zu Gunsten der Sudetendeutschen ausfalle. Wer von der Belegschaft dagegen sei, solle die Hand erheben, und da natürlich niemand das tat, erklärte er mit einem recht üblen Lächeln im Gesicht: "Also einstimmig angenommen", worauf ein Gelächter unter der Belegschaft ausbrach, das den Betriebsführer sofort über die wahre Stimmung des grössten Teils der Belegschaft aufklärte. Dieses Lachen war ein Gemisch von Erbitterung, unterdrücktem Widerstand und Protest. Wir Alten waren selbst erstaunt darüber, nach alledem, was wir sonst bei dieser Belegschaft schon an Feigheit haben erleben müssen.

Auf der Völklinger Hütte (Röchling A.G.) hat ein aus Geislautern stammender Arbeiter den aus dem gleichen Ort stammenden Meister auf der Arbeitsstelle erschossen, um sich dann selbst zu entleiben. Die Ursache war, dass der Nazimeister den ehemaligen Nazi im Betrieb schikanierte, wo nur immer die Möglichkeit dazu gegeben war.

Von einer Festungsbaustelle: Die Antreiberei ist sehr stark, aber es wird trotzdem viel gebummelt. Viele Arbeiter arbeiten ganz selbständig, oft allein, meist zu zweit, so dass man gut bummeln kann, wenn man einig ist. Zur Zeit geht es langsam vorwärts. Während der kritischen Tage liessen auch die eifrigen Nazis vor lauter Angst bös die Köpfe hängen. Erst als die Gefahr vorüber war, wurden sie wieder frech.

In unserem Baugebiet wurden zwei ältere Leute verhaftet, weil sie gesagt haben sollen, durch den Krieg würden wir den Hitler los. Wo die Leute hingekommen sind, weiss bis jetzt niemand. Wegen jedem Dreck wird mit Dachau gedroht. Auch unter den Festungsarbeitern gibt es solche, die schon dort waren. Sie erzählen keine Einzelheiten, aber schon aus ihren Gebärden ist zu entnehmen, dass es dort furchtbar sein muss. Dieses Schreckmittel übt eine starke Wirkung aus. Trotzdem konnten wir durch das solidarische Verhalten ganzer Gruppen auch schon manche Verbesserung durchsetzen. Die Zahl der Kranken ist enorm und wäre noch viel grösser, wenn regnerisches und kaltes Wetter vorherrschen würde. In den Zeitungen werden ständig die sauberen und zweckmässigen Unterkünfte beschrieben. Das sind aber Ausnahmen. Im allgemeinen sind die Leute sehr schlecht untergebracht, wozu dann noch die eintönige Verpflegung kommt. Momentan gibt es, wenn es überhaupt Fleisch gibt, nur Rindfleisch und Fisch. Von dem reichlichen Fett, das in den Zeitungen so schön beschrieben ist, merkt man nicht viel. Die vielen Lagerbesucher, die so schön in den Zeitungen schreiben können, weil sie von den Offizieren oder Unternehmern belogen werden, haben gar keine Ahnung von der wirklichen Stimmung. Wenn einer auf Kommando in der Kantine Ziehharmonika spielt oder wenn gar auf Verlangen gesungen wird, um den Besuchern "Stimmung" vorzutäuschen, dann ist

nichts von der wirklichen Haltung der Leute zu merken. In Wirklichkeit geht aus allen Unterhaltungen hervor, dass die Mehrzahl mit diesen Zuständen sehr unzufrieden ist und sich wieder nach normalen Zeiten sehnt, wo die Leute zuhause ihrer üblichen Beschäftigung und ihren sonstigen Liebhabereien nachgehen könnten. "Das ist doch kein Leben mehr und wozu brauchen wir das alles, es will uns doch niemand etwas tun".

In der Hallberger Hütte (4.000 Beschäftigte) wurden wegen eines Trauerfalls Ueberstunden angeordnet. Eine Schicht hatte 4 Stunden länger zu arbeiten. Die Nazis versuchten auch die früheren Gewerkschaftler für einen Protest zu gewinnen. Diese aber erklärten höhnisch, der Klassenkampf sei abgeschafft und in der Volksgemeinschaft sei es nicht üblich, gegen erteilte Befehle zu meckern. Nun gerieten die Nazis untereinander in Streit, der so weitging, dass die vorgesetzten Stellen eingreifen mussten und Strafmassnahmen angekündigt haben.
Facharbeiter in diesem Betrieb gehen in der Woche mit 25 bis 35 RM nachhause. Unter der Arbeiterschaft herrscht grosse Enttäuschung, Kritik aber nur in vertrautem Kreis, und grosse Angst vor Denunziationen. Zahlreiche Unglücksfälle, auch mit tödlichem Ausgang. 4 Tote innerhalb 3 Wochen.

In einer Maschinenfabrik mit rund 2.000 Arbeitern, die auch Rüstungsaufträge hat, herrscht trotz guter Beschäftigung und grosser Betriebsausdehnung schlechte Bezahlung und Behandlung der Arbeiter. Akkord- und Zeitlöhne wurden wiederholt direkt und indirekt abgebaut. Facharbeiter gehen mit 30 bis 35 RM nachhause. Grosse Unzufriedenheit herrscht über die enormen Abzüge. Im allgemeinen aber scheinen die Arbeiter alle Hoffnung auf eine Besserung verloren zu haben. Unter dem Druck des Denunziantentums können sie nicht solidarisch handeln. Die neuen Arbeiter kommen vom Lande und sind mit allem zufrieden, weil es sich für sie um einen Nebenverdienst handelt. Der 8-Stunden-Tag existiert nicht mehr.

In einer anderen Maschinenfabrik, mit etwa 500 Arbeitern, herrscht wegen starken Exportrückgangs trotz Exportprämien schwankende Arbeitszeit zwischen 32 und 48 Stunden. Das Arbeitstempo ist sehr gesteigert worden durch ein raffiniertes Kontrollsystem. Völlige Rechtlosigkeit der Arbeiter, bei passivem Verhalten der DAF, die nur Beiträge einzieht. Häufige Störungen durch Rohstoffschwierigkeiten. Nur für den Export wird das alte Material unverändert verwendet. Für den Inlandsbedarf wird ständig experimentiert. Schwierigkeiten infolge der notwendig gewordenen Umstellung in den Abnehmerindustrien, die sich mit zahlreichen Ersatzstoffen behelfen müssen, an die dann die Maschinen anzupassen sind. Nachahmung amerikanischer Modelle, um Einfuhr zu drosseln.

Eine dritte Maschinenfabrik, mit rund 600 Arbeitern, hat Hochkonjunktur. Trotzdem ist die Bezahlung schlecht. Facharbeiter kommen nur auf 60 Pfg., Rohstoffmangel bedingt oft Arbeitsunterbrechungen. Die Firma liebt den DAF-Rummel, Appelle, Betriebskonzerte, Ausflüge, Betriebsfeiern und lässt sich dann als sozialer Betrieb preisen.

Bayern:

MAN-Augsburg: In allen Dieselabteilungen wird mit Hochdruck gearbeitet. Vom Rotations- und Druckmaschinenbau sind ein grosser Teil der Arbeiter zu den Dieselabteilungen versetzt worden. Ebenso wurden von der Abteilung Riedinger (Flakerzeugung) Arbeiter zum Dieselbau abkommandiert.

Die Lieferfristen für Heeresaufträge sind verkürzt worden. Die im Bau befindlichen schweren Motoren müssen auf schnellstem Wege fertiggestellt werden. Der im April von Admiral Raeder besichtigte neue Grossdiesel -es wurde eigens zu diesem Zweck ein Modell in Originalgrösse ausgeführt- wird nach Genehmigung des Ministeriums in einer grösseren Anzahl, man spricht von 40 Motoren, hergestellt werden. Der besondere Vorteil dieses Motors besteht darin, dass die beiden Diesel im Schiffskörper nicht hintereinander, sondern nebeneinander untergebracht werden können.

In der Geräteabteilung bei Riedinger (MAN) sind die vier neuaufgestellten Drehmaschinen voll im Betrieb. Die Arbeit wird hauptsächlich von Frauen geleistet.

Die Exportaufträge gehen weiterhin zurück. Derzeit arbeitet der Betrieb zu zwei Dritteln auf Heeresaufträge.

Ende Juli ist der grosse Investitionsplan bekanntgegeben worden, nachdem bis Ende nächsten Jahres Betriebsverbesserungen und Neubauten im Betrage von 40 Millionen Mark vorgenommen werden sollen.

Mit dem Bau eines grossen Luftschutzkellers für die Belegschaft wurde jetzt begonnen. Ausserdem wurden auf Befehl der Heeresstellen für die ganze Belegschaft Gasmasken angeschafft, die der Betrieb zu bezahlen hat. Die Masken bleiben Eigentum des Betriebes und dürfen von den Arbeitern nicht nach Hause genommen werden.

Vor einiger Zeit wurde eine grosse Steuerhinterziehung aufgedeckt, die dem ersten Direktor den Posten kostete. Durch die häufige Ueberstundenarbeit begünstigt, sind falsche Lohnsummen in die Bilanz eingesetzt worden, vor allem wurden riesige Beträge für Ueberstundenleistungen ausgewiesen, die aber nicht ausbezahlt worden sind. Die ganze Angelegenheit wurde vertuscht. Bei einem Betriebsappell wurde die Arbeiterschaft ermahnt, den unwahren Nachrichten über angebliche Misstände bei der Lohnverrechnung keinen Glauben zu schenken. Bei diesem Appell wurde auch zur grossen Freude der Belegschaft mitgeteilt, dass im Ausland über den Betrieb unwahre Nachrichten in Umlauf gesetzt worden seien. Der Betriebszellenobmann griff die Sache auf und drohte mit der Gestapo, wenn so etwas noch einmal vorkommen sollte. Er gab leider nicht zu verstehen, wie man sich eine Ueberwachung vorstellte, die imstande wäre, die Nachrichtenübermittlung aus dem Betriebe zu unterbinden.

Kürzlich wurden die Stechuhren verlegt. Früher waren sie beim Pförtnerhaus, jetzt hat man sie ca. 200 Schritte abseits beim Betriebsgebäude angebracht. Die Arbeiter protestierten gegen diese Verlegung, die ihnen einen unnützen Umweg aufnötigte, indem sie einige Tage hindurch vor Beginn und nach Schluss der Arbeit die Kontrolluhren nicht benutzten. Darauf berief die

Betriebsleitung einen Appell ein, auf dem der Oberingenieur erklärte, dass die Verlegung der Uhren aus betriebstechnischen Gründen erfolgt sei. Falls die Arbeiter ihre Protestaktion nicht einstellten, müsste die Betriebsleitung die Polizei zu Hilfe rufen: "Es nützt Ihnen ja doch nichts, sich gegen die Betriebsleitung aufzulehnen. Sie hat Mittel genug, um ihren Anordnungen Respekt zu verschaffen". Die Arbeiter sahen die Aussichtslosigkeit ihres Protestes ein und heute ist die Sache wieder eingerenkt, aber nicht vergessen. Die versteckte Drohung des Oberingenieurs gab vielen zu denken. Es war die offizielle Bestätigung von kompetenter Stelle, dass die Belegschaft überhaupt nichts zu sagen hat. Die Nazianhänger regten sich noch mehr auf als die anderen. Solche Vorkommnisse tragen mehr zur Ernüchterung bei als grosse Diskussionen.

Die allgemeine Stimmung im Betrieb wird von der Tatsache beherrscht, dass man sich bei der Fülle der Probleme überhaupt nicht mehr informieren kann. Die meisten der Arbeiter, auch wenn sie keine Nazis sind, kennen sich nicht mehr aus. Die Berichte, die man über Auslandssender bekommt, ändern dieses Grundübel nicht. Obwohl immer noch fleissig die ausländischen Radiomeldungen verfolgt werden, haben sie immer weniger Wirkung. Das gilt besonders für den russischen Sender. Der Arbeiter sieht täglich, wie sich alles auf eine letzte Auseinandersetzung vorbereitet, und das bestimmt seine politische Haltung, wenn man von einer solchen überhaupt reden kann. Von dem Augenblick an, wo im Betrieb zum ersten Male eine grosse Fliegerbombe zu sehen war und die Arbeiter mit scheuem Staunen dieses Todesinstrument betrachteten und im ganzen Betrieb ein Flüstern über die neue Produktion einsetzte, bis zum heutigen Tage, wo fast ausschliesslich für den Krieg gearbeitet wird und die übrige Produktion des Betriebes (Brücken, Werksanlagen und Rotationsmaschinen) vollständig in den Hintergrund getreten ist, ist ein weiter Weg, der auch die Empfindungen der Menschen abgestumpft hat. Alles arbeitet für den Krieg, Tag und Nacht. Wer soll ihn verhindern? Wenn es die Welt nicht tut, die Arbeiter können es nicht. So schickt man sich in das Los und wird fatalistisch. Das ist gerade der Zustand, in dem man mit den Arbeitern machen kann, was man will. Dazu kommt noch die straffe Durchorganisierung des Betriebes. Man kennt heute genau die Gesinnung jedes Einzelnen und Versuche, im Betriebe politische Diskussionen zu beginnen, würden sehr rasch enden.

Lohnbewegungen und sonstige Arbeitsdifferenzen, wie sie einmal 1936 etwas stärker in Erscheinung traten, haben fast völlig aufgehört. Allerdings gibt es auch heute noch bestimmte Abteilungen im Betrieb, die wegen ihrer widerspenstigen Haltung bekannt sind. Das gilt z.B. von der Schweisserei. Dort hat es bis in die jüngste Zeit Differenzen gegeben.

Bei der Betriebsleitung liegen über 800 Entlassungsgesuche von Facharbeitern vor, so dass ein Anschlag herauskam, die weitere Einreichung von Gesuchen sei zwecklos. Der Betrieb könne derzeit keinen Mann entbehren.

Der Betrieb hat für den Kriegsfall bei der Militärverwaltung die ganze Belegschaft als unentbehrlich reklamiert. Diese Massnahme wurde ausgelöst durch die vielen Proteste älterer Arbeiter, die bei der Oesterreichmobilmachung als Reservisten eingezogen wurden, während junge Leute im Betrieb verblieben.

BMW., München: Die im Frühjahr begonnene Werksanlage bei Allach wurde in Betrieb genommen. Alle Werkstätten sind unterirdisch und nach den neuesten Erfahrungen der Serienproduktion ausgestattet. Zur Zeit wird nur in einigen Abteilungen gearbeitet, für die man die Arbeiter aus dem Stammwerk besonders gesiebt hat. Politisch Verdächtige, oder solche, die sich im Betrieb einmal etwas haben zu schulden kommen lassen, werden in dem neuen Betrieb nicht beschäftigt.

Die Ueberwachung ist neu organisiert worden. Zu diesem Zweck wurden einige besonders verlässliche Werkschutzangehörige in einem 14-tägigen Schulungskurs von Gestapobeamten abgerichtet. Dieser Umstand ist allen Arbeitern bekannt und jeder wird bedauert, der in die neue Anlage abkommandiert wird.

Das Arbeitstempo wird ständig verschärft. Die Unfälle haben im letzten Halbjahr eine 30 %-ige Steigerung erfahren. In München heisst der BMW-Betrieb nur mehr die "Knochenmühle".

Bei der Betriebsleitung liegen an die 500 Entlassungsgesuche von Facharbeitern vor, die sich seit Monaten verändern wollen. Keiner darf den Betrieb verlassen.

Kraus-Maffei-Werke, München-Allach: Der Betriebsluftschutz umfasst zwei Drittel der Belegschaft. Darunter auch viele Frauen. Im letzten Jahre wurden drei grosse Luftschutzkeller angelegt, die aber nur für ein Drittel der Belegschaft ausreichen. Alle 14 Tage findet jetzt eine Luftschutzübung statt. Es bestehen Entgasungs-, Gasspür-, Feuerlösch- und Sanitätstrupps, die meist von Mitgliedern der Berufsfeuerwehr ausgebildet werden. Die Uebungen, bei denen Tränengas abgelassen, Bombeneinschläge und dergleichen imitiert werden, stehen ebenfalls unter der Leitung von Funktionären der Feuerwehr. Die Angehörigen der einzelnen Trupps sind mit Stahlhelm, Militärgasmaske und Spezialgasmaske ausgerüstet. Zu Beginn der Ausbildung wird besonders darauf hingewiesen, dass alle Angelegenheiten des betrieblichen Luftschutzes als militärisches Geheimnis zu betrachten sind. Die Weiterverbreitung der Nachrichten darüber gilt als Landesverrat. Trotz der vielseitigen Uebungen ist man über das Funktionieren des Luftschutzes im Ernstfalle sehr skeptisch.

Papierwarenfabrik in der bayerischen Provinz: Der Betrieb stellt Papiertüten her. Vor einiger Zeit sind dreimal Störungen eingetreten, weil das Rohmaterial nicht geliefert werden konnte. Einmal musste der Betrieb zwei und einmal drei Tage stehen. Diese Tatsache wird in der Arbeiterschaft eifrig besprochen, da solche Stockungen nicht einmal während des Krieges zu verzeichnen waren. Für den Lohnausfall wurde keine Vergütung bezahlt. Der Betriebsleiter, der sonst bei den Arbeitern sehr beliebt ist, gab zu verstehen, dass die Schuld nicht bei ihm, sondern bei anderen "mächtigen"Stellen der Wirtschaft liege.

Sachsen:

In dem Steinbruchbetrieb in X. schwanken die Löhne zwischen 15 und 45 RMk brutto pro Woche. Die Neueingestellten verdienen nicht mehr als wöchentlich 25,- RMk brutto. Lediglich die alte Belegschaft erreicht einen Lohn von 30 bis 45 RM. Diese Löhne werden aber nur im Akkord verdient. Jeder Arbeiter versucht, den anderen zu übervorteilen, um so seinen Lohn etwas zu steigern. Nach den Sprengungen finden immer richtige Wettrennen statt, weil man verhindern muss, dass liebe Kollegen ihren Wagen schnell nur mit handlichen Steinen beladen. Aber auch morgens muss man sehr zeitig da sein, weil sonst die Gefahr besteht, dass die Kollegen den Vorrat von gestern in ihre Loren verschwinden lassen. Die Meister tun dagegen nichts. Bei Beschwerden zucken sie mit den Acheseln: "Da müsst Ihr eben aufpassen". Die Sudetendeutschen halten meistens das Arbeitstempo nicht aus. Die reichsdeutschen Arbeiter klagen über die Sudetendeutschen, weil sie durch ihre Methoden die Löhne drücken.

Im Elektrizitätswerk Hirschfelde kam es Ende September zu scharfen Zusammenstössen mit den dort beschäftigten Henlein-Leuten. Es gab direkte Raufereien, so dass die Gestapo eingreifen musste. Neun Leute wurden verhaftet.

Schlesien:

In der Maschinenfabrik Jauer, in der Granaten und auch Flugzeugteile hergestellt werden, wurden Ende August ein Techniker und zwei Dreher wegen Sabotage verhaftet. Die Angehörigen wissen bis zur Stunde nicht, wo sich die Verhafteten befinden. Als sich ein Angehöriger bei der Polizei erkundigte, gab man ihm zur Antwort, dass "man Saboteure einfach an die Wand stellen müsste".

Berlin:

In der Radiofabrik Lorenz sind durch die Befestigungsarbeiten und durch Einberufungen zur Wehrmacht 600 Arbeiter dem Betriebe entzogen worden. Da der Betrieb sehr stark beschäftigt ist, versucht die Betriebsleitung, an die freien Arbeitsstellen Frauen zu stellen. Zur Anlernung hat man bis jetzt die doppelte Zahl Frauen eingesetzt, als Männer ausgeschieden sind.

Rheinland-Westfalen:

In einem grossen Metallwerk versuchte ein Ingenieur seine Entlassung zu erreichen, weil er sich verbessern konnte. Die Entlassung wurde aber abgelehnt. Kurze Zeit später passierte ihm ein "Unglück", wobei eine wertvolle Maschine schwer beschädigt wurde. Ohne dass es ausgesprochen wurde, ist man davon überzeugt, dass es sich um Sabotage handelt. Der Mann ist daraufhin als Zeichner zu den Befestigungsbauten kommandiert worden.

Aus einem Brief eines Festungsarbeiters:"...Ich will es gleich vorwegnehmen. Das ging alles höllisch schnell mit dem

Transport. So mögen 1914 die Soldaten auch nach dem Westen gefahren sein, nur dass es wohl heute noch etwas schneller geht als damals. Es war eine tolle Stimmung in unserem Abteil. Allerdings gab es auch manchen, der nicht sehr begeistert schien. Wir waren Mecklenburger, Braunschweiger, Thüringer und Leute aus der Provinz Sachsen..

Als wir ausgestiegen waren, wurden wir vom Lagerkommandanten begrüsst, dann gab es Bier, Essen, Zigarren und 1 Mark Taschengeld. Es fing ganz gut an....

Dann fuhr der Autobus in ein stilles Waldtal ein. Die Sonne lag noch auf den Kuppen der Berge. Die Strasse bog hinunter in die schon dunkle Talsohle. Da war denn unser Lager vor uns.

Einteilung, Abtreten! Ich liege mit noch ein paar Leuten aus unserer Stadt und mit einigen Rheinländern in einer Lagerbaracke. Die Baracken sind die üblichen. Alles ist neu, weil zu diesem ausdrücklichen Zweck für die Festungsarbeiter hergerichtet. Es ist alles sehr einfach und manches ist primitiv. Natürlich gibt es eine Lagerordnung und unser Leben wickelt sich rein militärisch ab. Wir sind so richtige "Schipper".

Die ganze organisatorische Arbeit hat die DAF zu besorgen. Die Verpflegung wird durch die DAF und die NSV besorgt. Jeden Tag bekommen wir 1 1/2 Pfund Brot, 125 Gramm Wurst, 65 Gramm Butter, 125 Gramm Fleisch, 750 Gramm Kartoffeln und 250 Gramm Gemüse. Kaffee ist der übliche Soldatenkaffee. Wenn wir Nachtschicht haben -es wird in drei Schichten gearbeitet- kommt nachts ein Auto raus und bringt uns eine warme Mahlzeit. Bei Regenwetter gibt es auch manchmal ein kleines Fläschchen Weinbrand...

Wenn man bloss wüsste, wie die ganze Geschichte einmal ausgehen wird...

In meiner Gruppe befinden sich auch ein Textilarbeiter und ein Musiker. Denen fällt natürlich das Schippen, Mischen, Tragen und die andere Arbeit recht schwer. Aber sie müssen mit...

Ich habe drei Wochen Nachtschicht, weil ich Fachmann bin bei der Arbeit, die wir gerade auszuführen haben. Neben unserem Lohn bekommen wir noch sogenannte Trennungsgelder. Es ist nicht übermässig viel, aber es geht, weil die Verpflegung nicht zu teuer ist..."

Danzig:

Auf der Schichauwerft ist die Stimmung der Arbeiterschaft ausserordentlich schlecht. Dabei ist zu bemerken, dass dieser Betrieb am wenigsten von gesinnungsfesten früheren freien Gewerkschaftlern durchsetzt ist. Der Prozentsatz der Naziarbeiter ist hier ganz besonders hoch. In den letzten Wochen hat man morgens an den Wänden der Arbeitsräume mit Kreide angeschrieben wiederholt lesen können: "Gebt uns mehr Brot, sonst werden wir alle rot!" Ferner wurde an mehreren Stellen ein verhungerter Arbeiter angemalt, der zwischen den Füssen einen Totenschädel geklemmt hielt und unter dem der Satz stand: "Knochenmühle Schichau". Es ist zu beachten, dass auf der Schichauwerft in den letzten Monaten eine ganze Reihe von früher selbständigen Gewerbetreibenden, Handwerksmeistern, Invaliden usw. eingestellt worden sind.

III. Der Wohnungsbau im Dritten Reich

1) Wohnungsbau und Wohnungsbedarf

Das Hitlerregime rühmt sich in seiner Propaganda, im Wohnungsbau Unerreichtes vollbracht zu haben, und bemüht sich, zu verkleinern, was die Weimarer Republik auf diesem Gebiet geleistet hat. Die Ziffern der folgenden Tabelle entstammen dem Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung, 7. Jahrgang Nr. 9 vom 28.2. 1934 und "Wirtschaft und Statistik", 1938, 1. Juni-Heft. In der Aufstellung ist der jährliche Zugang an Wohnungen der fünf Jahre von 1927 bis 1931 und von 1933 bis 1937 einander gegenübergestellt.

1927	307.000	1933	202.000
1928	330.000	1934	319.000
1929	339.000	1935	264.000
1930	330.000	1936	332.000
1931	252.000	1937	340.000
	1.558.000		1.457.000

(Das Jahr 1932 ist in dieser Aufstellung nicht berücksichtigt, weil es ein besonders hartes Notjahr gewesen ist. Die sozialen Ausgaben des Reichs stiegen und die Einnahmen sanken. Daher mussten zur Deckung des staatlichen Finanzbedarfs Einnahmen herangezogen werden, die bis dahin für den Wohnungsbau verwendet worden waren. Infolgedessen sank 1932 die Zahl der neuerstellten Wohnungen auf 159.000)

Im ganzen sind also von 1927 bis 1931 100.000 Wohnungen mehr gebaut worden als 1933 bis 1937. Bei diesem Vergleich ist aber folgendes zu berücksichtigen:

1) In den Jahren nach 1933 ist ein wesentlich höherer Prozentsatz von Wohnungsumbauten enthalten als vor dem Umsturz.

2) Die Zahlen nach 1934 enthalten auch den Wohnungsbau im Saargebiet.

3) Nach dem Umsturz war der Wohnungsbedarf aus folgenden Gründen erheblich grösser als vorher:

a) In der Zeit der Wirtschaftskrise hatte sich ein grosser Wohnungsbedarf aufgestaut, der zur Befriedigung drängte, sobald sich die Arbeitslosigkeit verringerte.

b) Diese Entwicklung wurde von den Nationalsozialisten noch bewusst durch Förderung der Eheschliessungen und des Kinderreichtums gesteigert.

c) Die aus wehrpolitischen Gründen durchgeführte Industrieverlagerung schuf vor allem in Mitteldeutschland einen grossen zusätzlichen Wohnungsbedarf.

Auf diese Gründe ist es im wesentlichen zurückzuführen, dass der Fehlbedarf an Wohnungen heute sehr viel grösser ist als vor dem Umsturz. Ende 1932 wurde die Zahl der Haushaltungen ohne Wohnung auf 900.000 geschätzt, für Ende 1937 wird sie amtlich auf 1 1/2 Millionen beziffert. (Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung, 1938 Nr. 9). Ende Oktober hat Ley auf der Reichsarbeitstagung des Heimstättenamtes der Deutschen Arbeitsfront in Frankfurt am Main für das alte Reichsgebiet sogar eine Zahl von zwei Millionen fehlenden Wohnungen genannt.

2) Der Wohnungsbau vor dem Umsturz

In der Vorkriegszeit war der Wohnungsbau für die minderbemittelten Schichten arg vernachlässigt worden. Besonders in den Jahren unmittelbar vor Kriegsausbruch bestand zwar ein Ueberfluss an Wohnungen für die Wohlhabenden, aber ein wachsender Mangel an Wohnungen, die für die grosse Masse der Werktätigen erschwinglich waren. Das kam daher, dass damals der Wohnungsbau völlig den Bauunternehmern überlassen war und der Häuserbau entweder als Kapi-

dlsanlage oder als Objekt der Grundstücksspekulation be-
rieben wurde. Für beides aber war der Bau billiger Wohnun-
gen eine unrentable Anlage. Andererseits stand die öffent-
liche Wohnungsfürsorge noch in ersten Anfängen. An eine
staatliche Einflussnahme auf den Wohnungsbau war noch
nicht zu denken. Die Arbeiter wohnten zumeist in ungesun-
den und engen Räumen. Das Wohnungselend war eine typische
soziale Erscheinung dieser Zeit.

Der Stillstand der Bautätigkeit während der Kriegsjahre,
der plötzliche Rückstrom der Heeresmassen, das zähe Empor-
schnellen der Eheschliessungsziffern, die Steigerung der
Baukosten riefen nach dem Kriege einen gewaltigen Fehlbe-
trag an Wohnungen, besonders für die Minderbemittelten
hervor, den die Privatwirtschaft nicht befriedigte. Hier
setzte die staatliche Initiative ein. Die Republik hat sich
mit ihrer Wohnungsbaupolitik ein dauerndes Denkmal gesetzt.
Es entstanden in den Grosstädten, aber nicht da allein,
ganze Wohnviertel mit billigen und modernen Wohnungen,
die das Gesicht der deutschen Städte verwandelt haben. Dass
der Beendigung der Inflation schon nach zwei Jahren ein
Konjunkturaufstieg folgte, der vier Jahre anhielt, ist
zum nicht geringen Teil auf die gewaltigen Mittel zurück-
zuführen, die die öffentliche Hand in Gestalt von Darlehen
und Subventionen zur Linderung des Wohnungsmangels zur Ver-
fügung stellte. Von der Währungsstabilisierung bis zum
Ende des Rechnungsjahres 1930 wurden insgesamt 14,5 Milli-
arden RMk im Wohnungsneubau investiert, davon stammte der
weitaus grösste Teil, etwa 8 bis 9 Milliarden aus öffent-
lichen Mitteln. (Dr. Franz Fürth, Hauszinssteuer und Woh-
nungsbau in der "Wirtschaftskurve" der Frankfurter Zeitung,
Jahrgang 1930, Heft III.)

Der Zweck der Wohnungsbaupolitik der Weimarer Republik
war Wohnungsfürsorge für die grosse Masse derer, die die
Kosten menschenwürdiger Wohnungen aus ihrem Einkommen

1929 und 1930 der Wohnungsbau den grössten Teil der baugewerblichen Erzeugung ausgemacht hatte. Nach dem Bericht der Deutschen Bau- und Bodenbank hatte 1936 der Gesamtwert der Bauproduktion 9 Milliarden RMk betragen, davon entfielen auf öffentlichen Bau, d.h. auf Staatsaufträge 5,8 Milliarden = 62%, und davon wiederum nur 165 Millionen gleich 2 1/2% auf die Beiträge der öffentlichen Hand zur Finanzierung des Wohnungsbaus. Dagegen wurden allein für den Bau von Autobahnen 1,4 Milliarden ausgegeben, also neunmal soviel wie für den Bau von Wohnungen. Aber auch das ist nur ein Viertel der gesamten Bauaufwendungen der öffentlichen Hand. "Der öffentliche Hochbau", heisst es in dem Bericht der Deutschen Bau- und Bodenbank, "erstreckte sich neben Kasernenerrichtung und Wehrmachts-Verwaltungsgebäuden auf die repräsentativen Parteibauten und öffentliche Verwaltungsgebäude". Es ist also für militärische Zwecke und für die Prunkbauten des nationalsozialistischen Regimes ein Vielfaches dessen aufgewendet worden, was dann noch für den Wohnungsbau übrig blieb.

Die Methode der Finanzierung des Wohnungsbaus ist vom Hitlerregime von Grund aus verändert worden. Da alle staatlichen Mittel in erster Linie in den Dienst der Rüstung gestellt wurden, kam es dem Regime darauf an, den Wohnungsbau nach Möglichkeit durch private Kredite oder durch Eigenmittel der Bauherren zu finanzieren.

Die Finanzierung mit Hilfe von staatlichen Darlehen sollte auf den Teil des Wohnungsbaus beschränkt werden, der als Anlage für privates Kapital nicht in Betracht kommt. Aber auch dort, wo staatliche Mittel verwendet werden,

nicht aufbringen konnten. Der Nationalsozialismus hat zwar die staatliche Förderung des Wohnungsbaus nicht aufgegeben, aber ihren Zweck verändert. Sie hat den Charakter der Fürsorge verloren und ist ein Bestandteil der nationalsozialistischen Machtpolitik geworden. Wie die Wirtschaftspolitik im ganzen, wird auch die Wohnungspolitik dem Staatszweck untergeordnet. In den Anfängen des Dritten Reichs handelte es sich darum, so rasch wie möglich die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Der Wohnungsbau war damals vornehmlich ein Mittel der Arbeitsbeschaffung neben anderen. Später wurde er mehr und mehr in den Dienst der Kriegsvorbereitung gestellt. Mit der Wandlung der Zweckbestimmung änderten sich die Methoden der Finanzierung des Wohnungsbaus. Oeffentliche Mittel werden jetzt für den Wohnungsbau nur verwendet, soweit sie für kriegswichtigere Zwecke entbehrlich sind; der Wohnungsbau wird nur soweit gefördert, wie es die militärische und wirtschaftliche Mobilmachung erfordern.

3) Der Wohnungsbau seit 1933

Die Unterordnung des Wohnungsbaus nach dem Umsturz unter die Rüstung tritt umso deutlicher zu Tage, als eine ungeheuere Aufblähung der sonstigen öffentlichen Bautätigkeit einherging.

1935 entfielen 70% der gesamten Bauproduktion auf öffentliche Bauten und nur etwa 20% auf Wohnungsbauten, während

sollen sie nur der Spitzenfinanzierung dienen, d.h. nur soweit herangezogen werden, wie Eigenkapital und Privatkredit nicht ausreichen. Zugleich werden diese Mittel in einer Form zur Verfügung gestellt, die für möglichst breite Schichten einen Anreiz schafft, Rücklagen und laufende Ersparnisse bei der Baufinanzierung einzusetzen.

Demgemäss hat sich das Verhältnis von öffentlichen und privaten Mitteln beim deutschen Wohnungsbau nahezu umgekehrt. Im Jahre 1929 wurden insgesamt 2.9oo Millionen RMk im Wohnungsbau investiert, davon waren 1.23o Millionen oder 40% öffentliche Mittel; 1937 betrugen die Gesamtinvestitionen im Wohnungsbau 2.000 Millionen, die öffentlichen, d.h. die aus den Staatseinnahmen stammenden Mittel 2oo Millionen, also nur 1o% (Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung vom 2. März 1938, "Merkmale und Finanzierungsquellen des Wohnungsbaus 1937").

Nach der Bau- und Bodenbank stammten 1936 von den 2 Milliarden RMk., die insgesamt im Wohnungsbau investiert worden waren, 95o Millionen, also nahezu die Hälfte von Privatleuten, die ihre Gelder nicht bei Kreditinstituten, sondern direkt im Wohnungsbau anlegten. Das flüssige Kapital, das infolge der Emissionssperren und Investitionsverbote brachlag, fand hier eine Anlage, die zugleich als Flucht in die Sachwerte bevorzugt wurde. Aufrüstungsgewinnler und die Arivierten der neuen Nazihierarchie waren daran gleicherweise beteiligt.

Ein Sonderfall der Finanzierung von Wohnungsbauten mit einem Mindestmass öffentlicher Mittel stellten die Wohnungs-Umbauten dar, die vor allem in den ersten Jahren nach dem Umsturz eine grosse Rolle spielten. Dabei handelte es sich im wesentlichen um Teilung von Grosswohnungen.Sie erfordert verhältnismässig viel Arbeits- und wenig Kapi-

talaufwand, eignete sich also besonders als Arbeitsbeschaffungsmassnahme und wurde als solche schon in der Republik angewendet. In den 4 Jahren von 1929 bis 1932 wurden 1.079.883 Wohnungen fertiggestellt, davon waren 986.138 = 91% durch Neubauten und 93.746 Wohnungen = 9% durch Umbauten entstanden. In den vier Jahren von 1932 bis 1936 waren von 1. 117.732 Wohnungen 818.820 = 73% Neubauwohnungen und 298.912 = 27% Umbauwohnungen. Im Jahre 1934 entstanden sogar 40,4% aller neuen Wohnungen durch Umbau (Wirtschaft und Statistik, 1938 Nr. 11, Seite 428).

Schon diese veränderte Methode der Kapitalbeschaffung lässt erkennen, dass der Zweck der Wohnungspolitik des nationalsozialistischen Regimes nicht mehr der Wohnungsfürsorge für die Schichten der Bevölkerung ist, die die Wohnungsmiete nur aufbringen können, wenn sie durch Zuschüsse aus öffentlichen Mittel verbilligt ist. Denn der Erfolg der neuen Art der Finanzierung ist davon abhängig, dass auch der Bau von Kleinwohnungen zu einer rentablen Kapitalanlage wird. Nur dann konnte es gelingen, den Einsatz öffentlicher Mittel auf die Beträge zu beschränken, die vom Bauherrn weder aus eigenen noch aus fremden privaten Mitteln aufgebracht werden können. Das setzt voraus, dass die neuen Eigenheimbesitzer und Mieter zahlungsfähig sind. Mit der Bereitstellung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau wird also der Kreis derjenigen, die einer neuen Wohnung teilhaftig werden können, und damit zugleich der Umfang des staatlich geförderten Wohnungsbaus begrenzt. Eine neue Wohnung zu bekommen, wird zu einem Privileg für die Schichten, deren Dienste dem Regime besonders unentbehrlich sind.

Die nationalsozialistische Wohnungspolitik unterscheidet zwei Hauptkategorien amtlich geförderter Wohnungsbauten

1) Kleinsiedlungen. Das sind bescheidene Wohnhäuser mit Gemüsegarten und Kleintierhaltung. 2) Kleinwohnungsbau. Das sind billige Wohnungen als Eigenheime und in Geschossbauten. Darunter fallen auch die Volkswohnungen, das sind Kleinstwohnungen mit äusserst begrenztem Raum.

a) Die Kleinsiedlung

Die Kleinsiedlung war ursprünglich das bevorzugte Objekt der nationalsozialistischen Wohnungspolitik, aber sie ist keine nationalsozialistische Erfindung, sondern eine Fortsetzung der Stadtrandsiedlungen, die während der Wirtschaftskrise von der Republik ins Werk gesetzt worden waren. Sie waren damals als Hilfe für die grosstädtischen Erwerbslosen gedacht, denen man auf diese Weise eine Beschäftigung und mit einer billigen Wohnung zugleich einen Naturalzuschuss zur staatlichen Unterstützung verschaffen wollte. Mit der neuen Benennung "Kleinsiedlung" ist auch die Zweckbestimmung dieser Einrichtung völlig geändert worden und zugleich auch die Methode der Finanzierung. Die Kleinsiedlung wird nunmehr ausdrücklich als Vollbeschäftigtensiedlung bezeichnet. Sie ist also nicht mehr für Erwerbslose bestimmt, sondern für Arbeiter und Angestellte mit einem Einkommen bis 250 RMk im Monat, vornehmlich für Stammarbeiter, d.h. qualifizierte Facharbeiter, die durch Bodenständigkeit und Interesse am Eigenbesitz von der Masse ihrer Arbeitskameraden losgelöst und stärker an den Betrieb gebunden werden sollen. So wird die Wohnungspolitik in den Dienst der Arbeitspolitik des Regimes gestellt. (Vgl. dazu Heft 12/1935, Seite B 25 - 31, Heft 10/1937, Seite B 14 - 18).

Bei der Finanzierung der Kleinsiedlung ist die Hergabe von Staatsgeldern auf ein Mindestmass begrenzt worden. Die Kosten sollen so weit wie möglich vom Siedler selbst aufgebracht und nur die dann noch fehlenden Mittel sollen vom Reich vorgeschossen werden. Kleinsiedler kann nur werden, wer imstande ist, eigene Mittel aufzubringen, die durchschnittlich 20% der Baukosten betragen sollen. Als Eigenmittel werden allerdings nicht nur die eigenen Spargelder des Siedlers angerechnet, sondern auch Darlehen von privater Seite, vom Arbeitgeber, von Verwandten usw. und vor allem die eigene Arbeit, mit der er selbst, seine Nachbarn usw. sich am Bau beteiligen, und die helfen soll, die Kosten der Siedlung herabzudrücken und die Aufwendung staatlicher Barmittel dafür aufs äusserste einzuschränken. Die Reichsdarlehen sollten nur als Restfinanzierung dienen: sie werden als 3. Hypothek behandelt, die mit 4%, später mit 3% zu verzinsen und mit 1% zu tilgen sind, während die erste und zweite Hypothek von Kreditinstituten beschafft werden muss. Aber es zeigte sich sehr bald, dass von den Sparkassen, Hypothekenbanken, Versicherungen, deren Mittel ohnehin vornehmlich für Reichsanleihen, also für die Finanzierung der Aufrüstung beansprucht wurden, zweite Hypotheken nicht zu bekommen waren, ohne dass ihre Sicherheit vom Reich garantiert wurde. Daher wurde für die Kleinsiedlungen ausser den Reichsdarlehen auch die Reichsbürgschaft für zweite Hypotheken eingeführt, die ursprünglich nur für den Kleinwohnungsbau bestimmt war. Man hatte auch die Menge der ersparten Gelder überschätzt, die die Arbeiter für die Kleinsiedlungen aufbringen konnten, und ebenso die Bereitschaft der Unternehmer, Mittel für diesen Zweck beizusteuern. Auch mit der eigenen Arbeit bei der Errichtung der Siedlung hapert es. In einem Artikel "Die Finanzierung der Kleinsiedlung" von Oberregierungsrat Dr. Fischer-Dieskau im "Reichsarbeitsblatt" 1936, Nr. 33 heisst es:

"Jetzt scheiden Erwerbslose und Kurzarbeiter fast ganz aus, und bevorzugt werden vollbeschäftigte Stammarbeiter. Bei diesen aber lässt sich die Selbsthilfe nicht in gleichem Umfange organisieren wie bei Erwerbslosen und Kurzarbeitern. Andererseits haben aber auch die Stammarbeiter noch keine grossen Ersparnisse für die Eigenleistung zurücklegen können".

Man musste den Siedlern die Aufbringung von Eigenmitteln durch Kinderbeihilfen für die Siedler usw. erleichtern. Aber inzwischen stiegen die Baukosten, weil die Baustoffe durch den riesigen Verbrauch für die Rüstungsbauten verknappt und verteuert wurden.

Man musste mit den öffentlichen Mitteln für die Kleinsiedlungen aber auch sparsam umgehen, um mit Baustoffen zu sparen und die Verteuerung der Baustoffe zu hemmen. Zu diesem Zweck wurde eine Begrenzung der Baukosten aufs äusserste als Bedingung für die Hergabe von Reichsdarlehen und Reichsbürgschaften vorgeschrieben. Diese verschiedenen Hemmungen bewirkten, dass der Kleinsiedlungsbau sich nicht recht entfalten konnte. So schreibt z.B. der Gauamtsleiter W. Avieny, Landesbank-Generaldirektor, in einem Aufsatz "Das Rhein-Mainische Siedlungswerk" in der Beilage "Technik und Betrieb" der "Frankfurter Zeitung" vom 16.9. 38:

"Die Beachtung der Bestimmungen für die Gewährung von Reichsdarlehen für Kleinsiedlerstellen stösst naturgemäss auf Schwierigkeiten. Das Rhein-Maingebiet mit seinem relativ hohen Preis- und Lohnstand hat jedoch in den letzten Jahren nur in beschränktem Umfange von der Inanspruchnahme von Reichsdarlehen Gebrauch machen können, und zwar für Kleinsiedlerstellen lediglich in ländlichen Gegenden mit niedrigem Preis- und Lohnniveau, in denen naturgemäss nur ein geringes Siedlungsinteresse besteht.."

Es bleibt praktisch nur die Wahl, schlechte Kleinsiedlerwohnungen zu bauen, für die, weil sie zu eng und ungesund sind, nur geringe Nachfrage bei den Arbeitern besteht,

oder bessere Wohnstätten, für die aber schwer Mittel aufzutreiben und die deshalb im Verhältnis zum Arbeitereinkommen zu teuer sind. So blieb die wohnungspolitische Bedeutung dieser "idealsten Heimstätte des deutschen Arbeiters" (Avieny a.a.O.) ziemlich gering. Mit Mitteln der Kleinsiedlung wurden erstellt ("Wirtschaft und Statistik" 1937, Nr. 11, Seite 421):

1934	30.827	Wohngebäude
1935	23.984	"
1936	25.841	"

Für 1937 wird von "Wirtschaft und Statistik" (1938, Nr. 11, Seite 430) nicht die Zahl der Kleinsiedlungsgebäude, sondern nur die darin befindlichen Wohnungen angegeben. Diese beträgt 31.260. Sie übersteigt nur wenig die Zahl der Wohngebäude. Man kann also annehmen, dass in der Zeit von 1933 bis Ende 1937 nicht mehr als 120.000 Kleinsiedlerstellen errichtet worden sind, das ergibt ungefähr 10% der gesamten in dieser Zeit gebauten Wohnungen. Selbst im Notjahr 1932 waren dagegen 25.000 Stadtrandsiedlungen errichtet worden. Auch der Beitrag der Kleinsiedler zur "Erzeugungsschlacht" kann nur sehr geringfügig sein. Am 1.April 1937 umfassten die Kleinsiedlerstellen 12.500 ha, das sind 1/2 vom Tausend der gesamten landwirtschaftlich benutzten Fläche Deutschlands von 29,4 Millionen ha. (Wille, Amtsrat im Reichs- und Preussischen Arbeitsministerium, "Ergebnisse der Kleinsiedlung bis 1. April 1937" im Reichsarbeitsblatt 1937, Nr. 33).

Neuerdings wird die Kleinsiedlung als Arbeiterwohnstätte zurückgedrängt zugunsten der Geschosshäuser mit Kleinstwohnungen. Den "Umschwung der wohnungspolitischen Grundauffassung" haben nach der Aeusserung des Leiters des Reichsheimstättenamts der Deutschen Arbeitsfront in der Zeitschrift "Bauen - Siedeln - Wohnen" vom Februar 1938 "die Notwendigkeiten des Vierjahresplans" herbeigeführt.

Es ist vor allem das gesteigerte Arbeitstempo, das die Siedlung als Arbeiterwohnung fragwürdig erscheinen lässt. So führt der Leiter des Reichsheimstättenamtes aus, die Notwendigkeit der Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Arbeiters im Betriebe verlange eine gewisse Zurückhaltung gegenüber der Kleinsiedlung. Denn ein guter Spezialarbeiter, der heute vielfach Ueberstunden machen müsse, verfüge nicht über genügend Kraftreserven, um in seiner Freizeit noch ein grosses Grundstück von einem halben bis einem ganzen Morgen zu bearbeiten. Ausserdem sei zu beachten, dass die Beschränkung der Freizügigkeit, die in der Bindung einer Siedlerstelle liege, nur bei Stammarbeitern gerechtfertigt sei, denen auch in schlechten Zeiten Beschäftigung garantiert werden könne. Ley hat auf der Reichsarbeitstagung des Heimstättenamtes der Arbeitsfront Ende Oktober ausgeführt, man müsse heute, um dem Facharbeitermangel zu begegnen, manchen Feinarbeiterberufen das Siedeln direkt verbieten, denn wer am Abend mit einer Hacke arbeite, könne nicht am nächsten Morgen feinste Präzisionsarbeit leisten. Ausserdem sei die Geschosswohnung um zwei Drittel billiger als das Eigenheim und schliesslich komme es darauf an, die Anmarschwege zur Arbeitsstätte so kurz wie möglich zu halten.(eine Forderung, die angesichts der Verlängerung der Arbeitszeit besonders wichtig ist)

Die ehemals erstrebte Bindung des Arbeiters an Betrieb und Boden ist jetzt zum Hindernis der Kriegsvorbereitung geworden, denn sie erschwert es, die Arbeiter von ihrem Wohnort und ihrer Wohnstätte zu verpflanzen und sie dorthin zu verschicken, wo sie im militärischen Interesse gebraucht werden. Daher werden zur Zeit die Volkswohnungen in Mietshäusern den Kleinsiedlungen als Arbeiterwohnstätten vorgezogen. Man erstrebt für Arbeiterwohnsiedlungen eine Mischung von flachen Kleinsiedlungen und Mietswohnun-

gen in Geschosshäusern.

Die nachstehenden Berichte aus dem Reich lassen die wohnungspolitischen Mängel der Kleinsiedlung erkennen. So berichtet ein Architekt von einer Kleinsiedlungsausstellung:

Diese Ausstellung hat mich sehr enttäuscht. Ihr Prinzip war, zu zeigen, dass man mit der Kleinsiedlung die Arbeiter krisenfest machen wolle. Es fiel mir auf dieser Ausstellung auf, dass bei diesen Siedlungen überall die Gemeinschaftsbauten: Kinderheime, Versammlungsräume usw. fehlten, dass die Siedlungshäuser sehr klein und aus schlechtem Material hergestellt waren.

Ich habe dann auch eine neuerbaute Kleinsiedlung in der Nähe von X. besucht, die etwa 800 Häuser umfasst. Die Siedlung besteht aus kleinen Häusern, die von einem etwa 1.000 qm grossem Garten umgeben sind. Auch hier ist das Prinzip vorherrschend, die Siedler krisenfest zu machen. Bedingung ist, dass die Siedler den rassischen Grundsätzen entsprechen und dass sie entweder 900,- Mark in bar oder als Kredit von ihren Arbeitgebern aufbringen können. Im übrigen können sie die Kosten abarbeiten. Es wird darauf gesehen, dass die Frauen Landarbeit machen, und die Siedler werden die ersten drei Jahre auf Probezeit gesetzt, um erst dann das Siedlungshaus in Erbpacht zu übernehmen. Der monatliche Pachtzins ist auf 25,- RM bemessen. Auch bei dieser Siedlung fiel mir auf, dass alle Gemeinschaftsbauten, ausser der Schule, fehlten. Die Schule war aber erst zum Teil fertig. Nur für die Kleinsten war ein Unterrichtsraum vorhanden. Aber weder Kinderheime noch Krankenhaus, noch Ambulanz oder etwas ähnliches waren zu entdecken. Auf meine Frage, wo denn die Kinder unterrichtet würden, antwortete der Amtswalter, der uns führte, dass einstweilen die Kinder in den Wohnhäusern unterrichtet würden und dass die Lehrer von Haus zu Haus gehen müssten. "Wir müssen eben sparen", fügte er hinzu.

Wir besichtigten ein Haus genauer, und ich fand alles sehr primitiv. Diese Häuser umfassen etwa 25 - 40 qm bebaute Fläche. Sie enthalten eine Wohnküche und 1 oder 2 kleine Kammern und im Oberstock ein Schlafzimmer und wieder 2 kleine Kammern. Ausserdem ist eine Stallung für Hühner und anderes Kleinvieh vorgesehen. (Man schreibt den Siedlern vor, dass sie alle Hühner von gleicher Rasse halten müssen und nichts verkaufen dürfen). In der Küche ist nur ein Herd und eine Wasserleitung. Dagegen gibt es keine Kanalisation (schon wegen der Düngerversorgung) und kein Gas, aber elektrisches Licht. Die Räume sind nur teilweise

unterkellert und die Bauweise ist sehr billig, Z.B. ist die Isolation in den Wänden sehr primitiv.

Jetzt fängt man auch an, mit der Siedlung einige dreistöckige Wohnblocks mit Mietwohnungen zu verbinden. Man experimentiert offenbar noch herum.

In Y. unterhielt ich mich mit einem nationalsozialistischem Fachmann für Wohnungs- und Siedlungsfragen. Er musste gestehen, dass einerseits zwar grosse repräsentive Bauten errichtet würden, andererseits aber das Wohnungsbauproblem noch nicht gelöst sei. Deutschland stehe jetzt vor der Frage, wie das Existenzminimum an Wohnungen gesichert werden könne. Das deutsche Wohnungsbauproblem müsse jetzt unter dem Gesichtspunkt gelöst werden: wie können wir es einrichten, dass wenigstens alle ein Dach über den Kopf bekommen und wie können wir es ermöglichen, dass die Vermehrung der Kinderzahl nicht an der Wohnungsfrage scheitert. Als ich ihn darauf aufmerksam machte, dass bei den neuen Siedlungs- und Wohnbauprojekten überall Gemeinschaftsräume fehlten, erklärte er, dass an die Stelle dieser Räume die Heime der HJ treten und als ich entgegnete, dass auf diese Weise die Kinder der Familie entzogen würden, meinte er, das geschehe absichtlich, dass die Erziehung mehr in die Hände der HJ übergehe und die Kinder etwas aus den Familien entfernt werden. Auch meine Bemerkungen, dass die Ausstattung der Siedlungsküchen zu primitiv sei, tat er mit dem Einwand ab, dass alle neuzeitlichen Haushaltserleichterungen für die Frau Luxus seien, und dass es die Aufgabe der deutschen Frau in der Zukunft sei, ihre Wirtschaft mit dem Mindestmass von Hilfsmitteln zu führen.

Südwestdeutschland, 1.Bericht: In der Presse der Nazis lesen wir sehr viel über die Sorge, die das Regime dem Wohnungswesen insbesondere für Arbeiter angedeihen lässt. Dabei wird immer wieder behauptet, dass die Republik wie auf anderen, so auch auf diesem Gebiet völlig versagt habe Dabei beweisen ja in jedem, auch dem kleinsten Ort, die Siedlungsbauten, die von 1919 bis 1933 meist mit Hilfe grosszügiger staatlicher Hilfe errichtet wurden, das Gegenteil. Man braucht nur die Stadtrandsiedlungen, die in der Zeit der grössten Krise zwischen 1930 und 1933 gebaut wurden, mit den Kleinsiedlungen zu vergleichen, die jetzt die Nazis bauen. Diese neuen Kleinsiedlungen sind derart primitiv und eng, dass einem nur die Familien leid tun können, die mit der Verpflichtung zu künftigem Kinderreichtum da hineinziehen. Schon die Anfangsbelastung ist in den meisten Fällen so gross, dass Leute ohne eigenes Geld gar nicht in Frage kommen. Monatliche Leistungen von 28 bis über 30 Mark sind die Regel. Was dieser Betrag bei einem Lohn von 30 bis 40 Mark wöchentlich und bei einer mehrköpfigen Familie neben allen anderen La-

sten bedeutet, kann man sich ausrechnen. Dabei sind die Häuser meist in den oberen Räumen nicht ausgebaut. Das ist dem Bewohner vorbehalten und bedeutet eine neue Belastung. Die Wände sind ausserdem so dünn (eine Backsteinbreite), dass im Winter die Wohnungen kaum warm zu bekommen sind.

2.Bericht: In unserem Industriegebiet herrscht grosse Wohnungsnot, der gegenüber die Bautätigkeit, selbst unter Einrechnung der von den Gemeinden, der Arbeitsfront und einigen Unternehmern errichteten Siedlungsbauten, nur ein Tropfen auf den heissen Stein ist. Der Mangel an Wohnungen hat zur Folge, dass die Mieter, um überhaupt eine Wohnung zu bekommen, selbst die Mietpreise in die Höhe treiben. Neubauwohnungen mit zwei Zimmern und Badeeinrichtung im Abort kosten heute bei uns 5o bis 8o Mark. Die Arbeiter, die in erster Linie unter der Wohnungsnot leiden, können solche Mieten bei ihrem Einkommen nicht bezahlen und werden naturgemäss in minderwertige und unzureichende Wohnungen verdrängt, wenn sie sich nicht unerträgliche Lasten aufladen wollen. In X. hat der Textilkonzern Siedlungen gebaut. Die Finanzierung erfolgte in der Weise,dass Stadt und Reich Zuschüsse leisteten und der Unternehmer 1ooo RMark je Siedlung zinsfrei zur Verfügung stellte. Der Raum ist ausserordentlich knapp, die Bauweise überhaupt denkbar einfach. Trotzdem haben die Bewohner eine monatliche Miet- und Amortisationslast von 35,- RM zu tragen. Angesichts der kümmerlichen Löhne der Textilarbeiter sind die Leute zu bedauern. Denn sie sind dem Arbeitgeber so stark verpflichtet, dass sie völlig von ihm abhängig werden. Aber das ist ja wohl auch der Zweck dieser Art von "Siedlung".

Auch die sogenannten Altwohnungen sind im Verhältnis zu den Löhnen sehr teuer. Eine Wohnung mit zwei Zimmern und Küche ohne allen Zubehör kostet nahezu einen vollen Wochenlohn.

Bayern: In der Bayerischen Ostmark ist ein grösserer Betrag für Siedlungszwecke zur Verfügung gestellt worden. Auch dfe Glasfabrik in X. wurde aufgefordert, eine Stammarbeitersiedlung zu errichten. Das Baukapital sollte aus diesem Siedlungsfonds genommen werden. Die Firma selbst sollte nur den Grund und Boden zur Verfügung stellen. Sie weigerte sich aber und aus der Siedlung ist deshalb nichts geworden. Der Direktor der Fabrik will eben nicht und da er "alter Kämpfer" ist, so kann niemand etwas gegen ihn unternehmen.

In Y. dagegen hat eine andere Firma Oedland zur Verfügung gestellt, so dass eine grosse Anzahl von Leuten angesiedelt werden konnte . Die Siedlungshäuser selbst sind sehr schlecht gebaut. "In 10 Jahren seien's hin!", sagen die Leute.

Mitteldeutschland: Unsere Kleinsiedlungs-Idylle haben wir verlassen. Wir hatten im ersten Jahre viel Kraft daran verwendet, daraus etwas Dauerndes zu machen. Es koste te viel Zeit, Ziegen und Hühner zu pflegen und den Morgen Land zu beackern. Aber nach kaum einem Jahr zeigten sich grosse Mängel am Hause, verursacht durch schlechtes Bauen und Verwendung minderwertigen Materials und noch eine ganze Reihe anderer Uebelstände. Ich sprach bei den in Betracht kommenden Stellen vor und verlangte, dass die Mängel behoben würden. Das hatte aber keinen Erfolg; überall sagte man mir, dass die Kosten, die das erfordern würde, zu hoch seien. Schliesslich verzichtete ich darauf, mir die Siedlerstelle als Eigentum zuweisen zu lassen, worauf ich nach 3 Jahren einen Anspruch gehabt hätte.

b) Der Kleinwohnungsbau und die Wohnungsnot

Der Kleinwohnungsbau war in der Weimarer Republik überwiegend mit Darlehen und Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln finanziert worden. Aber auch diese Darlehen waren in Wirklichkeit überwiegend Subventionen. Sie brauchten nur mit 1% verzinst und erst nach 5 Jahren getilgt zu werden. Aber selbst diese niedrigen Zinsen brauchten nicht immer bezahlt zu werden. Die Beträge, die durch Tilgung der Hauszinssteuerhypotheken an das Reich zurückflossen, gingen fast vollständig für Zinsbeihilfen und andere Barzuschüsse drauf. Diese ausserordentliche Verbilligung des Baugelds war notwendig, weil privates Kapital nur zu ungewöhnlich hohen Zinsen zu haben war. Für zweite Hypotheken mussten im Jahre 1929, einem Jahr der Hochkonjunktur des Wohnungsbaus mit öffentlichen Mitteln, Zinsen bis zu 9% und mehr bezahlt werden.

In dieser Art der Finanzierung kam der Fürsorgecharakter der staatlichen Wohnungspolitik klar zum Ausdruck. Die nationalsozialistische Wohnungspolitik änderte diesen Kurs radikal. Soweit noch Darlehen aus öffentlichen Mitteln für den Wohnungsbau bereitgestellt wurden, waren es echte Darlehen, die regulär verzinst und getilgt werden mussten.

Aber, um bisher für den Wohnungsbau verwendete Mittel nunmehr für die Aufrüstung freizubekommen, sollte die Aufwendung von Barmitteln nur für die billigsten Wohnungen, die Kleinsiedlungen und die kleinsten unter den Kleinwohnungen, die sogenannten "Volkswohnungen" reserviert werden.

Der Realkredit für die übrigen Kleinwohnungen sollte ausschliesslich vom Kapitalmarkt beschafft und seine Beschaffung durch Garantie des Reiches ermöglicht werden. Zu diesem Zweck wurde zur Finanzierung des Kleinwohnungsbaues die Reichsbürgschaft für zweie Hypotheken eingeführt. Um Mittel aus dem Kapitalmarkt dafür flüssig zu machen, mussten sie regulär verzinst und getilgt werden. Der Bau billiger Wohnungen, in der Weimarer Zeit ein Zuschussgeschäft für die öffentliche Hand, sollte jetzt ein rentables von der öffentlichen Hand gesichertes Geschäft für das private Kapital werden. Die mit Reichsbürgschaft gesicherten Hypotheken sind unkündbare Tilgungshypotheken, die im Durchschnitt mit 5% verzinst und bei einer Anzahlung von 98% des Darlehensbetrags mit 1% getilgt werden.

Die Finanzierung des nicht durch Aufnahme von Hypotheken gedeckten Restes der Baukosten soll durch eigene Mittel des Erbauers aufgebracht werden. Flachbauten sollten bevorzugt werden. Für Einfamilienhäuser mit oder ohne sogenannte Einliegerwohnung, die bestimmt sind, als Eigenheime in das Eigentum des Erbauers überzugehen, sind höhere Bürgschaftsbeträge vorgesehen als für Mietwohnungen. Soweit die Industrie aus militärischen Gründen von der Grossstadt in die kleinen Städte und aufs Land verlagert wurde, musste der Kleinwohnungsbau diesem Zug folgen. Dafür war der Flachbau und das Eigenheim der geeignetere Typus des Wohnhauses.

Die im Vergleich zur Zeit vor Hitler erhöhten Kapitallasten bedingen an sich schon höhere Mieten. Dazu kommt,

dass der riesige Verbrauch von Baustoffen für die Rüstungsbauten die Baustoffpreise und damit auch die Baukosten in die Höhe treibt. Daher sind die so finanzierten Kleinwohnungen für die Masse der Werktätigen zu teuer. Das geht auch aus den folgenden zwei Berichten über die Finanzierung des Kleinwohnungsbaues hervor:

Schlesien: Die Finanzierung des Kleinwohnungsbaues ist bei uns zurzeit folgendermassen geregeltE Bei einem Bau im Gesamtwert von 10.000 RMark wird eine erste Hypothek von 4.000 RMk durch die Sparkasse gewährt. (Normalerweise erreicht die erste Hypothek 40% der Gesamtbausumme, es ist aber auch möglich, bis zu 60% zu bekommen.) Diese Hypothek ist mit 4 3/4% zu verzinsen und mit 1% zu amortisieren. Die zweite Hypothek wird von der Landesdarlehnskasse gewährt. Bis zum 1. Januar 1938 bekam man 1.5oo RM pro Wohnung, seit dem 1. Januar 1938 erhält man 2.000 RM. Dieses Geld ist mit 3 3/4% zu verzinsen und mit 2% zu amortisieren. Ferner ist ein Eigenkapital von mindestens 2.5oo RM erforderlich, der Rest kann durch Eigenarbeit aufgebracht werden.

Bayern: Während vor der Hitlerzeit zu einem Eigenheim ein staatliches Baudarlehen von 4000 bis 5000 RMk gegeben wurde, werden jetzt nur noch 2000 RMk gegeben. In der Zeit vor Hitler waren die 4000 bis 5000 RMk mit 1% zu verzinsen und mit 1% zu amortisieren, wozu noch 1/1o% Verwaltungskosten kamen. Ein Eigenheimbesitzer mit 4.000 RMk staatlichen Baudarlehen zahlte also im Jahre 84,- RM Zinsen und Amortisation. Jetzt muss er für 2.000 RMk 4 1/2% Zinsen und 1 1/2% Amortisation zahlen, das sind während 34 Jahre pro Jahr 120,- RM für 2.000 RM Darlehen. Während früher jeder Arbeiter sich infolge des hohen staatlichen Baudarlehens zu dem niedrigen Zinsfuss ein Eigenheim schaffen konnte, ist das heute nur noch qualifizierten Arbeitern, Angestellten oder Beamten möglich.

Nach der amtlichen Bekanntmachung sollen staatliche Baudarlehen bis zur Höhe von 2.000 RM je Wohnung gewährt werden und, falls in das Eigenheim eine zweite Wohnung eingebaut wird, für diese weitere bis zu 1.000 RM gegeben werden. Die Stadt Nürnberg gibt aber für je eine Neubauwohnung nur bis zu 1.5oo RMk staatliches Baudarlehen. Die Stadtgemeinde Nürnberg bekam als Gesamtsumme für ein Jahr den Betrag von 37o.000 RMk zur Bereitstellung staatlicher Baudarlehen zugewiesen. Diese Summe wird an die gemeinnützigen Bauvereinigungen aufgeteilt, so dass bei 1.5oo RMk Baudarlehen pro Wohnung damit etwa

240 Kleinwohnungen geschaffen werden", wie es wörtlich in der "Bayerischen Volkszeitung" heisst. Das ist für eine Stadt wie Nürnberg mit rund 400.000 Einwohnern herzlich wenig.

Um die Mietpreise der Kleinwohnungen einigermassen dem durchschnittlichen Einkommen anzupassen, wurde die Beschaffenheit der Wohnungen verschlechtert. Trotzdem waren die Mieten für die grosse Masse zu hoch. Das geht aus einem Artikel hervor, den der frühere Preiskommissar und Leipziger Oberbürgermeister Dr. Gördeler im Juni 1936 unter dem Titel "Kleinsiedlungen und Wohnungsbau als politische und wirtschaftliche Notwendigkeit" in der "Berliner Börsenzeitung" veröffentlicht hatte. Darin heisst es:

"Es ist nicht erwünscht, dass zentrale Bestimmungen herauskommen, die zugleich eine billige Wohnung verlangen und gleichzeitig höhere Zinssätze vorschreiben. Man muss bedenken, wie eine solche Verkündung in den breiten Massen unseres Volkes wirkt, wenn es heisst, es gibt jetzt eine Volkswohnung für 3.500 RM, aber verschwiegen wird, dass die Miete rund 30 RMk im Monat kostet, und wenn dann der einzelne sieht, was er für diese Miete bekommt, dann ist zweifellos eine nationalpolitisch gute Wirkung nicht erreicht. Denn der einzelne hat auch seinen Kopf, mit dem er denkt, und seine bestimmten klaren Vorstellungen. Es ist zweckmässiger, dass wir wieder etwas weniger bauen, als dass wir etwas bauen, was in der Miete zu teuer, in der Art des Gebotenen zu primitiv ist".

Es wurde aber im Verhältnis zum wachsenden Bedarf gerade nach billigsten Wohnungen nicht nur zu teuer gebaut, sondern auch zu wenig. Das Statistische Amt der Stadt Berlin stellte fest, dass der Wohnungsmangel sich am stärksten bei den Kleinwohnungen bemerkbar mache. In ganz Berlin gab es 1936 nur 7.032 leere Wohnungen von 3 Räumen einschliesslich Küche. Auf 1.000 aller vorhandenen Wohnungen kamen nur 7 leere Wohnungen, bei den Kleinwohnungen nur 6. In den Arbeitervororten Tempelhof, Neukölln und Treptow standen nur zwei von tausend aller Wohnungen leer.

Auch in Hamburg besteht noch immer ein fühlbarer Mangel an billigen Kleinwohnungen in der Mietpreislage bis 30 und 40 RM monatlich. (Frankfurter Zeitung vom 19. 10. 1938).

Zu gleicher Zeit wurden aber mehr Grosswohnungen und Villen gebaut als vor Hitler. In den Städten von mehr als 50.000 Einwohnern entfielen in Prozenten des gesamten Wohnungsbaues auf:

Wohnungen mit	1 bis 3	4 bis 6	7 und mehr
	Wohnräumen		
1932	58,1	38,8	3,1
1935	39,6	54,5	5,9
1937	49,6	46,6	3,8
1938 1.Halbj.	58,3	39,3	2,4

("Wochenbericht" des Instituts für Konjunkturforschung 1938, Nr. 38.)

In Nr. 32, Jahrgang 1936 der Zeitschrift "Deutsche Volkswirtschaft" stellt Oberregierungsrat Dr. Brinkmeyer -Stuttgart fest, dass die Mieten, gemessen an den durchschnittlichen Einkommensverhältnissen, zu hoch seien und empfiehlt, der organisierte Realkredit solle sich von der Finanzierung der "Kleinvilla" abwenden und seine Mittel im wesentlichen für den Bau billiger Kleinwohnungen einsetzen. In der Zeitschrift "Siedlung und Wirtschaft" berichtete Ministerialrat Schmitt im Oktober 1937, dass seit Sommer 1935 über 40.000 Volkswohnungen, also Kleinstwohnungen, fertiggestellt oder im Bau seien. In dieser Zeit wurden insgesamt etwa 800.000 Wohnungen fertiggestellt, davon waren also nur ein Fünftel Wohnungen gerade für die Schicht der Bevölkerung, die am schwersten unter dem Mangel an Wohnungen zu leiden hat. Erst seit 1937 wurde der Bau von Kleinwohnungen in grösserem Umfange betrieben, aber nicht, weil es an Wohnungen fehlte, sondern weil es die Kriegsvorbereitung erheischte. Nach dem Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung (1938 Nr. 38) handelte es sich

dabei vor allem um Vierjahresplan-Siedlungen, Kleinsiedlungen, Volkswohnungen und Landarbeiterwohnungen.

Das Motiv dieser Umstellung liegt darin, dass ohne sie die Durchführung des Vierjahresplans, also die wirtschaftliche Kriegsvorbereitung, undurchführbar ist. Die Verschickung von Arbeitern in die neuen Produktionsstätten des Vierjahresplans erfordert, dass sie dort Wohnungen vorfinden.

Auch sonst wird der Bau von "Arbeiterwohnstätten" eine dringende Aufgabe, die zwar nicht aus sozialpolitischen, aber aus wirtschaftspolitischen Gründen erfüllt werden muss. Ist doch die Wohnungsnot gerade in den Industriebezirken besonders gross. Nach der "Deutschen Bergwerks-Zeitung" vom 2. 9. 1938 beträgt die Zahl der fehlenden Wohnungen in Rheinland-Westfalen 485.000, in Berlin 119.000, in Sachsen 234.000. Da der Wohnungsmangel die Mieten in die Höhe treibt, gefährdet er den Lohnstopp und damit die gesamte Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches.

Es handelt sich also darum, Wohnräume nicht nur für einzelne bevorzugte Kategorien von Arbeitern zu schaffen, sondern für die grosse Masse mit niedrigem Einkommen, die die Mieten für die unter den bisherigen Bedingungen gebauten Kleinwohnungen nicht aufbringen kann und die nicht imstande ist, selbst Mittel zum Bau von Eigenheimen beizusteuern. Daraus ergab sich eine Aenderung in der Beschaffenheit der Wohngebäude und in der Finanzierung des Wohnungsbaus. Der Schwerpunkt des Kleinwohnungsbaus wird von den Flachbauten mehr ländlichen Charakters auf die Geschossbauten verlegt, von den Eigenheimen in die Mietshäuser, schon um der Kostenersparnis willen, und es werden als Bauherren mehr als bisher die Gemeinden und gemeinnützigen Bauunternehmungen eingeschaltet. Zur Finanzierung müssen mehr als bisher öffentliche Mittel herangezogen werden.

Nach dem Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung 1938, Nr. 9. wurden 1937 unmittelbar durch die öffentliche Hand ein Drittel aller Wohnungsbauten unterstützt, mittelbar durch Bürgschaftsübernahme wurde der Bau von 100.000 Wohnungen gefördert. Da der Volkswohnungsbau für das Privatkapital als Kapitalanlage wenig anziehend ist, wurden in verstärktem Masse als Darlehnsgeber die Kreditinstitute herangezogen, die Spargelder verwalten, vor allem die Sparkassen und die Sozialversicherungen, soweit sie ihre Mittel nicht in den Schuldtiteln des Reiches anlegen müssen. Von den insgesamt 1.135 Millionen RMk, die die organisierten Kreditgeber dem Wohnungsbau im Jahre 1937 zuführten, stammten von den Sparkassen 400, von den Sozialversicherungen 170 Millionen, also zusammen rund die Hälfte.

Um die Mieten der Volkswohnungen einigermassen mit dem Masseneinkommen in Einklang zu bringen, sind die Reichsdarlehen für diesen Zweck erhöht und die Bedingungen, zu denen sie gewährt werden, erleichtert worden. Das war auch notwendig, weil die ständige Steigerung der Baustoffe die Herstellung billiger Wohnungen unmöglich macht. Am 11. August 1937 schrieb die "Frankfurter Zeitung" in einem Artikel über "Förderung des Volkswohnungsbaus":

> "Die Verteuerung der Baustoffe hatte in den letzten Monaten in einzelnen Bezirken Schwierigkeiten ergeben. Entweder wurden die Mieten selbst bei bescheidener Ausstattung zu teuer oder der Wohnraum wurde stärker eingeengt, als dies tragbar erscheint. Es braucht sich dabei um gar keine statistisch erkennbare Teuerung der Baukosten zu handeln. Es genügt, wenn Bauarbeiter oder Materialien aus weiter entlegenen Gegenden herangeholt werden müssen".

Das Reichsdarlehen je Wohnung wurde durch Erlass des Reichsarbeitersministers vom 10. August 1937 von 1.000 auf 1.500 RMk erhöht. Da die Mieten sich um 28 bis 32 RMk

bewegen und im allgemeinen ein Fünftel des Lohnes nicht überschreiten sollten, wurden die Kapitalkosten so herab gesetzt, dass die Reichsdarlehen teilweise wieder den Charakter einer Subvention annehmen. Der Zinssatz ist von 4% auf 3% herabgesetzt worden und kann bei besonderer Bedürftigkeit, vor allem bei kinderreichen Familien (allerdings nur für höchstens fünf Jahre) auf 2%, in einzelnen Fällen auf 1% ermässigt werden. Kinderreichen Familien können ausserdem unverzinsliche Zusatzdarlehen gewährt werden. Die Tilgung mit 1% jährlich wurde aufrechterhalten. Der Raum ist allerdings äusserst knapp bemessen. Die Höchstgrenze der Herstellungskosten ist auf 4.500 RMk festgesetzt, in besonders teueren Städten dürfen sie 5.000 RM betragen. Die durchschnittliche Wohnfläche darf selbst bei kinderreichen Familien nicht grösser sein als 42 qm.

Die Industrie unternehmer mussten an sich bei dem herrschenden Mangel an Arbeitern ein starkes Interesse daran haben, durch Bau von Werkswohnungen Arbeitskräfte an ihren Betrieb zu binden. Das Regime versucht, dieses Interesse für seine Wohnungsbaupolitik auszunutzen. Die daran geknüpften Erwartungen haben sich bisher allerdings nicht erfüllt. Nach der "Berliner Börsenzeitung" vom 18. September 1938 sind von der Industrie für Werkswohnungen in den drei Jahren von 1935 bis 1937 insgesamt nur 165 Millionen Mark investiert und damit 79.000 Wohnungen gebaut worden. (Der Durchschnittsaufwand von 2.000 RMk je Wohnung versteht sich offenbar ohne die Kosten für die Baugrundstücke).

Ein schnelleres Tempo ist allerdings bei den Vierjahresplan-Betrieben zu beobachten. Nach Mitteilungen von Oberregierungsrat Fischer-Dieskau in der Oktobernummer der Zeitschrift "Vierjahresplan" sind bisher 25.000 Arbeiterwohnungen für Vierjahresplan-Betriebe in Auftrag gegeben worden, davon 8.800 in Form von Kleinsiedlungen. Fertiggestellt sind allerdings erst 5.000 Wohnungen.

Um den Bau von Arbeiterwohnungen zu fördern, hat Ley Anfang September 1938 auf der Bau- und Siedlungsausstellung in Frankfurt a.Main ein Wohnungsbaufinanzierungsprogramm der Deutschen Arbeitsfront bekanntgegeben. Leys Projekt ist nach der "Frankfurter Zeitung" vom 5.9. 1938 ein "Plan, den Leistungskampf der Betriebe auf neue Weise zu unterstützen". Bisher sind Werkswohnungen nur von der Grossindustrie gebaut worden. Leys Plan will auch die mittleren und kleinen Betriebe dann instandsetzen. Nach dem "Ruhrarbeiter" vom 4.9. 1938 genügt dazu ein Betrag von 200 bis 2.000 RMk je Betrieb, der auch nicht als Geschenk, sondern als unverzinsliches Darlehen gegeben, als Hypothek auf das Haus eingetragen und aus den Mietseinnahmen getilgt wird.

Diese Mittel reichen selbstverständlich nicht im entferntesten zur Finanzierung des Arbeiterwohnungsbaus aus. Leys Plan soll auch die Betriebe nicht mit den Kosten des Arbeiterwohnungsbaus belasten, sondern umgekehrt davon entlasten, damit sie ihre liquiden Mittel zur Rationalisierung ihrer Betriebe freibekommen. Die Finanzierung im grossen wird deshalb von der Arbeitsfront übernommen, erfolgt also aus den Zwangsbeiträgen, die die Arbeiter und Angestellten an die Arbeitsfront abführen müssen. Infolgedessen handelt es sich um eine Unternehmersubvention, die von den Arbeitern aufgebracht wird, und zugleich um eine Entlastung der Kreditinstitute, die in ihrer Fähigkeit,

dem Wohnungsbau Kredite zur Verfügung zu stellen, durch das Emissionsmonopol des Reiches gelähmt sind. Der "Ruhrarbeiter" nimmt allerdings an, dass die DAF den geplanten grosszügigen Wohnungsbau "infolge der augenblicklich bestehenden Facharbeiter- und Baustoffschwierigkeiten" erst in einigen Monaten wird in Angriff nehmen können.

Da der Bau der Volkswohnungen noch im Gange ist, sind in den folgenden Berichten aus dem Reich nur zum Teil Mitteilungen darüber enthalten. Die Berichte bieten natürlich auch kein einheitliches Bild, weil die Verhältnisse örtlich verschieden sind, schon wegen der Verschiedenheit in der Zusammensetzung der Bevölkerung. Aber so viel ergibt sich aus den Berichten, dass im Verhältnis zum Wohnungsmangel und im Verhältnis zu dem Aufwand an Propaganda, die man mit dem Wohnungsbau des Dritten Reiches treibt, wenig gebaut wird, dass bei den neuen Wohnungen sehr mit Material gespart wird und dass auch die Mieten der mit öffentlichen Mitteln gebauten Kleinwohnungen für grosse Teile der Arbeiter- und Angestelltenschaft noch zu teuer sind.

Südwestdeutschland, 1.Bericht: Die Wohnungsnot ist nicht kleiner, sondern grösser geworden. Ein grosser Mangel besteht an Zwei- und Einzimmerwohnungen. Grosse Wohnungen kann man haben, aber die Mieten sind so hoch, dass sich der Arbeiter, im Gegensatz zur Weimarer Zeit, keine solche Wohnung mehr leisten kann.

2.Bericht: In diesem Jahre wird in ganz Baden wenig gebaut. Ausser einigen Randsiedlungen und einigen kleinen Häusern bauen eigentlich nur die Genossenschaften.
Die Genehmigung zum Bauen lässt immer noch viel zu lange auf sich warten. Noch viel länger dauert es, bis das notwendige Eisen dazu freigegeben wird. Dies alles hemmt die Bautätigkeit ungeheuer.
Ganz schlecht steht es in Mittelbaden mit der Bauerei, besonders in der Gegend von Kehl. In der Stadt Kehl wird so gut wie nichts gebaut. Hemmend auf die Bautätigkeit wirken auch die vielen Verordnungen, die genau die Ausführung und die Masse vorschreiben. Nur Pläne mit deutschem Baustil werden genehmigt.

A100

3.Bericht: Nach der letzten Feststellung wird die Zahl der fehlenden Wohnungen in Ludwigshafen, einer Grosstadt mit über 100.000 Einwohnern, mit 3.900 angegeben. Der jährliche Wohnungsbedarf beträgt 859. Die Wohnungsbautätigkeit ist ganz minimal.

Bayern: Es wird immer behauptet, die Initiative auf dem Baumarkt sei ausschliesslich in den Händen des Reichs. Das trifft für Nürnberg nicht zu. Die Privatinitiative ist hier sehr bedeutend. Es werden zurzeit sehr viele Wohnungen gebaut. Viele lassen sich dabei wahrscheinlich von dem Gesichtspunkt leiten, ihr Geld sicher anzulegen. Aber diese Wohnungen sind nicht für die breite Masse bestimmt, da es sich meist um Dreizimmer-Wohnungen handelt, die 75,- bis 90 RMk kosten. Die billigen Wohnungen werden immer knapper. Es werden viel weniger billige Wohnungen gebaut als früher. Anscheinend bekommen die Bauunternehmer auch für Neubauten der privaten Bauherren genügend Baumaterial. Mir ist ein Fall bekannt, dass ein Fabrikant mehrere Häuser bauen liess. Er hat aber die Wohnungen nicht in eigener Regie vermietet, sondern die Vermietung einem Spediteur übergeben, der dafür von den künftigen Mietern eine einmalige Provision von 10% der Jahresmiete (also rund 90,- RMk pro Mieter) verlangt und erhalten hat.

Sachsen, 1.Bericht: In unserer Gemeinde wird vom Bau- und Sparverein eifrig gebaut. Fünf Häuser mit 24 Wohnungen werden in der nächsten Zeit fertig. Die Häuser sind gut und modern gebaut. Ersatzstoffe werden fast gar nicht verwendet. Die Wohnungen bestehen aus Küche, Stube und Schlafzimmer. Der monatliche Mietpreis beträgt 27,- RMk.

In X. werden in der Nähe der Jugendherberge sechs Mehrfamilienhäuser von der Gemeinde erbaut. Für die Einfamilienhäuser sind an Miete und Amortisation monatlich 25,- RMk zu zahlen. Nach 20 Jahren gehen die Häuser in den Besitz der Siedler über.

2.Bericht: Bemerkenswert ist der Unterschied zwischen den Wohnungsmieten in Privathäusern, Gemeindehäusern und Werkshäusern. In den Gemeindehäusern in unserer Kleinstadt, die vor Hitler erbaut worden sind, kostet eine Wohnung, bestehend aus Stube, Kammer und Küche im Monat 15,- RMk. Die gleiche Wohnung kostet in privaten Althäusern 19,- bis 20,- RMk und in den Werkshäusern 40,- RMk. Für Stube und Küche sind in den Werkshäusern 30,- RMk Monatsmiete zu zahlen. Die Werkswohnungen wurden erst in den letzten Jahren gebaut und unterscheiden sich

von einem Teil der Wohnungen in Privathäusern nur dadurch, dass sie Wasserklosetts haben. Ihr Nachteil ist aber, dass die Zimmerwände sehr dünn sind, so dass die Nachbarn fast jedes Wort hören können.

3.Bericht: In Chemnitz (330.000 Einwohner) herrscht ein grosser Mangel an Wohnungen für Minderbemittelte. Selbst der Kreisbearbeiter der Arbeitsschlacht, Pg. Schöne, musste kürzlich zugeben, dass in unserer Stadt "die Wohnungsnot noch ausserordentlich gross ist". Das ist auch kein Wunder, denn nach 1933 wurde der Wohnungsneubau arg vernachlässigt. Jetzt will man das zum Teil wieder gutmachen dadurch, dass die Stadtgemeinde den Kleinwohnungsbau fördert. Die Genossenschaften und privaten Bauunternehmen sind aufgefordert worden, nach Kräften zur Beseitigung der Wohnungsnot beizutragen. Es sollen nur Neubauten errichtet werden mit Wohnungen, die nicht mehr Miete kosten als 40,- RMk monatlich.

Im Laufe des vorigen Jahres wurden in den einzelnen Stadtteilen Wohnhäuser gebaut, die im Oktober und November bezogen werden konnten. So entstand an der Blücher-, Fichte-, Dürer- und Cranachstrasse ein Wohnblock, der aus 17 Häusern besteht, die ca. 180 Wohnungen enthalten. Die monatliche Miete liegt zwischen 29,- bis 50,- RMk, sie richtet sich nach der Anzahl der Zimmer. Die teueren Wohnungen sind mit einem Bad versehen. Nach einer Zeitungsmeldung betragen die Kosten des gesamten Wohnblocks 1.300.000 RMk.

Die Allgemeine Baugenossenschaft für Chemnitz und Umgebung e.G.m.b.H. baute in verschiedenen Stadtteilen wie Altendorf, Markersdorf und Gablenz ca. 160 Wohnungen, für die monatlich zwischen 20,- bis 30,- RMk Miete zu zahlen sind. Die Wohnungen haben sehr kleine Zimmer, und die Zimmerwände sind sehr dünn. Am Schänkenweg im Stadtteil Bernsdorf/Südviertel sind ca. 30 Einzelhäuser entstanden. Die Häuser sind Privatbauten und meist für zwei Familien berechnet. In einem Wohnblock an der Franz Seldte- und Hugenbergstr., der aus dreistöckigen Häusern besteht, wurden ca. 60 Wohnungen eingebaut, mit und ohne Bad. Auch die Zimmerwände dieser Wohnungen sind sehr schwach. Am Birkenweg in Chemnitz-Hilbersdorf sind etwa 60 bis 70 Wohnungen von der Eisenbahner-Baugenossenschaft gebaut worden. Das ist im grossen und ganzen alles, was im ganzen Jahre 1937 im Chemnitzer Wohnungsbau geleistet worden ist. Hinzu kommen nur noch einige Einzelbauten, die aber nicht ins Gewicht fallen. Vor 1933 wurde weit mehr und mit besserem Material gebaut.

4.Bericht: Auf der Humboldthöhe im Osten von Chemnitz hat die Städtische Baugesellschaft 15 Häuser gebaut, die etwa 180 Wohnungen umfassen. Sie wurden zum Teil an kinderreiche Familien vermietet. Der Mietpreis beträgt für eine Wohnung aus zwei Zimmern, ohne Bad 26,- RMk. und mit Bad 34,- RMk monatlich. Die Wohnungen mit Bad haben auch etwas grössere Zimmer. Die Zimmerwände der Wohnungen sind sehr dünn.

5.Bericht: Wohnungsbauten wurden in unserer Gegend (Erzgebirge) in den letzten Jahren in grösserem Ausmasse nicht durchgeführt. Es herrscht zwar kein direkter Wohnungsmangel, aber die Mieten sind verhältnismässig hoch. Die nicht gut bezahlten Arbeiter wohnen meistens noch in einer einzigen Stube. Die Miete für ein solches Zimmer, das Küche, Wohn- und Schlafraum zugleich ist, beträgt je Monat 12,- bis 15,- RMk.

Berlin: Die Wohnungsnot wächst. Zwar werden neue Wohnungen gebaut, die Mieten sind aber derart hoch, dass durchschnittliche Verdiener nicht einziehen können. In einem Vorort-Neubau, der hübsch und adrett aussieht, aber fast nur Kleinstwohnungen enthält, d.h. ein Zimmer, Wohnküche, Zubehör, warmes Wasser, aber keine Zentralheizung, kostet eine solche Wohnung 75,- RMk. im Nebenbau gibt es Zwei-Zimmerwohnungen für 95,- RMk.

In Berlin-Lichtenberg wurden grosse Laubengelände geräumt. Für die exmittierten Laubenbesitzer errichtete man Neubauten, die verhältnismässig billige Wohnungen bieten. Der Mietpreis bewegt sich um 40,- RMk. Das ist aber für eine Familie, die vorher in der Laube wohnte, immer noch teuer genug. Vor allem sind aber die Bauten so miserabel ausgeführt, dass jetzt, nachdem sie seit ein paar Monaten bezogen sind, Klagen über Klagen kommen. Die Wände sind nass, Schäden aller Art treten auf usw.

Hannover: Im Vorort X. wurden neun von angeblich fünfzig geplanten Siedlungen errichtet. In demselben Vorort gab es vor 1933 eine Siedlung mit mehreren hundert Wohnungen für Kriegsbeschädigte. Mit den neun neuen Häusern wurde ein grosser Tamtam gemacht; sie wurden festlich geschmückt und von allen Seiten photographiert. Die sind die ersten Häuser, die seit 1933 in dieser Arbeitergegend erbaut wurden. Nicht bekanntgemacht wurde, dass hier ein neues Bonzenviertel entstehen soll; denn die Bezieher der neuen Häuser sind 5 Beamte und 4 Angestellte der Arbeitsfront. Bereits 1936 hatte Berthold Karwahne, der Leiter der Reichsbetriebsgemeinschaft Chemie und Gauobmann der Arbeitsfront soviel Geld "ge-

spart, dass er mit 50.000 RMk Eigenkapital und 70.000 RMk Hypotheken sich in der teuersten Wohngegend der Stadt ein Etagenhaus mit acht Sechszimmerwohnungen für je 150,- RMk Miete bauen lassen konnte. Die Empörung darüber war sehr gross. Von der Gauleitung der Partei bekam K. eine Rüge; er hätte sich ein Einfamilienhaus bauen lassen sollen und als Arbeiterführer die Arbeiter nicht in dieser Weise verärgern dürfen. Mit dieser Rüge aber war die Sache für die Partei auch abgetan; heute nimmt man an diesem Hausbesitz keinen Anstoss mehr.

Nach den neuesten Ermittlungen des Instituts für Konjunkturforschung (Wochenbericht Nr. 38 vom 21. Sept. 1938) sind im 1. Halbjahr 1938 nur 112.000 Wohnungen fertiggestellt worden, d.h. 6% weniger als im 1. Halbjahr 1937. Andererseits sind die Baugenehmigungen um 14% höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Dieser Zuwachs an Baugenehmigungen ist einmal eine Folge der wachsenden Bedürfnisse der Vierjahresplanindustrien nach neuen Arbeiterwohnungen, dann aber auch eine Begleiterscheinung der grossen Städte-Umbauten in Berlin, München usw. Trotzdem ist damit zu rechnen, dass das Bauergebnis des laufenden Jahres hinter dem des Vorjahres zurückbleiben wird, weil in den letzten zwei Monaten soviel Bauarbeiter auf den Befestigungsbauten beschäftigt waren, dass viele Wohnungsbauten vorübergehend stillgelegt werden mussten.

Im übrigen ist aus den Ermittlungen des Instituts hervorzuheben:

1) Der Anteil der Wohnungsumbauten ist weiter zurückgegangen und macht nur noch 10% der gesamten im 1. Halbjahr erstellen Wohnungen aus.

2) Die gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften treten wieder stärker als Bauunternehmer hervor. (Auch das hängt mit den Vierjahresplan-Bauten zusammen). Sie haben im 1. Halbjahr 1938 rund 41% aller Wohnungen gebaut, gegen 34% im Jahre 1937 und 24% im Jahre 1935.

T e i l B

(Abgeschlossen am 9. Nov. 1938)

I. Das Privatrecht des Dritten Reichs

Privatrecht und öffentliches Recht

Der Begriff des Privatrechts steht im Gegensatz zu dem des öffentlichen Rechts. Dieses begründet in der Regel Rechtspflichten auf Staatsbefehl und hat es gewöhnlich mit Rechtsverhältnissen zwischen Staat und Staatsbürgern zu tun. Privatrechtliche Pflichten dagegen entstehen regelmässig durch Selbstbindung des Verpflichteten, private Rechtsverhältnisse bestehen überwiegend zwischen rechtlich Gleichgestellten. Allerdings wurde schon in der Vorkriegszeit auch das deutsche Privatrecht mit öffentlichrechtlichen Denkformen durchsetzt.

Die nationalsozialistischen Juristen des Dritten Reichs (vgl. z.B. Prof. Dr. Walz-Köln in Heft 17/1938 der Zeitschrift der Akademie für deutsches Recht und z.T. abweichend Prof. Ernst Rudolf Huber-Leipzig in seinem Beitrag "Zur Erneuerung des Bürgerlichen Rechts", Beck´sche Verlagsbuchhandlung, Berlin, 1938 S. 51 ff.) wollen mit dem "liberalen" Gegensatz zwischen Staat und Individuum, Staat und Gesellschaft usw. und auch dem zwischen öffentlichem und privatem Recht aufräumen. An die Stelle der bisherigen Unterscheidungen soll eine "rangordnungsgemässe Gliederung" treten. An der Spitze soll das Recht der "politischen Führung" stehen. Dann sollen jene Teilgemeinschaften des Volkes kommen, "wie sie durch den gemeinsamen Dienst an Volk und Staat, z.T. auch durch gemeinsames ererbtes Herkommen und Brauchtum bestimmt werden". Hierher gehören insbesondere Bauernrecht, Arbeitsrecht und Familienrecht. Schliesslich bleibt jener Bereich des täglichen Lebens, "in dem die einzelnen Volksangehörigen nach ihrer persönlichen Initiative untereinander ihre rechtlichen Verhältnisse bestimmen und entwickeln". Für dieses Rechtsgebiet wird der Name "Gesellschaftsrecht" vorgeschlagen. Es

handelt sich hierbei nicht um das alte Privatrecht, denn "auch diese Rechtssphäre ist völkisch bestimmt und völkisch bezogen". Damit ist also das Privatrecht überhaupt abgeschafft.

Bezeichnenderweise stehen die bolschewistischen Juristen auf dem gleichen Standpunkt. Auch sie erblicken im Bürgerlichen Gesetzbuch des Sowjetstaates nur öffentliches Recht, bei dem lediglich privatrechtliche Normen benutzt werden (vgl. Freund, "Das Zivilrecht Sowjetrusslands", S. 23). Privatrechte dürfen auch in der Sowjetunion nur ausgeübt werden, soweit sie ihren sozialwirtschaftlichen Bestimmungen nicht zuwiderlaufen. Der Bürger ist nicht Rechtssubjekt, sondern lediglich Objekt der staatlichen Tätigkeit. Private Rechte bestehen nur, soweit sie zur Entwicklung der Produktiv-kräfte des Landes förderlich sind und genutzt werden.

Nationalsozialistisches Blut- und Bodenrecht

Das nationalsozialistische Programm ist in seinen Forderungen nach Aenderung des deutschen Privatrechts ausserordentlich dürftig. Bei einer angeblich sozialistischen Partei, die das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufrechterhält, konnte es nicht gut anders sein. So findet sich neben Redensarten wie dem berühmten "Gemeinnutz geht vor Eigennutz" oder dem Verlangen nach einem "gemeindeutschen Recht" lediglich die Forderung nach Brechung der Zinsknechtschaft und dergleichen, die mit ihrem geistigen Vater Gottfried Feder unter dem Zwang der kapitalistischen Verhältnisse nach der Machtergreifung des Nationalsozialismus rasch in der Versenkung verschwand. Die ursprünglich im Programm vorgesehene Forderung nach Aufteilung des Grossgrundbesitzes war von Hitler nach 1930 durch die parteiamtliche Erklärung fallen gelassen worden, dass sie sich nur gegen den "jüdischen Grundstückshandel" richte. Nur so war damals die für die Erlangung der politischen Macht wertvolle Bundesgenossenschaft der ostelbischen Junker zu gewinnen.

Für eine Umgestaltung des Privatrechts blieben so keine Handhaben, als die Sätze Hitlers über Rasse und Staat in seinem Buche

"Mein Kampf": "Die völkische Weltanschauung sieht im Staat prinzipiell nur ein Mittel zum Zweck und fasst als seinen Zweck die Erhaltung des rassischen Daseins der Menschen auf... Sie glaubt an keine Gleichheit der Rassen". "Ein völkischer Staat wird in erster Linie die Ehe aus dem Niveau einer dauernden Rassenschande herauszuheben haben, um ihr die Weihe jener Institution zu geben, die berufen ist, Ebenbilder des Herrn zu zeugen und nicht Missgeburten zwischen Mensch und Affe". "Der völkische Staat hat die Rasse in den Mittelpunkt des allgemeinen Lebens zu setzen. Er hat für ihre Reinhaltung zu sorgen".

Die Erhaltung der Rasse sollte gesichert werden durch Fesselung eines fruchtbaren Bauerntums, das die Flucht vor dem Kinde am wenigsten mitgemacht hatte, an die Scholle. Zum Zwecke der Reinhaltung der Rasse wurde das Ehe-, Familien- und Erbrecht umgestaltet.

Für die Schaffung eines neuen Bauernrechts fanden die Nationalsozialisten in vielen deutschen Ländern die Grundlagen vor. Nach Artikel 64 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch waren die landesgesetzlichen Vorschriften über das Anerbenrecht in Ansehung landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Grundstücke nebst deren Zubehör unberührt geblieben. Nur konnten die Landesgesetze das Recht des Erblassers, über das dem Anerbenrecht unterliegende Grundstück von Todes wegen zu verfügen, nicht beschränken. Ein gesetzliches Anerbenrecht bestand z.B. auf dem Gebiet des ehemaligen Königreiches Hannover. In den Bauerngegenden Süddeutschlands war, abgesehen von Franken, wo Erbteilung herrschte, die "Uebergabe" des Bauernhofes bei Lebzeiten des Bauern an den ältesten oder jüngsten Sohn oder an den Schwiegersohn unter gewisser Benachteiligung der übrigen Kinder allgemein üblich.

Das Reichserbhofgesetz vom 26. Sept. 1933 führte für Bauernhöfe im Ausmass von einer Ackernahrung bis zur Grösse von 125 Hektar das Anerbenrecht im ganzen Reiche ein. Es kann durch Verfügung von Todes wegen nicht ausgeschlossen oder beschränkt werden. Der Erbhof ist grundsätzlich unveräusserlich und unbelastbar

Er kann nur im Eigentum einer bauernfähigen Person stehen. Bauer kann nur sein, wer deutscher Staatsbürger und deutschen oder stammesgleichen Blutes und ehrbar ist. Deutschen oder stammesgleichen Blutes ist nicht, wer unter seinen Vorfahren väterlicher- oder mütterlicherseits bis 1. I. 1800 zurück jüdisches oder farbiges Blut hat. Der Erbhof geht an den ältesten oder nach Landesbrauch an den jüngsten Sohn ungeteilt über. Die anderen Abkömmlinge des Erbhofbauern müssen bis zu ihrer Volljährigkeit auf dem Erbhof angemessen unterhalten und erzogen werden. Mädchen sollen auch eine angemessene Aussteuer erhalten. Gerät eines der Bauernkinder unverschuldet in Not, so wird ihm -gegen Arbeitsleistung- die "Heimatzuflucht" gewährt. In den Erbhof kann wegen einer Geldforderung nicht vollstreckt werden. Auf ihm noch ruhende frühere Verbindlichkeiten müssen, soweit das ausser dem Hof vorhandene Vermögen dazu ausreicht, abgetragen werden. Die behördliche Genehmigung zur Veräusserung des Erbhofs wird nur erteilt, wenn der Bauer den Hof dem beim Erbfall nächstberechtigten Anerben "übergeben" will. Zur Entscheidung von Streitigkeiten sind besondere Erbhof- und Anerbengerichte eingesetzt.

Nach diesem Gesetz ist der Erbhofbauer nicht mehr unumschränkter Herr seines Eigentums. Er kann es nicht mehr veräussern wie er will, er kann nicht mehr letztwillig darüber verfügen, er ist wie der hörige und leibeigene Bauer des Mittelalters an die Scholle gebunden. Dazu ist er auch kreditunwürdig, da der Erbhof nicht mehr mit Hypotheken belastet werden darf. Dadurch ist auch die Abfindung der Geschwister des Anerben vielfach unmöglich gemacht. Diese übermässige Benachteiligung der Geschwister des Anerben steht aber mit dem Rechtsempfinden der ländlichen Bevölkerung im schärfsten Widerspruch und kann zu einer freiwilligen Beschränkung der Kinderzahl führen, den Hauptzweck des Gesetzes also vereiteln.

Dem Gedanken der Erhaltung einer gesunden Rasse ist ferner das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 entsprungen. Nach diesem Gesetze können erblich Schwachsinnige, Irre, Fallsüchtige, erbliche Veitstänzer, erblich Blinde und Taube und erblich schwer Missbildete durch chirurgischen Eingriff

unfruchtbar gemacht werden. Antragsberechtigt sind der Erbkranke oder sein gesetzlicher Vertreter, aber auch jeder Amtsarzt und für die Insassen einer Kranken-, Heil-, Pflege- oder Strafanstalt der Leiter dieser Anstalt. Zur Entscheidung über die Unfruchtbarmachung sind Erbgesundheitsgerichte zuständig, die sich aus einem Amtsrichter, einem Amtsarzt und einem Erbgesundheitsarzt zusammensetzen. Hat das Gericht die Unfruchtbarmachung endgültig beschlossen, so kann sie auch gegen den Willen des Erbkranken durchgeführt werden, sofern nicht dieser allein den Antrag gestellt hat. Die Anwendung unmittelbaren Zwanges ist zulässig. Die Unfruchtbarmachung soll nicht vor Vollendung des 10. Lebensjahres vorgenommen werden. Nach einem Gesetz vom 26. 6. 1935 ist bei einer Frau, die nach rechtskräftigem Entscheid eines Erbgesundheitsgerichts unfruchtbar gemacht werden soll, sogar die Unterbrechung der Schwangerschaft zulässig. Andererseits wird die Unfruchtbarmachung nicht erbkranker Personen, wenn sie nicht zur Abwendung einer ernsten Gefahr für das Leben oder die Gesundheit vorgenommen wird, als Körperverletzung bestraft. - Das Gesetz schiesst über das Ziel einer vernünftigen Eugenik weit hinaus. Insbesonders ist die zwangsweise Vornahme auch gegen den Willen des Erbkranken ein schwerer Eingriff in die persönliche Freiheit. Dazu wird offenbar mit einem blinden Fanatismus vorgegangen, der im Volkskörper schwere Verheerungen anrichten kann und nach allen Berichten nicht nur Menschenglück, sondern auch viele Menschenleben vernichtet.

Durch ein Gesetz vom 23. November 1933 wurde als neuer Ehenichtigkeitsgrund eingeführt, dass die Ehe vorwiegend zu dem Zweck geschlossen wurde, der Frau die Führung des Familiennamens des Mannes zu ermöglichen, ohne dass die eheliche Lebensgemeinschaft gegründet werden soll. Ferner wurde bestimmt, dass die schon bisher vorgeschriebene gerichtliche Bestätigung einer Annahme an Kindesstatt auch dann zu versagen sei, wenn begründete Zweifel daran bestünden, dass durch die Annahme ein dem Eltern- und Kindesverhältnis entsprechendes Familienband hergestellt werden solle oder wenn vom Standpunkt der Familie des Annehmenden oder im öffentlichen Interesse wichtige Gründe gegen die Herstel-

lung eines Familienbandes sprächen. Vor der Entscheidung über den Bestätigungsantrag ist die höhere Verwaltungsbehörde zu hören. Das Gesetz erhielt für Ehen und Annahmen an Kindesstatt seit 8. November 1918 rückwirkende Kraft. Es richtet sich nach der Begründung besonders gegen den Schacher mit Adelsnamen, unter deren Erwerbern sich "auffallend viele Angehörige der jüdischen Rasse" befinden sollten. Die Annahme von Nationalsozialisten an Kindesstatt durch Adelige (v. Ribbentrop!) wurde offenbar in Ordnung befunden. Ein entgegenstehendes öffentliches Interesse soll nach der Begründung besonders bei "rassischer Verschiedenheit der Beteiligten" angenommen werden.

Schon bald nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten setzte sich in der Recht-sprechung als neuer Eheanfechtungsgrund wegen "Irrtums über solche persönliche Eigenschaften des anderen Ehegatten, die bei Kenntnis der Sachlage und bei verständiger Würdigung des Wesens der Ehe von der Eingehung der Ehe abgehalten haben würden" (§ 1333 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) auch die Zugehörigkeit des einen Ehegatten zur jüdischen Rasse durch. Als Zeitpunkt der Entdeckung des Irrtums nahmen die Gerichte dabei die Kenntnis von der nationalsozialistischen Aufklärungsarbeit an, durch die auf die Gefahren der Rassenmischung erst aufmerksam gemacht worden sei.

Als Ehenichtigkeitsgrund wurde dann die Rassenverschiedenheit durch das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935 mit Ausführungsverordnung vom 14. 11. 1935 eingeführt. Aus der Erkenntnis "dass die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des deutschen Volkes ist, und beseelt von dem unbeugsamen Willen, die deutsche Nation für alle Zukunft zu sichern", wurden Eheschliessungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes verboten. Trotz dem Verbot im Ausland zur Umgehung des Gesetzes geschlossene Ehen sind nichtig erklärt. Der ausserehelliche Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist ebenfalls untersagt, Zuwiderhandlungen sind mit Strafe bedroht. Ferner sollen grundsätzlich Ehen nicht geschlossen werden, wenn aus ihnen die Reinhaltung

des deutschen Blutes gefährdende Nachkommenschaft zu erwarten ist.

Staatsangehörige jüdische Mischlinge mit zwei volljüdischen Grosseltern bedürfen zur Eheschliessung mit Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes oder mit staatsangehörigen jüdischen Mischlingen, die nur einen volljüdischen Grosselternteil haben, der Genehmigung des Reichsministers des Innern und des Stellvertreters des Führers. - Eine Ehe soll ferner nicht geschlossen werden zwischen staatsangehörigen jüdischen Mischlingen, die nur einen volljüdischen Grosselternteil haben.Durch Ehetauglichkeitszeugnis hat jeder Verlobte nachzuweisen, dass kein Ehehindernis gegen die Rassenschutzbestimmungen vorliegt. Auch das Recht des Dienstvertrages wurde rassisch gestaltet durch das Verbot für Juden, weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren in ihrem Haushalt zu beschäftigen. Hausgehilfinnen, die beim Erlass des Gesetzes in einem jüdischen Haushalt beschäftigt waren und bis zum 31. Dezember 1935 das 35. Lebensjahr vollendeten, konnten nach der Ausführungsverordnung vom 14. November 1935 in ihrem bisherigen Arbeitsverhältnis verbleiben.

Das Ehetauglichkeitszeugnis eines Gesundheitsamtes wurde durch das Gesetz zum Schutz der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Ehegesundheitsgesetz) vom 18. Oktober 1935 als Eheerfordernis eingeführt. Darnach darf eine Ehe nicht geschlossen werden, wenn einer der Verlobten an einer mit Ansteckungsgefahr verbundenen Krankheit leidet, die eine erhebliche Schädigung der Gesundheit des anderen Teiles oder der Nachkommen befürchten lässt; ferner, wenn einer der Verlobten entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht; weiter, wenn einer der Verlobten ohne entmündigt zu sein, an einer geistigen Störung leidet, die die Ehe für die Volksgemeinschaft unerwünscht erscheinen lässt, und endlich, wenn einer der Verlobten an einer Erbkrankheit im Sinne de Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses leidet. Im letzteren Fall scheidet das Ehehindernis aus, wenn der andere Verlobte unfruchtbar ist. Die entgegen den Bestimmungen des Gesetzes ge-

schlossenen Ehen sind nichtig. Das Gesetz findet keine Anwendung, wenn beide Verlobte oder der männliche Verlobte eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen. Mit der Einführung des Ehetauglichkeitszeugnisses folgte die Reichsregierung dem Beispiel skandinavischer Staaten. Die allgemeine Tendenz des Gesetzes ist nicht zu beanstanden.

Das Recht der Leidenschaft

Wesentlich anders verhält es sich mit dem Gesetz über die Aenderung und Ergänzung familienrechtlicher Vorschriften vom 12. April 1938. Es ist z.T. offensichtlich auf die Bedürfnisse einzelner führender Nationalsozialisten zugeschnitten. Der erste Artikel beseitigt das bisherige absolute Ehehindernis des § 1310 des Bürgerlichen Gesetzbuches zwischen Verschwägerten in gerader Linie und zwischen Personen, "von denen die eine mit Eltern, Voreltern oder Abkömmlingen der anderen Geschlechtsgemeinschaft gepflogen hat". Nunmehr kann von diesem Ehehindernis Befreiung bewilligt werden; die Ehe wird von Anfang an als gültig angesehen, wenn die Befreiung erst nachträglich bewilligt wird. Aus der Verbindung hervorgegangene Kinder können entgegen der bisherigen Vorschrift des § 1732 des Bürgerlichen Gesetzbuchs für ehelich erklärt werden. Als Grund für die Gesetzesänderung wird die "oft leidenschaftliche Zuneigung" des Stiefvaters zur Stieftochter angegeben. Welcher nationalsozialistische Führer den Anlass zu dieser Berücksichtigung der Leidenschaft im Privatrecht gab, wird in der Begründung nicht erwähnt und ist vorerst unbekannt.

Umso besser kennt man die Hintergründe des Artikels 2 des Gesetzes vom 12. April 1938. Er stellt die wohlerwogene Regelung der Anfechtung der Ehelichkeit eines Kindes im bisherigen § 1593 des Bürgerlichen Gesetzbuches auf den Kopf. Nach bisherigem Recht konnte die Anfechtung der Ehelichkeit nur binnen Jahresfrist erfolgen. Die Frist begann mit dem Zeitpunkt, in welchem der Mann die Geburt des Kindes erfuhr. Die Anfechtung der Ehelichkeit war ausgeschlossen, wenn der Mann das Kind nach der Geburt als das seinige anerkannt hatte. Diese auf das römische Recht (pater is

est, quem nuptiae demonstrant, d.h. Vater ist der Ehemann) zurückgehende Vorschrift verfolgt den Zweck, Streitigkeiten über die Ehelichkeit eines Kindes möglichst rasch aus der Welt zu schaffen und so dem Besten der Ehe sowohl, wie des Kindes zu dienen.

Die Nationalsozialisten haben andere Ziele. In ihren Reihen befinden sich einflussreiche Leute, die den Verdacht jüdischer Abstammung dadurch zu beseitigen suchten, dass sie ihrer "arischen" mit einem Juden verheirateten Mutter einen Ehebruch mit einem "Arier" andichteten. Nach der Einverleibung Wiens mag die Zahl dieser einer Bereinigung ihres Staummbaums bedürftigen Nationalsozialisten Legion geworden sein. Am bekanntesten waren bisher die Fälle des Dichters Arnolt Bronnen und des Generals Milch. Das Gesetz vom 12. April 1938 liefert nunmehr die rechtliche Handhabe zum Nachweis der Rassenreinheit, auch wenn die Frist zur Anfechtung der Ehelichkeit nach bisherigem Recht verstrichen ist. Die Anfechtungsfrist beginnt nunmehr mit dem Zeitpunkt, in dem der Ehemann Kenntnis von den Umständen erlangt, die für die Unehelichkeit des Kindes sprechen. Hat der Ehemann die Ehelichkeit eines Kindes nicht innerhalb eines Jahres seit dessen Geburt angefochten oder ist er verstorben oder ist sein Aufenthalt unbekannt, so kann jetzt der Staatsanwalt die Ehelichkeit des Kindes anfechten, wenn er das im öffentlichen Interesse oder im Interesse des Kindes für geboten erachtet. Eine etwaige Anerkennung des Kindes als ehelich durch den Ehemann steht der Anfechtung nicht mehr entgegen (!). Für die Anfechtungsklage gilt die Offizialmaxime, d.h. das Gericht muss alle ihm notwendig erscheinenden Beweise ohne Rücksicht auf die Anträge der Parteien erheben. In der Begründung wird das öffentliche Interesse an der Klarstellung der wirklichen Abstammung betont. "Ein öffentliches Interesse wird", so heisst es wörtlich, "besonders dann anzunehmen sein, wenn, wie beim Hineinspielen rassenpolitischer oder erbbiologischer Gesichtspunkte, staatliche Belange unmittelbar berührt werden." Die Vorschriften des Artikels 2 des Gesetzes gelten auch, wenn das Kind vor Inkrafttreten des Gesetzes geboren ist. In diesem Fall beginnt die Anfechtungsfrist mit dem Inkrafttreten des Gesetzes.

Die deutsche Oeffentlichkeit darf also demnächst die rassische Rehabilitierung gewisser unentbehrlicher Gestalten des Dritten Reichs erwarten. Das neue Gesetz könnte aber auch dem Hause Wahnfried in Bayreuth gefährlich werden. Ein Sprössling dieses Hauses, Isolde von Bülow (recte Wagner) wurde von Richard Wagner noch während der Ehe Cosimas mit Hans von Bülow erzeugt. Ein früherer Versuch des Ehemanns Isoldens, des Kapellmeisters Beidler, die Ausserehelichkeit Isoldens durch deren Wagnernase nachzuweisen, scheiterte an dem Stande der damaligen deutschen Gesetzgebung. Nach dem Gesetze vom 12. April 1938 könnte Isolde zum Mitglied der Familie Wagner erklärt werden, wenn der Staatsanwalt im öffentlichen Interesse die Klage auf Anfechtung der Ehelichkeit Isoldens erheben würde. Vor diesem Familienzuwachs und den damit verbundenen erbrechtlichen Ansprüchen wird aber wohl Hitler das befreundete Haus Wahnfried durch Anweisung des Staatsanwalts auf Unterlassung der Klage zu bewahren wissen.

Die übrigen weniger bedeutsamen Bestimmungen des Gesetzes vom 12. April 1938 stehen ebenfalls unter dem Rassengesichtspunkt. Nach § 9 haben sich die Parteien und Zeugen in familienrechtlichen Streitigkeiten erb- und rassenkundlichen Untersuchungen zu unterwerfen, insbesonders die Entnahme von Blutproben zum Zwecke der Blutgruppenuntersuchung zu dulden, soweit dies zur Feststellung der Abstammung eines Kindes erforderlich ist. Gegen Widerstrebende kann unmittelbarer Zwang angewendet werden (!).

Nach § 12 kann das durch eine Annahme an Kindesstatt begründete Rechtsverhältnis auf Antrag durch gerichtliche Entscheidung wieder aufgehoben werden, wenn wichtige Gründe in der Person des Annehmenden oder des Kindes die Aufrechterhaltung des Annahmeverhältnisses sittlich nicht mehr gerechtfertigt erscheinen lassen. Der Antrag kann bei dringendem öffentlichen Interesse an der Aufhebung von der höheren Verwaltungsbehörde, sonst von den Beteiligten gestellt werden. Als ein dringendes öffentliches Interesse wird in der Begründung die Rassenverschiedenheit der Beteiligten bezeichnet.

Durch Artikel 6 des Gesetzes wird ein neuer § 1735a geschaffen,

demzufolge die Verfügung, durch die ein uneheliches Kind für ehelich erklärt worden ist, zurückgenommen werden kann, wenn der Antragsteller nicht der Vater des Kindes ist. Ueber die Zurücknahme entscheidet der Reichsminister der Justiz.

Die neue Ehe "im Namen des Reichs"

Eine völlige Neuordnung des Eherechts des Bürgerlichen Gesetzbuchs brachte das Gesetz zur Vereinheitlichung des Rechtes der Eheschliessung und der Ehescheidung im Lande Oesterreich und im übrigen Reichsgebiet vom 6. Juli 1938. Die wesentlichen Neuerungen bei der Eheschliessung sind:

Auch der für volljährig erklärte, aber noch nicht 21 Jahre alte Mann bedarf zur Eingehung der Ehe einer besonderen Erlaubnis. Minderjährige Verlobte brauchen jetzt zur Eheschliessung auch die Einwilligung der Mutter. Doch kann die ohne triftigen Grund verweigerte Einwilligung der Eltern oder sonstigen gesetzlichen Vertreter nunmehr durch die des Vormundschaftsrichters ersetzt werden. - Die Eheverbote sind durch den Einbau des Rassenschutzgesetzes und des Ehegesundheitsgesetzes ergänzt. - Beim Ehehindernis des Ehebruchs soll die schon bisher mögliche Befreiung nur noch versagt werden, wenn schwerwiegende Gründe der Eingehung der neuen Ehe entgegenstehen. - Auch Angehörige des Arbeitsdienstes bedürfen zur Eheschliessung nunmehr einer besonderen dienstlichen Erlaubnis.

Eine Ehe kommt nur noch zustande, wenn sie vor einem Standesbeamten geschlossen wird. Das bisherige Erfordernis, dass der Standesbeamte zur Entgegennahme der Erklärung der Brautleute "bereit" sein musste, ist gestrichen. Als Ehezeugen bei Ehen von Ariern und Mischlingen zweiten Grades sind nach der I. Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes vom 19. Mai 1938 Juden nicht mehr zugelassen. Der Standesbeamte hat "im Namen des Reichs" auszusprechen, dass die Verlobten nunmehr rechtmässig verbundene Eheleute seien.

Die wichtigsten Ehenichtigkeitsgründe sind jetzt Rassenschande und Verstoss gegen das Ehegesundheitsgesetz. Solche nichtige Ehen

sind unheilbar, Kinder daraus sind auf jeden Fall unehelich. Nichtig sind ferner Ehen, die ausschliesslich oder vorwiegend zu dem Zweck geschlossen werden, der Frau die Führung des Familiennamens des Mannes oder den Erwerb der Staatsangehörigkeit des Mannes zu ermöglichen, ohne dass die eheliche Lebensgemeinschaft begründet werden soll. Die Ehe ist jedoch von Anfang an gültig, wenn die Ehegatten nach der Eheschliessung fünf Jahre miteinander gelebt haben. Eine formwidrige Ehe wird, wenn sie nur vor einem Standesbeamten geschlossen ist, ebenfalls durch ein fünfjähriges Zusammenleben der Ehegatten zu einer gültigen Ehe, auch wenn sie nicht in das Heiratsregister eingetragen ist. Die wegen Schwägerschaft oder Ehebruchs verbotenen Ehen sind als von Anfang an gültig anzusehen, wenn nachträgliche Befreiung vom Eheverbot bewilligt wird. Auf die Nichtigkeit einer Ehe kann sich niemand berufen, solange sie nicht durch gerichtliches Urteil für nichtig erklärt worden ist. Kinder aus rassenschänderischen und nach dem Ehegesundheitsgesetz verbotenen Ehen, die stets unehelich sind, können gleichwohl von dem Vater den Unterhalt wie eheliche Kinder verlangen. Kinder aus Ehen, die wegen Formwidrigkeit, Geschäftsunfähigkeit oder Geistesstörung des einen Teils, wegen Doppelehe, Blutsverwandtschaft oder Schwägerschaft oder wegen Ehebruchs nichtig sind, gelten als ehelich.

Die bisher mögliche Anfechtung der Ehe durch einen der Ehegatten mit der Wirkung, dass die Ehe als von Anfang an nichtig angesehen wurde, wird durch die Aufhebungsklage ersetzt. Sie kann nur binnen eines Jahes erhoben werden und führt zur Auflösung der Ehe, aber erst von der Rechtskraft des Urteils an. Ein Ehegatte kann auf Aufhebung der Ehe klagen, wenn er sich bei der Eheschliessung über solche die Person des anderen Ehegatten betreffende Umstände geirrt hat, die ihn bei Kenntnis der Sachlage und bei richtiger Würdigung des Wesens der Ehe von der Eingehung der Ehe abgehalten hätten. Die Aufhebungsklage ist ausgeschlossen, wenn der berechtigte Ehegatte nach Entdeckung des Irrtums zu erkennen gegeben hat, dass er die Ehe fortsetzen will oder wenn sein Verlangen nach Aufhebung der Ehe mit Rücksicht auf die bisherige Gestaltung des ehelichen Lebens der Ehegatten "sittlich

nicht gerechtfertigt" erscheint.

Neues Ehescheidungsrecht

Bei der Neugestaltung des Ehescheidungsrechts war eine starke Strömung dafür vorhanden, lediglich eine Generalklausel zu schaffen, des Inhalts, dass jede für die Volksgemeinschaft wertlose Ehe aufgelöst werden könne. Allein davon, wie von der Annahme des schon seit Jahrzehnten empfohlenen Zerrüttungsprinzips wurde abgesehen, "weil die grosse Mehrzahl der Volksgenossen von der nationalsozialistischen Weltanschauung nach einer erst fünfjährigen Erziehung noch nicht so tief durchdrungen ist".(!) Dafür wurde das bisherige Verschuldungsprinzip "ausgebaut". Als neuer Ehescheidungsgrund ist die beharrliche Verweigerung der Fortpflanzung ohne trifftigen Grund eingeführt. Neu gefasst ist ferner der bisherige § 1568 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Allgemein kann jetzt ein Ehegatte Scheidung begehren, wenn der andere durch eine "sonstige schwere Eheverfehlung oder durch ehrloses oder unsittliches Verhalten die Ehe schuldhaft so tief zerrüttet hat, dass die Wiederherstellung einer ihrem Wesen entsprechenden Lebensgemeinschaft nicht erwartet werden kann". Hierher gehört jetzt nach der Begründung auch der Fall der böslichen Verlassung, dessen bisherige etwas umständliche Regelung wegfällt. Ferner kann jetzt Ehescheidung verlangt werden, wenn die Ehe durch ein auf geistiger Störung beruhendes Verhalten (z.B. Hysterie) eines Ehegatten zerrüttet ist, weiter, wenn der Ehegatte an einer schweren ansteckenden oder ekelerregenden Krankheit leidet oder wenn er vorzeitig unfruchtbar geworden ist.(!) Geisteskrankheit gilt jetzt als Scheidungsgrund ohne Wartezeit. Endlich kann jeder Ehegatte die Scheidung verlangen, wenn die häusliche Gemeinschaft seit drei Jahren aufgehoben und die Wiederherstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechenden Lebensgemeinschaft nicht zu erwarten ist. Hat der Ehegatte, der Scheidung begehrt, die Zerrüttung ganz oder überwiegend verschuldet, so kann der andere der Scheidung widersprechen. Der Widerspruch ist jedoch nicht zu beachten, wenn die Aufrechterhaltung der Ehe bei richtiger Würdigung des

Wesens der Ehe und des gesamten Verhaltens beider Ehegatten "sittlich nicht gerechtfertigt ist".

Das Recht auf Scheidung wegen Verschuldens besteht in keinem Falle, wenn sich aus dem Verhalten des verletzten Ehegatten ergibt, dass er die Verfehlung des anderen verziehen oder sie als ehezerstörend nicht empfunden hat. Diese Bestimmung gilt auch für den Ehebruch. Scheidung wegen Ehebruchs soll insbesonders dann ausgeschlossen sein, wenn der klagende Gatte den Ehebruch absichtlich ermöglicht oder erleichtert, z.B. "den anderen in Versuchung geführt" hat . Die Fristen für die Einreichung der Ehescheidungsklage sind z.T. abweichend vom früheren Rechte geregelt. Im Schuldausspruch ist jetzt auch die Feststellung der überwiegenden Schuld eines Teiles möglich. Die Bestimmungen über die Namensführung der geschiedenen Frau sind "zum Schutze des Mannes und seiner Sippe" neu gefasst.

Neu geregelt sind auch die Unterhaltsverpflichtungen zwischen geschiedenen Ehegatten. Auch die schuldlos geschiedene Frau muss jetzt eine Erwerbstätigkeit ausüben, "die von ihr den Umständen nach erwartet werden kann". Bisher kam es darauf an, ob eine solche Tätigkeit nach den Verhältnissen, in denen die Ehegatten gelebt hatten, für die Frau üblich war. Vereinbarungen über die Regelung der Unterhaltspflichten vor Scheidung der Ehe sind jetzt nicht schon deshalb nichtig, weil sie die Scheidung erleichtert oder ermöglicht haben.

Das Schicksal der Kinder nach der Scheidung hängt nicht mehr ausschliesslich vom Verschulden des einen Eheteils ab. Vielmehr ist jetzt massgebend, was nach Lage der Verhältnisse und Meinung des Vormundschaftsgerichts dem Wohle der Kinder am besten entspricht. Geschwister sollen grundsätzlich vom selben Elternteil betreut werden, "damit Störungen des Sippenbewusstseins" vermieden werden. Das Vormundschaftsgericht kann die Sorge für die Kinder aus besonderen Gründen auch einem Pfleger übertragen.

Im ganzen bringt das neue Ehescheidungsrecht eine erhebliche Verschlechterung der Rechtslage für den unschuldigen Ehegatten mit sich. Die neuen Vorschriften werden sich besonders zu ungun-

sten des schwächeren Teils, der Frau, auswirken, wenn bei den Gerichten die germanische Rechtsauffassung durchdringt, nach der dem Manne der Ehebruch gestattet, bei der Frau aber unter allen Umständen ein schweres Verbrechen ist. Das natürliche Recht jedes Ehegatten, das Verhalten des andern nach eigenem Empfinden zu beurteilen und aus schwerer Kränkung der eigenen Ehre und Persönlichkeit die Rechtsfolgen zu ziehen, wird beseitigt und durch ein kühles richterliches Ermessen, durch Zweckmässigkeitserwägungen Dritter über den Wert des Fortbestandes einer Ehe für die "Volksgemeinschaft" ersetzt. Ein vielleicht herzensroher Richter entscheidet jetzt darüber, ob der eine Eheteil den Ehebruch des andern als ehestörend empfunden hat oder nicht. (!) Während bisher ausschlaggebend war, ob angesichts einer tiefgehenden Zerrüttung durch die Schuld des einen Ehegatten dem andern die Fortsetzung der Ehe zugemutet werden kann, ist jetzt die Ansicht des Richters entscheidend, ob die Wiederherstellung einer Lebensgemeinschaft zu erwarten ist. Auch der schuldlose Eheteil kann die Scheidung nicht mehr verhindern, wenn die Aufrechterhaltung der Ehe nach Meinung des Richters "sittlich nicht gerechtfertigt ist" Das wird wohl besonders dann angenommen werden, wenn die schuldlose Ehefrau sich aus dem Grunde nicht scheiden lassen will, um ihre Unterhaltsansprüche durch eine neue Ehe des schuldigen Mannes nicht verschlechtern oder gar beseitigen zu lassen. Bisher konnte die schuldlose Ehefrau einfach getrennt von ihrem Manne leben und sie konnte nicht gezwungen werden, sich scheiden zu lassen. Dieses Recht fällt jetzt zugunsten eines richterlichen Ermessens dahin. Sittlich gerechtfertigt kann nach einem Aufsatz im zweiten Morgenblatt der "Frankfurter Zeitung" vom 16.9. 1938 die Aufrechterhaltung der Ehe z.B. schon dann nicht mehr sein, wenn "das Fehlen männlicher Nachkommen als besonders schmerzlich empfunden wird". (!) Auch über religiöse Bedenken gegen die Ehescheidung setzt sich das neue Recht hinweg. Die Unterhaltsansprüche der schuldlos geschiedenen Ehefrau sind wesentlich verschlechtert worden. Das natürliche Recht des schuldlosen Ehegatten auf die Kinder wird durch Rücksichten auf das Wohl der Kinder verdrängt, wie es ein in die Verhältnisse oft nicht eindringender oder aus irgend welchen Grün-

den voreingenommener Richter auffasst. Ueberall drängt sich in das, was zwei Menschen allein angeht und was sie mit ihrem Gewissen abzumachen haben, die Volksgemeinschaft in Gestalt eines Richters ein, der beim besten Willen schon gar nicht die Zeit hat, alle Tiefen und Untiefen menschlicher Tragödien zu ergründen. So wird auch auf dem höchst persönlichen Gebiete des Ehelebens das Schicksal und Glück des einzelnen dem Nutzen des Staates geopfert.

Erneuertes Erbrecht

Die "Erneuerung" des Erbrechts ist im Dritten Reich erst in jüngster Zeit in Angriff genommen worden. Nach dem Gesetz über erbrechtliche Beschränkungen wegen gemeinschaftswidrigen Verhaltens vom 5. November 1937 können ausgebürgerte Deutsche von einem deutschen Staatsangehörigen nichts von Todes wegen erben, auch können ihnen keine Schenkungen gemacht werden. Ein Erblasser deutscher Staatsangehörigkeit und deutschen oder artverwandten Blutes kann einem Abkömmling den Pflichtteil entziehen, wenn der Abkömmlich eine rassenschänderische Ehe eingegangen ist. Der Erbrechtsausschuss der Akademie für deutsches Recht will den Pflichtteilsentzug sogar schon bei Betätigung einer staatsfeindlichen Gesinnung des Pflichtteilsberechtigten zulassen. (Zweite Denkschrift des Ausschusses, Seite 262). Durch das Gesetz über die Errichtung von Testamenten und Erbverträgen vom 31. Juli 1938 wird die Formenstrenge des Bürgerlichen Gesetzbuches "aufgelockert", wie ein Lieblingsausdruck der Juristen des Dritten Reiches lautet. Bisherige Mussvorschriften sind zum grossen Teil in Sollvorschriften umgewandelt. Entgegen den grundsätzlichen Forderungen des Nationalsozialismus ist auch das "heimliche" eigenhändige Testament aufrechterhalten. Beim öffentlichen Testament ist dem Urkundsbeamten die Verpflichtung auferlegt, den Erblasser auf etwaige Bedenken gegen den Inhalt seiner letztwilligen Verfügung aufmerksam zu machen. Eine Verfügung von Todes wegen ist nunmehr auch dann nichtig, "soweit sie in einer gesundem Volksempfinden gröblich widersprechenden Weise gegen die Rücksichten verstösst, die ein verantwortungsbewusster Erblasser gegen Fami-

lien- und Volksgemeinschaft zu nehmen hat". Diese Kautschukbestimmung öffnet Erbstreitigkeiten und richterlicher Willkür Tür und Tor. - Ein weiterer Nichtigkeitsgrund ist, dass ein anderer den Erblasser durch Ausnutzung seiner Todesnot zur Errichtung der letztwilligen Verfügung bestimmt hat. Diese Neuerung soll der angeblichen Erbschleicherei durch Priester am Sterbebett einen Riegel vorschieben.

Erneuertes Sachen- und Schuldrecht

Noch dürftiger sind die Ergebnisse des nationalsozialistischen Rechtsumbaus auf dem Gebiet des Schuld- und Sachenrechts. Durch Gesetze über Beschränkung der Sachenrechte vom 13. Dezember 1933 und 18. Oktober 1935 wurde den Nachbarn von Betrieben, die eine besondere Bedeutung für die Volksertüchtigung oder für die Volksgesundheit haben, das bisherige Recht entzogen, wegen übermässigen Lärms und ähnlicher Belästigungen die Einstellung der Betriebe zu verlangen. Ein Gesetz zur Regelung von Kapitalfälligkeiten gegenüber dem Ausland vom 27. Mai 1937 zwingt den ausländischen Gläubiger, die Einzahlung des Schuldbetrages auf ein deutsches Sperrkonto als Schulderfüllung gelten zu lassen. Der Häufung der Wohnungsumzüge zu Vierteljahrbeginn wird durch ein Gesetz über die Auflockerung der Kündigungstermine vom 24. März 1938 mit Einführung der monatlichen Kündigung vorgebeugt.

Kulturpolitisch aufschlussreicher ist aber das Gesetz über die Bereinigung alter Schulden vom 17. August 1938, das man nach einem im Jahre 1932 in Konkurs geratenen Gönner Hitlers eine Lex Bechstein nennen könnte. Darnach können die alten Schulden derjenigen "bereinigt" werden, die infolge der Wirtschaftsnot oder infolge ihres Einsatzes für die nationalsozialistische Bewegung bei der Ausübung eines selbständigen Berufs vor dem 1. Januar 1934 wirtschaftlich zusammengebrochen sind, oder ihr Eigenheim oder ihren sonstigen Haus- und Grundbesitz verloren haben. Schulden, bei denen ein Schutz dem gesunden Volksempfinden widersprechen würde, soll das Gesetz nicht zugute kommen. Auf jüdische Schuldner soll es überhaupt nicht anwendbar sein. Stimmt der

Gläubiger der Erleichterung seiner Kasse für nationalsozialistische Parteizwecke nicht freiwillig zu, so wird er durch "Vertragshilfe", und wenn alles nichts hilft, durch das "Gestaltungsrecht" des Gerichtes zum Schuldennachlass gezwungen. Im Beschwerdeverfahren ist sogar, natürlich zugunsten des nationalsozialistischen Schuldners, die Mitwirkung der Staatsanwaltschaft vorgesehen.(!) Für diese Seisachtheia (Lastenabschüttelung) im sechsten Jahre des Hitlerheils gibt es kein Vorbild in der Geschichte! Aber dankbar sind sie ihren Anhängern,diese nationalsozialistischen Rechtserneuerer, besonders wenn es aus fremden Taschen geht.

Weitere Pläne

Die Notwendigkeit der völligen Umgestaltung des deutschen Privatrechts begründet Professor Hedemann-Berlin in seinem Beitrag "Zur Erneuerung des bürgerlichen Rechts" (C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, Berlin, 1938, Seite 8)damit, dass die "Verteilung der Welt" begonnen habe und für Deutschlands Weltgeltung auch "ein breit hingelagertes, neues, ehrenhaftes volksbürgerliches Recht" erforderlich sei. Das Bürgerliche Gesetzbuch von 1900 wird für das Dritte Reich als nach System, Form, Grundgedanken und Einzelbestimmungen nicht geeignet erklärt. Den Auftrag zu der Erneuerungsarbeit hat angeblich der Führer gegeben und in Heidelberg durch den Mund des Staatssekretärs im Reichsjustizministerium Dr. Schlegelberger verkünden lassen.

Die gesamte nationalsozialistische Rechtserneuerung fusst auf der Grundanschauung, dass es kein für alle Menschen in gleicher Weise geltendes Recht, kein "Naturrecht" gebe, sondern dass Recht immer nur sei, was einem bestimmten, aus einer bestimmten Rasse hervorgegangenen Volke vermöge seiner Eigenart, zu fühlen, zu denken, zu wollen, als richtige Ordnung und Form seines Gemeinschaftslebens erscheine. Was für das eine Volk recht sei, könne für das andere unrecht sein und umgekehrt. Alle Gesetzgebung sei also von der Volksgemeinschaft her zu bestimmen. Ueber das Wesen der Gemeinschaft sind sich aber die nationalsozialistischen Schriftgelehrten nicht klar, wenigstens behauptet Prof. Binder ("Zur Erneuerung des bürgerlichen Rechts", Seite 23) eine wirkliche Be-

griffsbestimmung der Gemeinschaft habe er nirgends gefunden. Nach der seinigen ist Gemeinschaft nicht "formloser Brei", nicht "Masse, wie im Bolschewismus", sondern "der allgemeine Geist eines Volkes", die "der Denk- und Handlungsweise des einzelnen Volkes entsprechende geschichtliche Gestalt".

Diese philosophische Untermauerung des nationalsozialistischen Neubaus der Rechtsordnung "aus dem gemeindeutschen Geist" stammt erst aus jüngster Zeit. Anfänglich zielte die nationalsozialistische Rechtspolitik auf Wiederbelebung altgermanischer Rechtseinrichtungen ab. Die Wodansjünger mussten sich aber von dem deutsch nationalen Reichsjustizminister darüber belehren lassen, dass die Germanen ein Volk von Kleinbauern waren und dass man daher mit ihren Rechtseinrichtungen im modernen Industriestaat nicht auskommen könne. Auch Lehrer der deutschen Rechtsgeschichte, wie Claud. Freiherr von Schwerin wehren sich dagegen, dass man heute geltendes Recht durch das ersetze, was in der deutschen Vergangenheit wirklich oder vermeintlich gegolten habe. Ewig sei nur der deutsche Geist, aber zeit- und kulturgebunden die Form, in der er sich verwirkliche. So wurde also der "deutsche Volksgeist" Hegels beschworen und ihm die Rolle eines deus ex machina für die Lösung der verwickelten Rechtserneuerungssituation zugeteilt. Als Wesen dieser "deutschen" Lösung des Rechtsproblems wird vor allem die Befreiung des Privatrechts aus dem Streben nach "individueller gemeinschaftszersetzender Selbstherrlichkeit", die Wiederherstellung "einer neuen Gebundenheit" (des Arbeitsverhältnisses, des Eigentums, des Vertrags) durch "hoheitliche Gestaltun bezeichnet. Das in seinem Wesen an die Gemeinschaft gebundene Rechtsleben soll durch den "Vollstrecker des Gemeinwillens", den Führer, gelenkt werden. Dabei wird die völlige Abschaffung der Vertrags-, Vereins- und Gewerbefreiheit in der Wirtschaft, ja, die "Unterstellung des inneren Verbandslebens unter verwaltungsmässige Kontrolle" verlangt (Ernst Rudolf Huber a.a.O. S.6o ff.). Der sich unwillkürlich aufdrängende Hinweis auf den "Polizeistaat" wird dabei mit nichtssagenden Redensarten über "volksnahe Führung" und dergleichen zu entkräftigen versucht.

Die Meinungsverschiedenheiten unter den Nationalsozialisten über den Neubau des Privatrechts beginnen aber schon mit dem System. Während eine Reihe von Rechtsgelehrten des Dritten Reichs an dem "modernen Pandektensystem", der Gliederung des Rechtsstoffes in fünf Büchern, festhält, tritt vor allem Prof. Nipperdey-Köln, weiland Kommentator der Freiheitsrechte der Weimarer Verfassung, entschieden für eine Gestaltung des Systems nach den nationalsozialistischen "Grund- und Ordnungsprinzipien" ein. ("Zur Erneuerung des bürgerlichen Rechts", Seite 95 ff.) Seine Arbeit über das System des bürgerlichen Rechts kann als eine Art Programm für die Neugestaltung des deutschen Privatrechts im nationalsozialistischen Geiste gelten.

Als entscheidend für das nationalsozialistische Rechtsdenken betrachtet Nipperdey die Anerkennung von Privateigentum und Privatinitiative, von Vertragsordnung und Vertragsfreiheit, von Leistungswettbewerb und privatem Vereinigungsrecht. Die Ausdehnung des Sektors des vom Staate geleiteten oder kontrollierten Wirtschaftslebens scheint ihm nur eine Zweckmässigkeitsfrage zu sein. Dagegen seien alle Rechtsbeziehungen von vornherein durch die Pflichtgebundenheit und Verantwortlichkeit gegenüber der Gemeinschaft zu gestalten. Das Familienrecht als Ordnung der dauernden Lebensbeziehungen zwischen Personen, mit Rechten, die um sittlicher Pflicht willen "im völkischen Interesse" verliehen seien, sowie das Recht der Person sollten in die Regelung des Privatrechts nicht einbezogen, sondern selbständig geordnet werden. Einen Teil des Familienrechts solle auch das Erbrecht bilden, das die "objektive Unsterblichkeit des überindividuell gebundenen Familienguts" ausdrücke. Dabei solle die Verfügungsfreiheit des Erblassers im Interesse der Familie und der Gemeinschaft eingeschränkt, weitere erbrechtliche Beschränkungen wegen gemeinschaftswidrigen Verhaltens eingeführt, die Staatskontrolle über den Nachlass zur Erhaltung von Kulturgütern und wertvollen wirtschaftlichen Einheiten verschärft und das Erbrecht des Reiches erweitert werden. Auch Arbeitsrecht und Bauernrecht seien aus dem Privatrechtsbuch auszuscheiden. Dieses solle also im wesentlichen nur das Recht des Wirtschaftslebens und den Rechtsverkehr regeln.

Leitgedanken sollten die Anspornung der Einzelleistungen und die Schaffung von Entfaltungsmöglichkeiten für die schöpferische Persönlichkeit sein.

In einer neuen Vertrags- und Haftungsordnung solle der Vertrag als Mittel der Interessenverfolgung durch die Parteien zugleich in den Dienst der höheren Zwecke der Gemeinschaft, besonders einer sinnvollen Güterverteilung und zur Erreichung immer höherer Leistungen, gestellt werden. Neben der Gemeinschaftspflicht komme die Pflicht zur Vertragstreue und der Gedanke des Schutzes des wirtschaftlich Schwachen in Betracht. Kein Vertrag dürfe dem Wohle der Gesamtheit zuwiderlaufen. Im Anschluss an das allgemeine Vertragsrecht müssten die wichtigsten Vertragstypen, wie Güterumsatzverträge, Gebrauchsüberlassungsverträge, Arbeitsverträge, Verwahrungsverträge, Beförderungsverträge, Kreditverträge und Sicherungsverträge geregelt werden. Zur Vertragsordnung trete eine Haftungsordnung aus Unrecht mit einer Generalklausel für einen allgemeinen Tatbestand der unerlaubten Handlung und einer Billigkeitsklausel beim Schadensersatz.

Die Eigentumsordnung solle Grundstücksrecht, Fahrnisrecht und Unternehmensrecht umfassen. Der Grundstücksverkehr wäre dem Genehmigungszwang zu unterstellen. An den beiden Grundsätzen des geltenden Rechts über den Uebergang des Eigentums an beweglichen Sachen durch Uebergabe und bei Grundstücken mit der Eintragung ins Grundbuch solle festgehalten werden. Dagegen seien die bisherigen dinglichen, d.h. von ihrem Rechtsgrund (Kauf, Miete usw.) losgelösten Rechtsgeschäfte zu beseitigen. Das Unternehmen solle zu einer rechtlich geschützten, übertragbaren und verpfändbaren (Unternehmenshypothek) Einheit zusammengefasst werden.

In der Vereinigungsordnung würde das Recht der privaten Gesellschaften gemäss dem Wohle des Volksganzen zu regeln sein. Es solle so ausgestaltet werden, dass die Erhaltung der von der Vereinigung verwalteten Werte gesichert werde. Unter stärkster Betonung der Verantwortlichkeit solle für eine tatkräftige Führung gesorgt werden.

Was an diesen Vorschlägen vom Sozialisten gebilligt werden kann

nämlich die Ausgestaltung der subjektiven Rechte zu sozialen Funktionen und der Zweckgedanke der sozialen Solidarität, ist keineswegs neu, noch deutsche Eigenart. Vielmehr handelt es sich um Gedanken, die der französische Rechtslehrer Duguit im Anschluss an Comte in seinem schon im Jahre 1912 erschienenen Werke "Les transformations générales du droit privé" entwickelt hat. Auch er lehrte bereits, das Individuum habe die Pflicht, sozial zu handeln, den anvertrauten Reichtum zu erhalten und zugunsten des Gesamtwohles zu nutzen und zu mehren. Auf den Lehren Duguits beruhen nicht nur wichtige Bestimmungen der von den Nationalsozialisten viel verlästerten Weimarer Verfassung (z.B. Artikel 153, "Eigentum verpflichtet"), sondern auch das Zivilrecht der Sowjetunion. Nationalsozialistisches Erzeugnis ist lediglich das Wort "Volksgemeinschaft".

Das beweist aber, dass der Grundgedanke der nationalsozialistischen Rechtserneuerung, alles Recht beruhe auf der Eigenart eines rassisch bestimmten Volkes, ein Irrtum ist. Gewiss gehen manche Bestandteile einer Rechtsordnung auf die besondere geschichtliche Entwicklung eines Gebiets und auf örtliche und völkische Eigenheiten zurück. Das beweist schon die Verschiedenartigkeit der germanischen Stammesrechte des 6. - 8. Jahrhunderts und noch mehr die mittelalterliche Zersplitterung des deutschen Rechts. Dagegen beruhen die wesentlichen Bestandteile der Rechte der Gegenwart auf der gemeinsamen kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung der europäischen Völker seit dem Beginne der Neuzeit, auf der weitgehenden Einheitlichkeit der Natur-, wie der Geisteswissenschaften, die man im Dritten Reich vergebens zu leugnen sucht. Zu den wertvollsten Errungenschaften dieser europäischen Kulturentwicklung gehört aber auch, dass der Mensch nicht nur als Glied einer Gemeinschaft, sondern auch als eigene sittliche und rechtliche Persönlichkeit gewürdigt wird. Demgegenüber bedeutet die nationalsozialistische Gestaltung des Privatrechts, wie sich besonders bei der "Erneuerung" des Eherechtes zeigt, eine Verkümmerung der Einzelpersönlichkeit, eine Unterdrückung des freien Rechtsgewissens, eine rechtspolitische Gleichschaltung und einen Missbrauch des Einzelmenschen zu irgend welchen willkürlich be-

stimmten Gemeinschaftszwecken, kurz einen Rückfall in überwundene Stufen der Rechtsentwicklung. Dieser Rückfall, diese Ausrichtung und Streckung, Verrenkung und Beugung des Rechts nach hoheitlich bestimmten "Gemeinschaftszielen" muss umso schlimmer und für den Einzelnen umso unerträglicher sein, nachdem die richterliche Unabhängigkeit in Deutschland, wie Reichsminister Dr. Frank auf dem letzten Nürnberger Parteikongress (Bericht der "Frankfurter Zeitung" vom 14.9. 1938) ausführte, "nur von Nationalsozialisten im Dienste des nationalsozialistischen Reiches zum Schutz einer nationalsozialistisch geschlossenen Volksordnung in Anspruch genommen werden kann", also in Wirklichkeit nicht mehr besteht.

- - - - - - - - - - - -

II. Das neue deutsche "Jugendschutzgesetz"

Unter den wenigen deutschen gesetzlichen Neuerungen auf sozialpolitischem Gebiet ist das neue Gesetz über Kinderarbeit und die Arbeitszeit der Jugendlichen vom 30. April 1938 besonders stark zur Propaganda ausgenutzt worden. Auf dem Kongress der internationalen Kinderschutzvereinigung in Frankfurt a/M. und auf einer besonderen Tagung der sogenannten Akademie für deutsches Recht in Berlin haben sich die verschiedenen Beteiligten aus der Justizverwaltung, der Rechtsakademie und der Nazi-Jugendführung gegenseitig mit Lorbeeren für diese Gesetzestat überhäuft.

Was ist in der Tat an diesem neuen Kinderschutzgesetz so bemerkenswert? Wenn im Vorspruch gesagt wird, alle Jugendlichen müssten zu seelisch und körperlich gesunden Menschen erzogen werden, wobei natürlich nur von "Volksgenossen" gesprochen wird, so ist dies genau die Forderung, die in der Weimarer Reichsverfassung (Artikel 120) und im Reichsjugendwohlfahrtsgesetz von 1922 (§ 1) bereits allgemein ausgesprochen war. Das Gesetz beschäftigt sich mit zwei Hauptfragen: der Kinderarbeit für Kinder bis zu 14 Jahren und der Arbeit von Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren, für die Begrenzung der Arbeitszeit, Verbot der Nachtarbeit, die notwendige Freizeit zur beruflichen Weiterbildung und Charakterbildung, sowie zur staatspolitischen Erziehung, und Urlaub gefordert wird. Keine dieser Forderungen ist neu, alle waren schon seit langem durch Gesetz oder Tarifverträge oder doch in der Praxis erfüllt.

Das neue Gesetz bringt eine Zusammenfassung der bisher verstreuten Bestimmungen über den Schutz von Kindern und Jugendlichen in gewerblicher Tätigkeit und ein deutlich ausgesprochenes Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren. Inhaltlich aber ändert das Gesetz nur wenig an dem bestehenden Zustand. Es wird mit Ausnahme einiger Urlaubsbestimmungen erst vom Beginn des Jahres 1939 gültig sein.

1) Die Regelung der Kinderarbeit

Auch bisher war in Deutschland die Kinderarbeit für schulpflichtige Kinder, also solche bis zu 14 Jahren, durch das Kinderschutzgesetz von 1903 verboten, das auf jahrelanges Betreiben der Gewerkschaften und ihrer "Kinderschutzkommissionen" erlassen worden war. Aber die juristische Fassung des alten Gesetzes sprach nur von den verschiedenen Verboten der Beschäftigung von Kindern, während das neue Gesetz in § 4 erklärt: "Kinderarbeit ist grundsätzlich verboten". Dann allerdings werden eine Reihe von Ausnahmen erörtert, die praktisch den bisherigen Zustand aufrecht erhalten.

So bleibt, wie früher, notwendig, dass schulpflichtige Kinder vor einer gewerblichen Beschäftigung eine Arbeitskarte erhalten. Noch fehlen die Ausführungsbestimmungen für diese Arbeitskarte, aber es scheint, dass sie vom Gewerbeaufsichtsamt ohne Mitwirkung des Jugendamts und nach blosser Anhörung von Schule und Schularzt ausgestellt werden soll. Diese Regelung ist sehr bedenklich, weil das Gewerbeaufsichtsamt kraft seiner engen Verbindung zur Industrie meist geneigt ist, die Interessen der Fabrikation und Produktion in erster Linie zu berücksichtigen. Diesen Gesichtspunkt wird man für alle Regelungen des Gesetzes im Auge behalten müssen, das ja ein Gesetz zum Schutze der Kinder und Jugend sein sollte.

Das neue Gesetz regelt nur die industrielle Kinder- und Jugendlichenarbeit. Die besonders wichtigen Gebiete der Arbeit in der Hauswirtschaft, in der Land- und Forstwirtschaft sind "wegen der Eigenart ihrer Arbeitsbedingungen" nicht im neuen Gesetz geregelt, sondern späteren Gesetzen vorbehalten. Es ist bekannt, dass gerade in der Landwirtschaft die Ausnutzung von Kindern und ihre Gefährdung durch Ueberanstrengung, Unfälle und mangelnde Freizeit besonders gross ist. Dieses wichtigste Gebiet ist also auch jetzt nicht geregelt. Wie früher soll die gewerbliche Kinderarbeit in der Schulzeit täglich 2 Stunden und in den Ferien 4 Stunden nicht überschreiten. Sie soll nicht vor dem Vormittagsunterricht liegen und zwischen 8 Uhr Morgens und 19 Uhr Abends statt-

finden, so dass auch bei einem längeren Weg von der Arbeitsstelle das Kind um 19 Uhr zu Hause sein kann. Allerdings wird dieser individuelle Heimweg schwer nachzuprüfen sein. Auch die früheren arbeitsfreien Zeiten von 2 Stunden nach dem Vormittags- und 1 Stunde nach dem Nachmittagsunterricht, vor deren Ablauf die Beschäftigung des Kindes nicht erlaubt ist, sind beibehalten worden. Freilich werden alle diese Bestimmungen in der Praxis häufig nicht beachtet, und ihre Uebertretung wird fast niemals entdeckt und geahndet.

Für die Beschäftigung der Kinder ist an Stelle der früheren Verbote aller Formen von gefährlichen Beschäftigungen, namentlich im Fabrikbetrieb und mit Maschinen, gesagt, dass sie nur mit leichten Arbeiten, die freilich ein sehr unbestimmter Begriff sind, und mit Botengängen und Handreichungen beim Sport beschäftigt werden dürfen. Bei Theater- und Musikaufführungen, Schaustellungen und Filmaufnahmen kann die Beschäftigung von Kindern zugelassen werden.

Sozial am bedeutungsvollsten ist die Beschäftigung von Kindern in der Heimarbeit. Das neue Gesetz lässt zwar den früheren grundsätzlichen Unterschied zwischen "eigenen" und "fremden" Kindern fallen, gibt aber die Möglichkeit, Kinder sogar von 10 Jahren, nicht erst von 12 Jahren an, in der Heimarbeit und im Familienbetrieb zu beschäftigen. Da in den Gegenden Deutschlands, in denen die Heimarbeit weit verbreitet ist, wie im Erzgebirge, in Thüringen und Schlesien bekanntlich grosse Not herrscht, ist sicher damit zu rechnen, dass diese Gebiete als "Notgebiete" angesehen werden, so dass die Kinderarbeit dort zugelassen werden wird. In der Heimarbeit und den sogenannten Familienbetrieben ist dazu die Kinderarbeit nicht auf die erwähnten leichten Arbeiten und Botengänge beschränkt, sondern kann sich grundsätzlich auf alle Formen von Arbeit beziehen, die nicht ausdrücklich verboten sind, so dass unter dem neuen Gesetz die Kinder leicht höheren Gefahren ausgesetzt sind als unter dem bisher geltenden Kinderschutzgesetz von 1903.

Ueber den Umfang der gewerblichen Kinderarbeit lässt sich

schwer ein klarer Ueberblick gewinnen. Manche Gewerbeinspektionen behaupten, sie sei mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit geringer geworden. Aber andere Aemter geben zu, dass neue Zweige der Kinderarbeit entstanden sind, wie das Weidenschälen und Korbflechten im Bezirk Münster oder die Mundharmonika-Industrie in Sachsen. Jedenfalls sind die Zählungen der Kinder in den Schulen keine zuverlässige statistische Quelle, weil viele Angaben falsch sind oder Meldungen unterbleiben. Sicher ist die landwirtschaftliche Kinderarbeit gerade jetzt wieder sehr weit verbreitet.

Kinder unter 14 Jahren, die ihre Volksschule schon beendet haben, werden als "Jugendliche" behandelt und dürfen täglich 6 Stunden beschäftigt werden, wobei durch andere Verteilung der Arbeitszeit auch eine längere tägliche Arbeitszeit herauskommen kann. Soweit die Dreizehnjährigen schon als Lehrlinge arbeiten, werden sie sogar den Aelteren voll gleichgestellt, was für diese Kinder eine 8- bis 9-stündige tägliche Arbeitszeit bedeutet.

Diese Bestimmung ist offensichtlich mit Rücksicht auf die wehrwirtschaftlichen Bedürfnisse Deutschlands getroffen worden. Um dem Mangel an Facharbeitern abzuhelfen, sollen nach Ankündigungen von Ley (Rede in Leipzig am 23. Oktober) die künftigen Facharbeiter bereits im siebenten Schuljahr "erfasst" werden. Im achten Schuljahr habe dann in Verbindung mit dem Schulplan die Lehre einzusetzen, so dass nach der Schulzeit eine zweijährige Lehre, anstelle der bisher drei- und vierjährigen genüge.

2) Die Arbeitszeit der Jugendlichen

Bei der Regelung der Arbeitszeit der Jugendlichen, also der 14- bis 18-Jährigen, macht die Nazipropaganda viel Aufhebens davon, dass nunmehr das "Schutzalter" von 16 bis auf 18 Jahre heraufgesetzt worden ist. Das entspricht nicht den Tatsachen. Auch in der Gewerbeordnung war seit Jahrzehnten die Arbeitszeit für Jugendliche bis zum 18. Jahr eingeschränkt. Die alten Arbeitshöchstzeiten von täglich 8 Stunden und wöchentlich 48 Stunden sind im neuen Gesetz theoretisch übernommen, aber durch neue Vorschriften eher erweitert als eingeschränkt worden. Das Grundprin-

zip ist das alte der Gewerbeordnung von 1869 und der Arbeitszeitordnung von 1923.

Zweckmässig ist die Bestimmung, dass die Unterrichtszeit in der Berufsschule auf die Arbeitszeit anzurechnen und der Lohn für diese Zeit weiterzuzahlen ist. Praktisch geschah das auch vorher schon vielfach, aber die gesetzliche Klarstellung ist erwünscht. Dagegen sind die Bestimmungen über eine anderweitige Verteilung der Arbeitszeit bei Verkürzung der Arbeit an einzelnen Tagen oder bei Betriebsfeiern, Volksfesten und öffentlichen Veranstaltungen eine schwere Benachteiligung der jugendlichen Arbeiter, die früher fast niemals zur Mehrarbeit über 8 Stunden täglich hinaus genötigt wurden. Jetzt steht zu befürchten, dass diese anderweitige Verteilung der Arbeit aus "Gründen der Betriebsersparnisse" zu einer häufigen Verlängerung der täglichen Arbeitsdauer auf 9 Stunden führt, die im Gesetz ausdrücklich zugelassen ist (§ 9). Weitere Mehrarbeit bis zu täglich 10 Stunden für Jugendliche von 16 Jahren an kann durch das Gewerbeaufsichtsamt gestattet werden, wenn die Arbeit teilweise Arbeitsbereitschaft ist oder wenn die Mehrarbeit "aus dringenden Gründen des Gemeinwohls" erforderlich ist, ein recht dehnbarer Begriff. Lehrlinge haben nicht einmal einen Anspruch auf Entschädigung für solche Mehrarbeit, andere jugendliche Arbeiter sollen eine Vergütung bekommen, deren Höhe vom Treuhänder der Arbeit festzusetzen ist. Endlich ist eine Wochenarbeitsgrenze von 54 Stunden gezogen worden, während bisher die 48-Stundenwoche galt.

Auch diese Ausdehnung der Arbeitszeit der Jugendlichen dient der Erfüllung des wehrwirtschaftlichen Erfordernisses einer Leistungssteigerung um jeden Preis.

Die arbeitsfreien Zeiten zwischen 2 Tagen und die Mindestzeiten für die Nachtruhe sind im allgemeinen unverändert geblieben. Sie betragen für junge Arbeiter allgemein 12 Stunden, im Hotel- und Gastgewerbe für Jugendliche über 16 Jahren 10 Stunden. Das Gleiche gilt für Bäckereien und Konditoreien. Die Ruhepausen zwischen der Arbeit sind gleichfalls beibehalten worden. Sonn- und Feiertagsarbeit bleibt weiter verboten, doch wird jetzt die

Erlaubnis zur Arbeit beim Sportbetrieb ausdrücklich gegeben. Sonst sind viele andere Ausnahmen von den Schutzbestimmungen vorgesehen, was die Praxis der neuen Gesetzgebung zweifelhaft macht, wenn man einen wirklichen Jugendschutz erwartet.

Die gesetzliche Einführung des Sonnabendfrühschlusses um 14 Uhr findet bereits in grossen Teilen Deutschlands eine vieljährige Uebung in demselben Sinne vor. Doch wird der Wert dieses Sonnabendschlusses sehr dadurch herabgemindert, dass die Jugendlichen die volle Zeit, die sie auf diese Weise freibekommen, an anderen Wochentagen nacharbeiten müssen. Ferner ist der Sonnabendfrühschluss für eine grosse Anzahl von Gewerben und Betrieben im Gesetz ausgeschlossen, so in allen Ladengeschäften, im Verkehrs- und Transportgewerbe, in Fleischereien, Bäckereien, Konditoreien, im Hotelgewerbe, in Restaurants und Cafés, im Friseurgewerbe, in Gärtnereien, in Reparaturwerkstätten sowie in Krankenhäusern und Rettungsstationen. Ebenso fällt der freie Sonnabend-Nachmittag fort: in Theatern und bei Schaustellungen, bei Musikaufführungen, Konzerten, Filmaufführungen und Lustbarkeiten aller Art, sowie auch bei dem offenen Marktverkauf für alle Gegegenstände und bei den jetzt in Deutschland weit verbreiteten Handreichungen beim Sport. Zwar sollen diese Jugendlichen, die kein Anrecht auf einen freien Samstag-Nachmittag haben, dafür an einem anderen Werktag der folgenden Woche von 2 Uhr Nachmittags oder an dessen Stelle in jeder zweiten Woche einen Vormittag bis 2 Uhr Freizeit erhalten. Allein damit sind ihnen keinesfalls die gleichen Erholungsmöglichkeiten geboten wie den anderen Jugendlichen, namentlich fehlt ihnen das Wochenende für Wanderung und Sport.

Die Beschäftigung von Jugendlichen an Sonn- und Feiertagen war schon bisher in Deutschland verboten. Das neue Gesetz ändert hieran nichts, schafft aber zahlreiche Ausnahmen für die Jugendlichen, die im Marktverkehr, in Gast- und Schankwirtschaften, in Hotels und Herbergen, bei Theatern, Orchestern, Musik- und anderen Aufführungen, Lustbarkeiten und Schaustellungen, sowie in der Krankenpflege beschäftigt sind. Ausserdem bleibt die Arbeit von Jugendlichen über 16 Jahren zulässig, wenn ihre Arbeit im Betrieb

zur Weiterführung erforderlich ist und erwachsene Arbeiter dort am Sonntag arbeiten dürfen. Jedoch müssen dann die Jugendlichen wenigstens jeden zweiten Sonntag frei behalten. Jugendliche in offenen Verkaufsstellen müssen sogar neben der vollen Wochenarbeit noch an weiteren 6 Sonn- oder Feiertagen im Jahr arbeiten, ohne dass ihnen diese Zeit auf ihre Wochenarbeit angerechnet wird. Die Handreichungen im Sportbetrieb dürfen die Jugendlichen am Sonntag bis zu 7 Stunden lang in Anspruch nehmen.

Endlich kann mit Erlaubnis des Gewerbeaufsichtsamtes ein Jugendlicher ausserhalb dieser allgemeinen Ausnahmen noch an 6 Sonntagen im Jahr beschäftigt werden, wenn "dringende Gründe des Gemeinwohls" oder die Verhütung eines Schadens im Betrieb es erforderlich erscheinen lassen, sowie für weitere 6 Sonntage mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde, in Preussen des Regierungspräsidenten.

3) Der Urlaub der Jugendlichen

Stellen die Bestimmungen über die Arbeitszeit der Jugendlichen, vor allem über die Regelung der Arbeit an Sonnabenden und Feiertagen ein Kompromiss zwischen den Bedürfnissen der Kriegsvorbereitung und denen der nationalsozialistischen Jugenderziehung dar, so haben sich die Ansprüche der Hitler-Jugend bei der Regelung des Urlaubs der Jugendlichen nahezu vollständig durchgesetzt. Diese Regelung ist auch die einzige Bestimmung des Gesetzes, die schon seit Mai 1938 in Kraft ist.

Die Forderung nach einem ausreichenden Urlaub für Jugendliche ist allerdings viel älter. Schon vor mehr als einem Jahrzehnt hatte der Reichsausschuss der deutschen Jugendverbände einen bezahlten Urlaub für alle Jugendlichen und Lehrlinge verlangt, der bei den 14- bis 16-Jährigen drei Wochen und bei den 16- bis 18-Jährigen zwei Wochen betragen sollte. Früher war der Versuch einer gesetzlichen Regelung in diesem Sinne an dem hartnäckigen Widerstand der Industrie und der hinter ihr stehenden Parteien gescheitert. Doch gab es schon seit langem grosse Teile der Industrie, die auf Verlangen der Gewerkschaften und Jugendver-

bände ihren jugendlichen Arbeitern und Angestellten einen Urlaub im Tarifvertrag oder im Einzelvertrag zugestanden. So hatte eine viel besprochene Untersuchung von Dr. Bernhard Mewes "Die erwerbstätige Jugend" im Jahre 1928 ergeben, dass 76,9 % aller erwerbstätigen Jugendlichen damals einen jährlichen Urlaub erhielten, wobei die Jugendlichen in den Grosstädten in der Regel eine günstigere Behandlung erfuhren.

Das neue Jugendschutzgesetz nimmt diese Gedanken auf. Es bestimmt, dass Jugendliche nach einer Lehr- oder Arbeitszeit von mindestens drei ununterbrochenen Monaten einen Urlaub erhalten sollen. Er soll bei Jugendlichen unter 16 Jahren mindestens 15 Tage, bei 16- bis 18-Jährigen 12 Werktage betragen. Für Jugendliche, die mindestens 10 Tage ihres Urlaubs in einem Lager oder auf einer Fahrt der Hitlerjugend verbringen, erhöht sich die Urlaubszeit einheitlich, ohne Rücksicht auf ihr Alter auf 18 Werktage, also insgesamt auf drei Wochen. Der Urlaub soll möglichst zusammenhängend in den Berufsschulferien und während der Lager und Fahrten der Hitler-Jugend gegeben werden.

Hat ein Jugendlicher bereits in einem anderen Betrieb in dem betreffenden Jahre Urlaub bekommen, so kann er in einer neuen Arbeit nicht nochmals Urlaub beanspruchen. Er verliert seinen Urlaub, wenn er aus wichtigem Grunde entlassen wird oder selbst unberechtigt vorzeitig die Lehre oder Arbeit verlässt.

Diese Regelung des Urlaubs der Jugendlichen entspricht im wesentlichen der Praxis, die sich in den Tarifordnungen der Reichstreuhänder in den letzten Jahren herausgebildet hat.

- - - - - - -

Für eine zeitlich nicht begrenzte Uebergangszeit können vom Reichsarbeitsminister die wichtigsten Schutzbestimmungen des Gesetzes ausser Kraft gesetzt werden. So können in Familienbetrieben auch weiter Kinder von 10 Jahren zur Arbeit zugelassen werden, in bestimmten Gewerben die Berufsschulzeit nicht als Arbeitszeit angerechnet und zur Verhütung des Verderbens von

Lebensmitteln und Rohstoffen auch die Nachtarbeit von Jugendlichen über 16 Jahren gestattet werden. Ferner kann aus dringenden Gründen, die nicht näher erläutert werden, eine längere Arbeitszeit und eine Verkürzung der Ruhepausen erlaubt werden. Dies ist vor allem eine Generalklausel für den Fall, dass während eines Krieges oder während der Kriegsvorbereitungen auch die Arbeitskraft der Jugendlichen aufs äusserste in Anspruch genommen werden muss.

Die Durchführung und Ueberwachung des gewerblichen Kinder- und Jugendschutzes ist nur den Gewerbeaufsichtsämtern und den Bergbehörden übertragen worden. Die Jugendämter und die Schulen werden im Gesetz nicht erwähnt, was schwere Bedenken dahin erwecken muss, ob das ganze Gesetz nicht bloss auf dem Papier stehen bleiben, sondern auch in der Praxis voll durchgeführt werden wird.

Die Deutschland-Berichte, die der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Sitz Paris, seit 1934 monatlich herausgibt, haben die Aufgabe, die Entwicklung in Deutschland auf allen wichtigen gesellschaftlichen Gebieten zu verfolgen. Sie beruhen auf der Arbeit einer organisierten politischen Berichterstattung, deren Beobachtungsfeld sich insbesondere auf folgende Gebiete erstreckt :

Die Stimmung in den einzelnen Bevölkerungskreisen.

Die Lage in den Betrieben.

Die Wirtschaftslage :
- Arbeitsmarkt ;
- Preisentwicklung ;
- Lebensmittelversorgung ;
- Rohstoffversorgung ;
- Geld und Kredit.

Handel und Gewerbe.

Landwirtschaft.

Sozialpolitik.

Lohnpolitik.

Steuerpolitik.

Korruption und Misswirtschaft.

Terror.

Jugend :
- Hitler-Jugend ;
- Schule ;
- Hochschulen.

Kirchenfragen.

Kulturpolitik.

NS-Organisationen : NSDAP, SA, SS.

Arbeitsdienst.

Verwaltung.

In allen Landesteilen und Gesellschaftsschichten arbeiten Berichterstatter als Glieder der illegalen sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland an dieser Aufgabe mit. Auf der grossen Zahl von Einzelmeldungen, die sie übermitteln, beruht die Zuverlässigkeit und Objektivität der Gesamtberichterstattung, ihre Sicherung gegen Zufälligkeiten und subjektive Verzerrungen. Die Berichterstatter kommen nach Möglichkeit selbst zu Wort, um einen unmittelbaren Eindruck von der Stimmung und den Geschehnissen in Deutschland zu geben.

Den Nachrichten und Berichten im Teil A sind regelmässig im Teil B kritische Uebersichten angegliedert, in denen die Entwicklung auf den einzelnen Beobachtungsgebieten unter grösseren Gesichtspunkten zusammenfassend dargestellt wird.

Als Manuskript hergestellt
SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
(Sopade), 30, rue des Ecoles, Paris (5e)

Le Gérant : Georges GIRARD.

IMPRIMERIE SPECIALE
30, rue des Ecoles, Paris (5e)